



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-Avis ISDC 2017-02

STRAFBARKEIT DER REKRUTIERUNG UND AUSBILDUNG VON TERRORISTEN

Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien,
und Österreich

Stand: 22.01.2016

Vorgeschlagene Zitierweise: J. Fournier / P. Dedié / I. Pretelli / C. Viennet / H. Westermark,
Strafbarkeit der Rekrutierung und Ausbildung von Terroristen, Stand 22.01.2016,
E-Avis ISDC 2017-01, verfügbar unter www.isdc.ch.

Dieses Dokument darf ausschliesslich zu privaten Recherchezwecken heruntergeladen werden. Jegliche Vervielfältigung zu anderen Zwecken, ob als Ausdruck oder elektronisch, bedarf der Zustimmung des Instituts. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung lehnt jede Haftung aus einer anderweitigen als der akademischen Verwendung des Textes ab.

E-Avis ISDC

Série de publications électroniques d'avis de droit de l'ISDC / Elektronische Publikationsreihe von Gutachten des SIR / Serie di pubblicazioni elettroniche di pareri dell'Istituto svizzero di diritto comparato / Series of Electronic Publications of Legal Opinions of the SICL

ZUSAMMENFASSUNG

Im Auftrag des Bundesamtes für Justiz befasst sich dieses rechtsvergleichende Gutachten mit der Frage, inwiefern es in **Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich** strafbar ist, Personen zu terroristischen Zwecken zu **rekrutieren** beziehungsweise sich rekrutieren zu lassen (Frage 1), Personen zu terroristischen Zwecken **auszubilden** beziehungsweise sich ausbilden zu lassen (Frage 2) sowie **Reisen** zu terroristischen Zwecken zu unternehmen und diese zu **finanzieren** (Frage 3). **Statistiken** zu den jeweiligen Straftaten sind allerdings nur sehr vereinzelt verfügbar und dann meist auch nicht direkt auf die hier relevanten Tathandlungen zugeschnitten, sodass sich keine allgemeinen statistischen Angaben machen lassen.

Nach Untersuchung der genannten Rechtsordnungen fällt auf, dass von diesen lediglich **Italien** in klaren Straftatbeständen umfassend unter Strafe gestellt hat, eine oder mehrere Personen zu terroristischen Zwecken anzuwerben oder sich anwerben zu lassen, jemanden in der Begehung von Taten zu terroristischen Zwecken zu unterweisen oder Informationen hierzu zur Verfügung zu stellen sowie sich darin unterweisen zu lassen und für sich oder andere Reisen zu terroristischen Zwecken organisiert, finanziert oder dafür Werbung macht. Im Hinblick auf die Strafbarkeit der Ausbildung ist es im italienischen Recht zudem strafbar, sich im Eigenstudium zu schulen oder Informationen für ein solches Eigenstudium zur Verfügung zu stellen. Diese Vorschriften wurden in Italien neu eingeführt und sind dort im April 2015 in Kraft getreten.

Auch **Dänemark** hat eigene Straftatbestände geschaffen, die es verbieten, zu terroristischen Zwecken zu rekrutieren oder auszubilden beziehungsweise sich rekrutieren oder ausbilden zu lassen. Jedoch stellt Dänemark zugleich das einzige der fünf untersuchten Länder dar, in denen eine Reise zu terroristischen Zwecken nicht strafbar ist und folglich auch nicht deren Finanzierung.

Die Strafbarkeit der einzelnen Taten ergibt sich in **Österreich** nicht immer auf den ersten Blick aus dem Gesetz, ist jedoch für alle hier relevanten Handlungen gegeben. Der Gesetzgeber und darauf gestützt auch Rechtsprechung und Literatur nutzen das zentrale Verbot der Beteiligung an einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung als Grundlage, aus welcher sich die jeweilige Strafbarkeit ergibt. Während manche Aspekte wie beispielsweise die Finanzierung terroristischer Taten ausdrücklich in der Norm genannt sind, stellt meist die Beteiligung als Mitglied die Rechtsgrundlage dar und dient somit als Generalklausel. Bei der Strafbarkeit des Rekrutierens kann zudem auf die Konstruktion der Täterschaft durch „Bestimmen“ einer anderen Person in Verbindung mit der jeweiligen terroristischen Tat zurückgegriffen werden. Im Rahmen des Ausbildens zu terroristischen Zwecken unterscheidet das österreichische Recht ausserdem zwischen der klassischen Schulungssituation mit Lehrer/in und Schüler/in einerseits und dem Eigenstudium sowie dem Zurverfügungstellen von Informationen hierfür andererseits. Beide Varianten sind strafbar, jedoch nach unterschiedlichen Vorschriften und letzteres mit einem geringeren Strafmass.

Weniger eindeutig ist die Rechtslage bei gewissen Taten in Deutschland und in Frankreich. Beide Länder haben einige der hier relevanten Taten ausdrücklich geregelt, greifen bei anderen Taten jedoch auf verschiedene Straftatbestände zurück, die jeweils nur unterschiedliche Aspekte des Rekrutierens oder Ausbildens erfassen.

So hat **Deutschland** beispielsweise die Tathandlung des „Werbens“ für eine terroristische Vereinigung unter Strafe gestellt, jedoch nicht eindeutig die Strafbarkeit geregelt, sich werben zu lassen. Hierfür kann in vielen Fällen auf den Tatbestand der Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zurückgegriffen werden, dieser stellt jedoch nicht das direkte passive Gegenstück zur Tathandlung des aktiven Werbens dar. Ebenso existieren zwar mehrere Straftatbestände, die verschiedene Aspekte der Ausbildung zu terroristischen Zwecken betreffen und

hierbei auch stets sowohl die auszubildende als auch die auszubildende Person erfassen. Diese strafbaren Taten sind jedoch auf verschiedene Straftatbestände verteilt und decken jeweils lediglich Teilbereiche ab. Nur vereinzelt kann zusätzlich zur angedrohten Freiheits- oder Geldstrafe auch eine Nebenstrafe verhängt werden, allerdings gibt das Gesetz im Rahmen mehrerer Straftatbestände die Möglichkeit, die Strafe zu mildern oder sogar ganz von Strafe abzusehen. Auf der anderen Seite ist Deutschland allerdings neben Italien das einzige der untersuchten Länder, welches sowohl Reisen zu terroristischen Zwecken als auch deren Finanzierung ausdrücklich unter Strafe gestellt hat. Diese Vorschriften wurden im Juni 2015 eingeführt.

Auch in **Frankreich** äussert sich die weniger übersichtliche Rechtslage dadurch, dass teilweise mehrere Straftatbestände lediglich gewisse Aspekte abdecken. So existieren drei verschiedene Normen, die bei Handlungen im Zusammenhang mit der Rekrutierung einer Person zu terroristischen Zwecken einschlägig sein können, sowie zwei weitere Vorschriften, die die Beteiligung an einer terroristischen Tat oder einer Kampfgruppe betreffen: So ist zwar das aktive Rekrutieren zu terroristischen Zwecken strafbar, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die rekrutierende Person der anderen Person einen Vorteil verspricht oder diese bedroht, nur Werbung zu machen reicht demnach jedoch nicht aus. Zusätzlich ist im Hinblick auf das aktive Rekrutieren auch strafbar, jemanden zu terroristischen Taten herauszufordern oder solche Taten zu verherrlichen sowie mittels eines Mediums zu Terrorismus aufzurufen, welches auch für Minderjährige zugänglich ist. Einen umfassenden Tatbestand, welcher das Rekrutieren zu terroristischen Zwecken durch Werbung unter Strafe stellt, gibt es jedoch nicht. Auch der reine Vorgang, sich rekrutieren zu lassen, ist nicht strafbar. Es existieren allerdings zwei Straftatbestände, welche die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung sowie diejenige an einer Kampfgruppe erfassen. Auch eine andere Person zu terroristischen Zwecken auszubilden ist lediglich insofern verboten, als es das Verbreiten von Informationen zur Herstellung von zerstörenden Geräten betrifft. Sich von einer anderen Person ausbilden zu lassen, ist hingegen nicht geregelt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass das französische Recht den sogenannten Eigenbetrieb (*entreprise individuelle*) verbietet. Im Gegensatz zu Tätern/Täterinnen, die einer terroristischen Vereinigung angehören, sollen über das Institut des Eigenbetriebs auch Einzeltäter/-täterinnen erfasst werden, die keiner Gruppe angehören. Dadurch ist es strafbar, sich durch Selbststudium eigenhändig zu terroristischen Zwecken auszubilden. Auch eine Reise zu terroristischen Zwecken stellt lediglich im Rahmen eines solchen Eigenbetriebs eine Straftat dar, also wenn die Person selbständig und ohne Organisation durch eine terroristische Vereinigung die Reise unternimmt. Zudem ist ein Verstoss gegen ein wegen Terrorismusverdacht verhängtes Ausreiseverbot eine Straftat, dessen Finanzierung ebenfalls strafbar ist. Schliesslich fällt im französischen Recht die Fülle an Nebenstrafen auf, die der Richter verhängen kann. Dabei gibt es auch eine ausdrückliche Regelung über Strafen für Taten, welche durch eine juristische Person begangen wurden.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	2
INHALTSVERZEICHNIS	4
I. SACHVERHALT	7
II. FRAGEN	8
III. ANALYSE	9
A. DÄNEMARK	9
1. Punishability of recruiting terrorists.....	9
1.1. Legal basis.....	9
1.2. Active and passive recruitment.....	9
1.3. Punishment	9
1.4. Statistics	10
2. Punishability of training terrorists.....	10
2.1. Legal basis.....	10
2.2. Active and passive training.....	10
2.3. Punishment	10
2.4. Statistics	11
3. Punishability of travels for terrorist motives and their funding.....	11
3.1. Travel for terrorist motives	11
3.2. Funding of travels for terrorist motives	11
Annex: Legislative text.....	13
B. DEUTSCHLAND	16
1. Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen.....	16
1.1. Gesetzliche Grundlage.....	16
1.2. Aktiv rekrutieren und passiv rekrutiert werden.....	20
1.3. Strafe	23
1.4. Statistiken.....	24
2. Strafbarkeit des Ausbildens von Terroristen.....	25
2.1. Gesetzliche Grundlage.....	25
2.2. Aktiv ausbilden und passiv ausgebildet werden	27
2.3. Strafe	29
2.4. Statistiken.....	30
3. Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen und von deren Finanzierung	31
3.1. Terroristisch motivierte Reisen	31
3.2. Finanzierung terroristisch motivierter Reisen.....	32
Annex: Gesetzestext.....	34

C. FRANKREICH	40
1. Pénalisation du recrutement de terroristes.....	40
1.1. Bases légales.....	40
1.2. Recrutement actif et passif	40
1.3. Sanction.....	41
1.4. Statistiques.....	43
2. Pénalisation de l'entraînement de terroristes	44
2.1. Bases légales.....	44
2.2. Entraînement actif et individuel.....	44
2.3. Sanction.....	45
2.4. Statistiques	46
3. Pénalisation des voyages à motivation terroriste et leur financement	46
3.1. Voyages à motivation terroriste.....	47
3.2. Financement des voyages à motivation terroriste.....	49
Annexe : Extrait de la loi.....	50
D. ITALIEN	65
1. Punibilità del reclutamento e arruolamento di terroristi.....	65
1.1. Fondamento giuridico	65
1.2. Arruolamento: attivo e passivo	65
1.3. Sanzioni	66
1.4. Statistiche	66
2. Punibilità dell'addestramento di terroristi.....	67
2.1. Fondamento giuridico	67
2.2. Addestramento: attivo e passivo	67
2.3. Sanzioni	68
2.4. Statistiche	68
3. Punibilità dell'organizzazione e del finanziamento di viaggi a finalità terroristica	68
3.1. I viaggi a finalità terroristica	68
3.2. Punibilità del finanziamento di viaggi a finalità terroristica.....	69
Allegato: testo legislativo di attuazione della risoluzione del Consiglio di Sicurezza n.2178 del 2014.	70
E. ÖSTERREICH.....	80
1. Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen.....	80
1.1. Gesetzliche Grundlage.....	80
1.2. Aktiv rekrutieren und passiv rekrutiert werden.....	82
1.3. Strafe	82
1.4. Statistiken.....	83
2. Strafbarkeit des Ausbildens von Terroristen.....	84

2.1. Gesetzliche Grundlage.....	84
2.2. Aktiv ausbilden und passiv ausgebildet werden	86
2.3. Strafe	86
2.4. Statistiken.....	86
3. Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen und von deren Finanzierung	87
3.1. Terroristisch motivierte Reisen	87
3.2. Finanzierung terroristisch motivierter Reisen.....	88
Annex: Gesetzestext.....	90
IV. VERGLEICHENDE BEMERKUNGEN	95
1. Tabellarische Übersicht	95
2. Bemerkungen	101
2.1. Rekrutieren.....	101
2.2. Ausbilden.....	102
2.3. Reisen und deren Finanzierung.....	103

I. SACHVERHALT

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) damit beauftragt, ein rechtsvergleichendes Gutachten zur Strafbarkeit bestimmter terroristischer Taten zu erstellen. Dieses Gutachten soll die Rechtslage in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich untersuchen. Hierfür hat das BJ dem SIR den folgenden Sachverhalt zur Verfügung gestellt:

„Die Schweiz hat das Übereinkommen vom 16. Mai 2005 des Europarates zur Verhütung des Terrorismus am 11. September 2012 unterzeichnet. Im Rahmen der laufenden Umsetzung und Ratifikation des genannten Übereinkommens durch die Schweiz ist insbesondere die Einführung von spezifischen Strafbestimmungen ins nationale Recht gegen die Ausbildung und gegen die Rekrutierung für Terrorismus zu prüfen (Art. 6 und 7 des Übereinkommens). Ebenso von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage der Umsetzung der Resolution 2178 vom 24. September 2014 des UNO-Sicherheitsrats und ihren Verpflichtungen gemäss den Paragraphen 6a und 6b.

[...]

Der Text des Übereinkommens (in verschiedenen Sprachen), der erläuternde Bericht dazu sowie die Daten des Inkrafttretens für die einzelnen Länder finden sich auf der Website des Europarates unter <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTraites.asp?CL=FRE&CM=8> (CETS Nr. 196).

Die erwähnte Sicherheitsresolution 2178 findet sich unter http://www.un.org/depts/german/sr/sr_14/sr2178.pdf (d) oder [http://www.un.org/fr/documents/view_doc.asp?symbol=S/RES/2178\(2014\)](http://www.un.org/fr/documents/view_doc.asp?symbol=S/RES/2178(2014)) (f).

Von Nutzen sind insbesondere auch die sogenannten *Country profiles on counter-terrorism capacities* (englisch und französisch), welche auf der Website der Europarats-Expertengruppe CODEXTER abgerufen werden können: http://www.coe.int/t/dlapil/codexter/country_profiles.asp. Diese basieren auf den Angaben der einzelnen Staaten und geben bereits zahlreiche Informationen über die Gesetzgebung in den betreffenden Ländern.“

II. FRAGEN

Das rechtsvergleichende Gutachten behandelt die folgenden Fragen in den Rechtsordnungen Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Österreichs:

1. Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen

- 1.1. Verfügt das Land über eine spezifische Strafnorm, mittels welcher die Anwerbung (Rekrutierung) für Terrorismus unter Strafe gestellt wird?
- 1.2. Bezieht sich die Strafbarkeit sowohl auf die (aktive) Rekrutierung wie auch auf das (passive) Rekrutiert-Werden?
- 1.3. Mit welcher gesetzlichen Strafe wird das entsprechende Verhalten bedroht?
- 1.4. Liegen Statistiken über die Anzahl Verfahren / Verurteilungen aufgrund der betreffenden Strafbestimmung vor?

2. Strafbarkeit des Ausbildens von Terroristen

- 2.1. Verfügt das Land über eine spezifische Strafnorm, mittels welcher die Ausbildung für Terrorismus unter Strafe gestellt wird?
- 2.2. Bezieht sich die Strafbarkeit sowohl auf die (aktive) Ausbildung wie auch auf das (passive) Ausgebildet-Werden?
- 2.3. Mit welcher gesetzlichen Strafe wird das entsprechende Verhalten bedroht?
- 2.4. Liegen Statistiken über die Anzahl Verfahren / Verurteilungen aufgrund der betreffenden Strafbestimmung vor?

3. Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen und von deren Finanzierung

Hat das Land spezifische Strafbestimmungen eingeführt (oder sind solche in Beratung), welche die Paragraphen 6a und 6b der oben erwähnten Resolution 2178 umsetzen:

- 3.1. Verpflichtung der Staaten zur Kriminalisierung von terroristisch motivierten Reisen?
- 3.2. Verpflichtung der Staaten zur Kriminalisierung des Bereitstellens und des Sammelns von Geldern zu Gunsten von solchen Reisen?

Annex: Gesetzestext

(wenn möglich auf Deutsch, Französisch, Italienisch oder Englisch)

III. ANALYSE

A. DÄNEMARK

1. Punishability of recruiting terrorists

1.1. Legal basis

Provisions penalizing terrorist crimes are laid down in Chapter 13 of the Danish Criminal Code (*Straffeloven*). There is a **specific provision on recruitment for terrorism** laid down in **section 114c** in the Code. It provides that the recruitment of a person to commit terrorist acts or to join a group or an association for the purpose of committing terrorist acts is prohibited. A person violating this provision is liable to imprisonment.

As regards the kind of acts that are considered to be terrorist acts, a reference is made **to section 114 and 114a of the Criminal Code**. A large number of different crimes are listed or referred to in those provisions, for example homicide, assault, deprivation of liberty, etc. Such acts are terrorist acts if they are committed with the intent to seriously intimidate a population or unlawfully to compel Danish or foreign public authorities or an international organization to do or to abstain from doing any act or to destabilize or destroy the fundamental political, constitutional, economic or social structures of a country or an international organization, provided that the offence may inflict serious harm on a country or an international organization by virtue of its nature or the context in which it is committed (section 114).

Further, **section 114c (2)** provides that a person is liable to imprisonment, if he **recruits a person to provide financial support** as regulated in section 114b, to any person, group or association which intends to commit a terrorist act. The same applies for the recruitment of a person to join a group or an association for the purpose to provide financial support, etc., if the group or association intend to commit a terrorist act. Section 114c (2) thus refers to section 114b which criminalizes the funding of terrorist acts. It provides that a person is liable to imprisonment for a term not exceeding ten years if he/she directly or indirectly grants financial support to, directly or indirectly provides or collects funds for, or directly or indirectly makes money, other financial assets or financial or other similar services available to a person, a group of persons or an association that commits or intends to commit acts falling within the scope of Section 114 or 114a.

1.2. Active and passive recruitment

In addition to the penalization of the active recruitment of a person to commit a terrorist act, **accepting being recruited for terrorism is also a crime** under the Danish Criminal Code. Section 114c (3) provides that a person is liable to imprisonment if he accepts being recruited to commit a terrorist act.

1.3. Punishment

Section 114c (1) states that the punishment for recruitment for terrorism is **imprisonment for up to 10 years**.

Further, it provides that in particularly **aggravating circumstances**, the penalty may be increased to **imprisonment for up to 16 years**. According to the same provision, particularly aggravating circumstances typically include cases of systematic or organized violations.

Section 114c (2) provides that a person is liable for **imprisonment for up to six years** if he **recruits a person to provide financial support** as regulated in section 114b or recruits a person to a group or

association for the purpose of furthering the commission of acts of such nature by the group or association.

Section 114c (3) provides that a person is liable to **imprisonment for up to six years if he accepts being recruited** (passive recruitment) to commit a terrorist act.

1.4. Statistics

It appears to be no available official data on the number of terrorism crimes in Denmark. To our knowledge, there have been no cases in Denmark concerning **recruitment** for terrorism.

However, it may be mentioned that there have been several cases concerning other kinds of terrorist crimes such as incitement and attempt to commit terrorist acts.¹

2. Punishability of training terrorists

2.1. Legal basis

There is a **specific provision on training for terrorism** laid down in **section 114d** in the Danish Criminal Code. In essence, it provides that a person is liable to imprisonment if he trains, instructs or otherwise teaches a person to commit terrorist acts, knowing that this person has an intention to use the skills to pursue such an aim. As regards the kind of acts that are considered to be terrorist acts, see section 1.1. above.

Further, according to section **114d (2)** a person is liable to imprisonment if he trains, instructs or otherwise teaches a person to **provide financial support** (as regulated in section 114b), knowing that the person intends to use the skills acquired for that purpose. Section 114c (2) thus refers to section 114b which criminalizes the funding of terrorist acts. For a more detailed description of section 114b, see section 1.1. above

2.2. Active and passive training

Accepting being trained or instructed to commit a terrorist act is also a crime under the Danish Criminal Code. Section 114d (3) provides that **a person is liable to imprisonment if he accepts being trained, instructed or otherwise taught to commit a terrorist act.**

2.3. Punishment

Section 114d (1) states that a person is liable to **imprisonment for up to 10 years** if he trains, instructs or otherwise teaches a person to commit terrorist acts.

Further, it provides that in particularly **aggravating circumstances**, the penalty may be increased to **imprisonment for up to 16 years**. According to the same provision, particularly aggravating circumstances typically include cases of systematic or organized violations.

¹ Comments on such cases can be found in J. Vestergaard, The legal framework applicable to combatting terrorism – National Report: Denmark (2013), available at [http://jura.ku.dk/ansatte/forskningsomraadet/?pure=files%2F91173827%2FTerrorism legislation National report J rn Vestergaard Denmark final version.pdf](http://jura.ku.dk/ansatte/forskningsomraadet/?pure=files%2F91173827%2FTerrorism+legislation+National+report+J+rn+Vestergaard+Denmark+final+version.pdf) (16.10.2015)

Section 114d (2) provides that a person is liable to imprisonment for up to six years if he trains, instructs or otherwise teaches a person to **provide financial support**, as regulated in section 114b, to any person, group or association which intends to commit an act covered by the provisions on terrorism.

Section 114d (3) provides that a person is liable to imprisonment for up to six years if he **accepts being trained, instructed or otherwise taught** to commit a terrorist act.

2.4. Statistics

As mentioned above, it appears to be no available official data on the number of terrorism crimes in Denmark.

In a judgment by the Court of Appeal, **two person were found guilty of accepting being trained for terrorist acts** (passive training) and were both sentenced to imprisonment for two years.² The case concerned two brothers born in Somalia. One brother had bought a flight ticket in his own name which he gave together with his passport to the other brother who used the documents to travel to Somalia. In Somalia he stayed one month in an al-Shabaab training camp in order receive training and instruction to commit terrorist actions.

We are not aware of any other cases in Denmark concerning **training** for terrorism.

3. Punishability of travels for terrorist motives and their funding

3.1. Travel for terrorist motives

There is no provision in the Danish Criminal Code explicitly prohibiting the **travel** as such for the purpose of committing terrorist crimes.

The Danish government has, however, suggested to introduce stricter rules in order to punish Danish residents who participate in armed conflicts abroad. One of the options discussed is to have an entry prohibition to conflicts area (for example IS controlled territory in Iraq and Syria) and to reverse the burden of proof so that a person must prove that his stay in the conflict area is motivated by lawful reasons.³ The Ministry of Justice has commissioned the Criminal Code Council (*Straffelovrådet*) to examine the legislation in the area. The Council is expected to have a report ready by next year.⁴

It may also be mentioned that following amendments to the Passport Act (*Pasloven, LBKG 2008-09-08 nr 900*) in 2015, passports of suspected foreign fighters can be seized.⁵

3.2. Funding of travels for terrorist motives

There is no provision in the Danish Criminal Code explicitly prohibiting the *funding of travel* for the purpose of committing terrorist crimes.

² Vestre Ladsrets judgment June 13 2014 in case U.2014.3017V.

³ Available at <http://politiken.dk/indland/politik/ECE2905412/justitsministeren-varsler-retssager-mod-hjemvendte-krigere/> (24.11.2015).

⁴ *Ibid.*

⁵ Amendment by Lov 2015-02-24 nr. 176 om ændring af lov om pas til danske statsborgere m.v., udlændingeloven og retsplejeloven.

However, financing measures generally of terrorism is criminalized. If the financing of terrorism is related to a specific crime, it is criminalized as complicity to terrorism. If the financing of terrorism is not linked to a specific act, it falls within the scope of section 114b of the Danish Criminal Code. See section 1.1. above for a description of section 114b.

Annex: Legislative text

Below the main provisions in the Danish Criminal Code concerning terrorist crimes:⁶

Section 114

A person is liable to imprisonment for any term up to life imprisonment if he commits one or more of the following offences with the intent seriously to intimidate a population or unlawfully to compel Danish or foreign public authorities or an international organization to do or to abstain from doing any act or to destabilize or destroy the fundamental political, constitutional, economic or social structures of a country or an international organization, provided that the offence may inflict serious harm on a country or an international organization by virtue of its nature or the context in which it is committed:

- (i) Homicide under section 237.
- (ii) Assault under section 245 or 246.
- (iii) Deprivation of liberty under section 261.
- (iv) Impairment of the safe operation of means of transport under section 184(1), unlawful disturbances in the operation of public means of communication, etc., under section 193(1) or very serious damage to property under section 291(2), where such offences are committed in a manner likely to endanger human lives or cause considerable economic loss.
- (v) Unlawful seizure of public means of transport under section 183a.
- (vi) Serious violations of the arms legislation under section 192a or under section 10(2) of the Act on Weapons and Explosives.
- (vii) Arson under section 180, explosion, spreading of noxious gases, floods, shipwreck or any railway or other traffic accident under section 183(1) and (2), injurious pollution of the water supply under section 186(1), injurious poisoning or pollution of products intended for general use, etc., under section 187(1).
- (viii) Possession or use, etc., of radioactive substances pursuant to section 192b.

(2) The same penalty shall apply to any person who transports weapons or explosives with the intent as referred to in subsection (1) hereof.

(3) The same penalty shall also apply to any person who threatens to commit one of the offences listed in subsections (1) and (2) hereof with the intent as referred to in subsection (1) hereof.

Section 114a

If one of the acts referred to in subparagraphs (i) to (vi) is committed, but the offence does not fall within the scope of section 114, the penalty may exceed the maximum penalty prescribed for the offence by up to 50 per cent. Where the maximum penalty prescribed for the relevant act is less than four years' imprisonment, the penalty may nevertheless be increased to imprisonment for up to six years.

⁶ The legal text is an unofficial translation of the relevant provisions in the Danish Criminal Code available at the Council of Europe's website http://www.coe.int/t/dlapil/codexter/country_profiles.asp (12.10.2015). The translation dates from 2006 and there has been some minor amendments to the legislation relating to the 2005 Convention on the Suppression of Acts of Nuclear Terrorism. The only substantial amendment was adopted 2012 and is a reference to article 2 of that Convention, introduced in section 114 a point 7 of the Danish Criminal Code. In Danish this part of the provision now states: "7) Overtrædelse af § 192 b, § 260 eller § 266, når handlingen er omfattet af artikel 2 i den internationale konvention af 13. april 2005 til bekæmpelse af nuklear terrorisme."

- (i) Violation of section 180, 181(1), 183(1) or (2), 183a, 184(1), 192a, 193(1), 237, 244, 245, 246, 250, 252(1), 266, 288 or 291(1) or (2), where the act falls within the scope of Article 1 of the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed on 16 December 1970, Article 1 of the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Civil Aviation, concluded on 23 September 1971, or Article II of the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, done on 24 February 1988.
- (ii) Violation of section 180, 181(1), 183(1) or (2), 184(1), 237, 244, 245, 246, 250, 252(1), 260, 261(1) or (2), 266 or 191(1) or (2), where the act falls within the scope of Article 2 of the Convention on the Prevention and Punishment of Crimes Against Internationally Protected Persons, Including Diplomatic Agents, adopted on 14 December 1973.
- (iii) Violation of section 261(1) or (2), where the act falls within the scope of Article 1 of the International Convention Against the Taking of Hostages, adopted on 17 December 1979.
 - (iv) Violation of section 180, 181(1), 183(1) or (2), 186(1), 192a, 192b, 237, 244, 245, 246, 260, 266, 276, 278, 279, 279a, 281, 288 or 291(2), where the act falls within the scope of Article 7 of the International Atomic Energy Agency Convention on the Physical Protection of Nuclear Material, adopted on 26 October 1979.
 - (v) Violation of section 180, 181(1), 183(1) or (2), 183a, 184(1), 192a, 193(1), 237, 244, 245, 246, 252(1), 260, 266, 288 or 291(1) or (2), where the act falls within the scope of Article 3 of the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation, done on 10 March 1988, or Article 2 of the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, done on 10 March 1988.
- (vi) Violation of section 180, 181(1), 183(1) or (2), 183a, 184(1), 186(1), 192a, 193(1), 237, 244, 245, 246, 250, 252(1), 266 or 291(2), where the act falls within the scope of Article 2 of the International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings, adopted on 15 December 1997.

Section 114b

A person is liable to imprisonment for any term not exceeding 10 years if he:

- (i) directly or indirectly grants financial support to;
- (ii) directly or indirectly provides or collects funds for; or
- (iii) directly or indirectly makes money, other financial assets or financial or other similar services available to a person, a group of persons or an association that commits or intends to commit acts falling within the scope of section 114 or 114a.

Section 114c

(1) A person is liable to imprisonment for up to 10 years if he recruits a person to commit or further acts falling within the scope of section 114 or 114a or to join a group or an association for the purpose of furthering the commission of acts of such nature by the group or association. In particularly aggravating circumstances, the penalty may be increased to imprisonment for up to 16 years. Particularly aggravating circumstances typically include cases of systematic or organized violations.

(2) A person is liable to imprisonment for up to six years if he recruits a person to commit or further acts falling within the scope of section 114b or to join a group or an association for the purpose of furthering the commission of acts of such nature by the group or association.

(3) A person is liable to imprisonment for up to six years if he accepts being recruited to commit acts falling within the scope of section 114 or 114a.

Section 114d

(1) A person is liable to imprisonment for up to 10 years if he trains, instructs or otherwise teaches a person to commit or further acts falling within the scope of section 114 or 114a, knowing that the person intends to use the skills for that purpose. In particularly aggravating circumstances, the penalty may be increased to imprisonment for up to 16 years. Particularly aggravating circumstances typically include cases of systematic or organised violations.

(2) A person is liable to imprisonment for up to six years if he trains, instructs or otherwise teaches a person to commit or further acts falling within the scope of section 114b, knowing that the person intends to use the skills acquired for that purpose.

(3) A person is liable to imprisonment for up to six years if he accepts being trained, instructed or otherwise taught to commit acts falling within the scope of section 114 or 114a.

Section 114e

A person is liable to imprisonment for up to six years if he otherwise furthers the activity of a person, a group or an association that commits or intends to commit acts falling within the scope of section 114, 114a, 114b, 114c or 114d.

B. DEUTSCHLAND

1. Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen

1.1. Gesetzliche Grundlage

Im deutschen Recht ist die zentrale Norm für die Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen § 129a Strafgesetzbuch, welcher das Bilden terroristischer Vereinigungen regelt. Daneben kann auch § 86 Strafgesetzbuch über das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen in gewissen Konstellationen einschlägig sein.

Im Hinblick auf die Strafbarkeit, sich passiv rekrutieren zu lassen, kommt lediglich der Tatbestand des § 89b Strafgesetzbuch über die Aufnahme von Beziehungen zu terroristischen Vereinigungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat in Betracht. Dieser regelt jedoch nur einen bestimmten Fall und nicht allgemein, sich passiv zu terroristischen Zwecken anwerben zu lassen.

1.1.1. § 129a Strafgesetzbuch: Bildung terroristischer Vereinigungen

§ 129a Strafgesetzbuch wurde Ende des Jahres 2003 grundlegend umgestaltet, um den Rahmenbeschluss 2002/475/JI des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung im nationalen Recht umzusetzen. In seiner heute gültigen Form verbietet **§ 129a Absatz 5 Satz 2 Strafgesetzbuch**, um Mitglieder oder Unterstützende für eine sogenannte terroristische Vereinigung zu werben.

Der Bundesgerichtshof hat einige dieser Merkmale näher ausgeführt. Demnach handelt es sich bei einem **Mitglied** um eine Person, die Teil einer Vereinigung ist und die sich in die Organisation dieser Vereinigung einfügt. **Unterstützende** hingegen sind lediglich dazu bereit, die Tätigkeit oder die Ziele einer solchen Vereinigung selbst oder über ein Mitglied der Vereinigung zu fördern, ohne jedoch selbst Mitglied zu werden.⁷

Das Gesetz regelt in § 129a Strafgesetzbuch selbst, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit eine **Vereinigung terroristischer Natur** ist. Nach Absatz 1 der Norm müssen der Zweck oder die Tätigkeit der Vereinigung darauf gerichtet sein, eine der abschliessend aufgezählten Straftaten zu verüben. Hierzu gehören insbesondere Mord⁸ und Totschlag⁹, die drei völkerstrafrechtlichen Delikte Völkermord¹⁰, Verbrechen gegen die Menschlichkeit¹¹ und Kriegsverbrechen¹² sowie bestimmte Straftaten gegen die persönliche Freiheit^{13, 14}.

Nach Absatz 2 der Norm können der Zweck oder die Tätigkeit der Vereinigung auch auf eine der dort genannten, ebenfalls abschliessend aufgezählten Straftaten gerichtet sein. Dann muss jedoch zusätzlich eine weitere Voraussetzung erfüllt sein. Bei diesen Straftaten handelt es sich um das Verursachen

⁷ Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 16.05.2007 – AK 6/07 und StB 3/07; B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 129a, Rn. 15; K. Kühl & M. Heger, Strafgesetzbuch: Kommentar, 28. Aufl., München 2014, § 129a, Rn. 4.

⁸ § 211 Strafgesetzbuch (StGB).

⁹ § 212 Strafgesetzbuch (StGB).

¹⁰ § 6 Völkerstrafgesetzbuch (VStGB).

¹¹ § 7 Völkerstrafgesetzbuch (VStGB).

¹² §§ 8-12 Völkerstrafgesetzbuch, VStGB).

¹³ Erpresserischer Menschenraub (§ 239a Strafgesetzbuch (StGB)) sowie Geiselnahme (§ 239b StGB).

¹⁴ § 129a Abs. 1 Nr. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

schwerer körperlicher oder seelischer Schäden an einem Menschen¹⁵, einige Formen der Sachbeschädigung¹⁶ und gemeingefährlicher Straftaten¹⁷, bestimmte Straftaten gegen die Umwelt¹⁸, einige Delikte des Kriegswaffenkontrollgesetzes¹⁹ sowie einige Straftaten nach dem Waffengesetz^{20, 21}. Zusätzlich müssen diese Taten jedoch dazu bestimmt sein, einen bestimmten Zweck zu verfolgen. Auch die hierfür in Frage kommenden Zwecke listet das Gesetz abschliessend auf. Demnach muss die Straftat darauf gerichtet sein die Bevölkerung einzuschüchtern, Behörden oder internationale Organisationen zu einem bestimmten Verhalten zu nötigen oder die Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen. Gleichzeitig muss die Straftat dazu geeignet sein, durch die Art ihrer Begehung oder durch ihre Folgen einem Staat oder einer internationalen Organisation erheblich zu schaden. Nur wenn die Vereinigung auf die Begehung einer der abschliessend aufgelisteten Taten gerichtet ist mit dem subjektiven Zweck, eines der genannten Ziele zu erreichen, und mit der objektiven Eignung, einen Staat oder eine internationale Organisation zu schädigen, liegt eine terroristische Vereinigung nach § 129a Absatz 2 Strafgesetzbuch vor.

Über § 129b Strafgesetzbuch ist § 129a Strafgesetzbuch auch dann anwendbar, wenn sich die beworbene **terroristische Vereinigung im Ausland** befindet.²² Uneingeschränkt gilt dies jedoch nur für terroristische Vereinigungen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Handelt es sich allerdings um eine **Vereinigung ausserhalb der Europäischen Union**, so findet § 129a Strafgesetzbuch nur dann Anwendung, wenn das Werben für diese Vereinigung im räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuches stattfindet oder wenn entweder Täter/in oder Opfer deutsche Staatsbürger sind oder sich in Deutschland befinden. Darüber hinaus kann eine solche Tat nur mit Ermächtigung des Justiz- und Verbraucherschutzministeriums verfolgt werden, wobei das Ministerium diese Ermächtigung sowohl für den Einzelfall als auch für zukünftige Taten im Zusammenhang mit dieser Vereinigung erteilen kann. Hierbei berücksichtigt das Ministerium, ob die Ideologie der Vereinigung grundlegend die Würde des Menschen oder das friedliche Zusammenleben der Völker verletzt und bei Abwägung aller Faktoren als verwerflich erscheint.²³

¹⁵ Insbesondere solche, wie sie in § 226 Strafgesetzbuch (StGB) über die schwere Körperverletzung genannt sind: das Sehvermögen auf einem Auge oder beiden Augen, das Gehör, das Sprechvermögen oder die Fortpflanzungsfähigkeit verlieren (Abs. 1 Nr. 1), ein wichtiges Glied des Körpers verlieren oder dauernd nicht mehr gebrauchen können (Abs. 1 Nr. 2), in erheblicher Weise dauernd entstellt werden oder in Siechtum, Lähmung oder geistige Krankheit oder Behinderung verfallen (Abs. 1 Nr. 3).

¹⁶ Computersabotage (§ 303b Strafgesetzbuch (StGB)), Zerstörung von Bauwerken (§ 305 StGB) und Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel (§ 305a StGB).

¹⁷ Brandstiftung (§ 306 Strafgesetzbuch (StGB)), schwere Brandstiftung (§ 306a StGB), besonders schwere Brandstiftung (§ 306b StGB), Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c StGB), Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie (§ 307 Abs. 1-3 StGB), Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§ 308 Abs. 1-4 StGB), Missbrauch ionisierender Strahlen (§ 309 Abs. 1-5 StGB), Herbeiführen einer Überschwemmung (§ 313 StGB), Gemeingefährliche Vergiftung (§ 314 StGB), Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315 Abs. 1, 3, 4 StGB), Störung öffentlicher Betriebe (§ 316b Abs. 1, 3 StGB), Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr (§ 316c Abs. 1-3 StGB) oder Störung von Telekommunikationsanlagen (§ 317 Abs. 1 StGB).

¹⁸ Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften (§ 330a Abs. 1-3 Strafgesetzbuch (StGB)).

¹⁹ Strafvorschriften gegen Atomwaffen (§ 19 Abs. 1-3 Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG)), Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen (§ 20 Abs. 1, 2 KrWaffKontrG), Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition (§ 20a Abs. 1-3 KrWaffKontrG), jeweils auch bei Taten ausserhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes (§ 21 KrWaffKontrG) oder in Verbindung mit sonstigen Strafvorschriften (§ 22a Abs. 1-3 KrWaffKontrG).

²⁰ § 51 Abs. 1-3 Waffengesetz (WaffG).

²¹ § 129a Abs. 2 Nr. 1-5 Strafgesetzbuch (StGB).

²² § 129b Abs. 1 S. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

²³ § 129b Abs. 1 S. 2-5 Strafgesetzbuch (StGB).

Auf **subjektiver Seite** verlangt § 129a Strafgesetzbuch den grundsätzlich für die meisten Strafnormen ausreichenden Eventualvorsatz bezüglich der einzelnen Tatbestandsmerkmale. Dieser ist in Abgrenzung zur Fahrlässigkeit dann gegeben, wenn die handelnde Person das Vorliegen der Merkmale für möglich hält, ihr dies jedoch egal ist. Lediglich für die Zweckbestimmung der Katalogtaten des § 129a Absatz 2 Strafgesetzbuch muss die Person wissend handeln.²⁴

1.1.2. § 86 Strafgesetzbuch: Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

§ 86 Strafgesetzbuch stellt das **Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen** unter Strafe. Die Norm befasst sich also nicht direkt mit dem Rekrutieren von Terroristen, kann aber in gewissen Konstellationen auch solche Fälle erfassen.

Diese Vorschrift ist lediglich auf Propaganda für **bestimmte Organisationen** anwendbar. Diese sind in Absatz 1 der Norm abschliessend aufgezählt. Demnach muss es sich bei der beworbenen Vereinigung um eine der folgenden handeln: Zunächst kommen vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte²⁵ Parteien sowie ihre Ersatzorganisationen in Betracht, letzteres allerdings nur, sofern unanfechtbar festgestellt²⁶ worden ist, dass es sich bei der Partei oder Vereinigung um eine solche Ersatzorganisation handelt. Gleiches gilt für Vereinigungen, bei denen durch Verfügung einer Verbotsbehörde unanfechtbar festgestellt²⁷ wurde, dass sie sich gegen die Völkerverständigung oder die verfassungsmässige Ordnung richten sowie für ihre ebenso festgestellten Ersatzorganisationen²⁸. Sodann weitet das Gesetz den Anwendungsbereich auf solche Regierungen, Vereinigungen oder Einrichtungen im Ausland aus, die für eine der vorgenannten Parteien, Vereinigungen oder Ersatzorganisationen tätig sind. Schliesslich sind auch solche Vereinigungen erfasst, die ehemalige nationalsozialistische Organisationen fortsetzen möchten.²⁹ Auf das Rekrutieren von Terroristen findet die Norm also nur dann Anwendung, wenn die beworbene Organisation einer der genannten Kategorien unterfällt, insbesondere also wenn sie vom Bundesverfassungsgericht oder der zuständigen Behörde verboten wurde oder wenn sie die Bestrebungen des Nationalsozialismus fortsetzen möchte.

Listen verbotener rechtsextremistischer, ausländerextremistischer und islamistischer **Organisationen** seit 1990 sind auf der Website des Bundesamtes für Verfassungsschutz verfügbar.³⁰

Während der Begriff **Propaganda** für sich genommen eigentlich wertneutral Werbung für bestimmte politische oder ideelle Ziele meint, wird er heute durch seine Konnotation zum Nationalsozialismus in

²⁴ B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 129a, Rn. 19.

²⁵ Gemäss § 13 Nr. 2 in Verbindung mit §§ 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) in Verbindung mit Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz (GG).

²⁶ Dies wird durch eine besondere Verfügung festgestellt, § 8 Abs. 2 S. 1 Vereinsgesetz (VereinsG) in Verbindung mit § 33 Abs. 3 Parteiengesetz (PartG). Lediglich wenn die Ersatzpartei bereits vor dem Verbot der ursprünglichen Partei bestanden hat oder im Bundes- oder einem Landtag vertreten war, steht diese Feststellung ausschliesslich dem Bundesverfassungsgericht zu, § 33 Abs. 2 PartG.

²⁷ § 3 Abs. 1 S. 1 Vereinsgesetz (VereinsG).

²⁸ § 8 Abs. 2 S. 1 Vereinsgesetz (VereinsG).

²⁹ § 86 Abs. 1 Nr. 1-4 Strafgesetzbuch (StGB).

³⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verbotene rechtsextremistische Organisationen, verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/verbotene-organisationen-rechtsextremismus> (06.01.2016); dasselbe, Verbotene ausländerextremistische Organisationen, verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-auslaenderextremismus-ohne-islamismus/verbotene-organisationen-auslaenderextremismus> (06.01.2016); dasselbe, Verbotene islamistische Organisationen, verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/verbotene-organisationen-islamismus> (06.01.2015).

der Regel abwertend verstanden. Demnach handelt es sich bei Propaganda um einseitige und vorurteilsbelastete und dabei aggressiv kämpferische Werbung, mit welcher die Politik langfristig verändert werden soll.³¹ Dabei kann die Werbung sowohl darauf gerichtet sein, die angepriesenen Ziele zu verwirklichen, als auch darauf, die beworbene Organisation zu unterstützen.³² In seinem Absatz 2 schränkt § 86 Strafgesetzbuch den Anwendungsbereich der Norm dahingehend ein, dass nur solche Propaganda erfasst sein soll, die sich gegen die **freiheitliche demokratische Grundordnung** oder gegen den Gedanken der **Völkerverständigung** richtet. Das Bundesverfassungsgericht hat den Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung bereits im Jahre 1952 definiert als eine „Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.“ Diese soll mindestens die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte und hier insbesondere das Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit umfassen sowie Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteiensystem und Chancengleichheit für alle politischen Parteien und eine verfassungsmässige Opposition.³³ Die Völkerverständigung meint sodann das friedliche Zusammenleben der Völker durch gewaltfreies Miteinander sowie das Verbot eines Angriffskrieges.³⁴ Im Rahmen des Rekrutierens von Terroristen ist § 86 Strafgesetzbuch also nur dann anwendbar, wenn es sich bei der beworbenen terroristischen Organisation um eine solche handelt, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen die Völkerverständigung richtet. Zudem muss die Werbung Propaganda im Sinne der Norm darstellen. Schliesslich legt § 86 Absatz 2 in Verbindung mit § 11 Absatz 3 Strafgesetzbuch auch fest, dass als Propagandamittel Schriften, Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen in Betracht kommen.

Jedoch ist § 86 Strafgesetzbuch gemäss dessen Absatz 3 **nicht einschlägig**, wenn das Propagandamittel oder die Tathandlung der staatsbürgerlichen Aufklärung oder der Berichterstattung, der Kunst, Wissenschaft, Forschung oder Lehre oder wenn es der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen dient.

Mangels besonderer Vorgaben reicht im subjektiven Tatbestand **Eventualvorsatz** des Täters/der Täterin bezüglich der objektiven Tatbestandsmerkmale.

1.1.3. § 89b Strafgesetzbuch: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b Strafgesetzbuch verbietet, Beziehungen zu einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im In- oder Ausland aufzunehmen oder zu unterhalten, um sich in der Begehung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten unterweisen zu lassen.

Bei **terroristischen Vereinigungen** handelt es sich um solche im Sinne des § 129b Strafgesetzbuch³⁵.

Eine **Beziehung** zu einer solchen Vereinigung besteht dann, wenn ein kommunikativer Kontakt jeglicher Form vorhanden ist. Dieser Kontakt kann mittelbar oder unmittelbar, persönlich oder mit

³¹ K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 86, Rn. 2.

³² J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 86, Rn. 13.

³³ Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Urteil vom 23.10.1952 – 1 BvB 1/51. Diese Definition hat der Gesetzgeber auch in § 4 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) übernommen.

³⁴ Art. 26 Abs. 1 S. 1 Grundgesetz (GG).

³⁵ Siehe hierzu unter Punkt 1.1.1. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

Hilfe eines beliebigen Kommunikationsmediums hergestellt werden. Hierbei ist irrelevant, ob der Täter/die Täterin selbst initiativ geworden ist, jedoch reichen lediglich einseitige Bemühungen nicht aus.³⁶

Für die **schweren staatsgefährdenden Gewalttaten** verweist die Norm auf Taten im Sinne des § 89a Absatz 2 Nummer 1 Strafgesetzbuch. Damit eine solche Gewalttat vorliegt, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Zum einen muss es sich um Mord³⁷, Totschlag³⁸, erpresserischen Menschenraub³⁹ oder Geiselnahme⁴⁰ handeln. Des Weiteren muss die Tat den Umständen nach bestimmt und geeignet sein, den Bestand und die Sicherheit eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beeinträchtigen oder deutsche Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder zu untergraben. Schliesslich muss die Tat vorbereitet werden, indem jemand den Täter/die Täterin des § 89b Strafgesetzbuch darin zu unterweisen bereit ist, Schusswaffen, Sprengstoff, Spreng- oder Brandvorrichtungen, Kernbrenn- oder sonstige radioaktive Stoffe, giftige Stoffe sowie andere gesundheitsschädliche Stoffe herzustellen oder damit umzugehen. Zudem können auch weitere bestimmte besondere Vorrichtungen oder sonstige Fertigkeiten, die der Begehung der schweren staatsgefährdenden Tat dienen, Teil dieser geplanten Unterweisung sein.⁴¹

Grundsätzlich kann die Tathandlung auch im **Ausland** vorgenommen werden. Handelt es sich hierbei allerdings nicht um einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, so ist die Tat nur strafbar, wenn die Handlung von einer deutschen Person oder von einer ausländischen Person mit Lebensgrundlage in Deutschland begangen wird.⁴² Bei einer solchen Auslandstat ist zur Verfolgung der Tat jedoch eine Ermächtigung durch das Justiz- und Verbraucherschutzministerium erforderlich, sofern die Tat nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und durch eine deutsche Person begangen wird.⁴³

Für die meisten objektiven Tatbestandsmerkmale reicht es im subjektiven Tatbestand aus, wenn der Täter/die Täterin **Eventualvorsatz** hat. Jedoch muss es seine/ihre **Absicht** im Sinne eines zielgerichteten Wollens sein, sich in der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat unterweisen zu lassen.⁴⁴

1.2. Aktiv rekrutieren und passiv rekrutiert werden

Während die Tatbestände der §§ 129a und 86 Strafgesetzbuch lediglich das aktive Rekrutieren von Terroristen betreffen, bestraft § 89b Strafgesetzbuch lediglich, sich passiv rekrutieren zu lassen.

1.2.1. § 129a Strafgesetzbuch: Bildung terroristischer Vereinigungen

Während § 129a Strafgesetzbuch unter anderem mit Strafe bedroht, aktiv um Mitglieder oder Unterstützende für eine terroristische Vereinigung zu werben, ist es nicht strafbar, sich rein passiv

³⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12428 vom 25.03.2009, Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten, S. 17.

³⁷ § 211 Strafgesetzbuch (StGB).

³⁸ § 212 Strafgesetzbuch (StGB).

³⁹ § 239a Strafgesetzbuch (StGB).

⁴⁰ § 239b Strafgesetzbuch (StGB).

⁴¹ § 89a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁴² § 89b Abs. 3 S. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁴³ § 89b Abs. 4 Nr. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁴⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12428 vom 25.03.2009, Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten, S. 17.

rekrutieren zu lassen. Erst sich aktiv als Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu beteiligen ist strafbar.

1.2.1.1. Aktiv rekrutieren

§ 129a Strafgesetzbuch stellt ausdrücklich das **Werben** um Mitglieder und Unterstützende und damit das **aktive Rekrutieren** unter Strafe. Für die Tathandlung des Werbens ist es dabei unerheblich, ob sich die Werbung an eine konkrete Person richtet oder ob sie eine unbestimmte Anzahl von Menschen erreichen soll. Ebenso ist irrelevant, ob die Werbung Erfolg hat, da Tathandlung bereits das Werben an sich ist. Verbreitet die Person allerdings lediglich die werbende Äusserung anderer, so muss sie sich den Inhalt in irgendeiner Form zu Eigen machen in dem Sinne, dass deutlich wird, die Person wolle durch Veröffentlichung oder Verbreiten dieser Aussage selbst Werbung betreiben. Inhaltlich muss sich jedoch aus den Gesamtumständen ergeben, dass die werbende Person tatsächlich Mitglieder oder Unterstützende für eine konkrete Vereinigung gewinnen möchte. Hierfür reichen weder ein allgemeiner Aufruf, sich an nicht näher benannten terroristischen Aktivitäten oder dem *Djihad*⁴⁵ zu beteiligen, noch die Vereinigung, ihre Ziele und Ideologien sowie aus ihrer Mitte begangene Straftaten zu befürworten und zu verherrlichen. Dennoch soll es sich auch dann um ein Werben im Sinne der Norm handeln, wenn die Äusserung gleichzeitig auch gleichgesinnte andere Vereinigungen befürwortet.⁴⁶

1.2.1.2. Passiv rekrutiert werden

§ 129a Strafgesetzbuch stellt **nicht** unter Strafe, sich **passiv rekrutieren beziehungsweise anwerben zu lassen**.

Jedoch pönalisiert die Norm die Tathandlung, sich **als Mitglied** an einer terroristischen Vereinigung **zu beteiligen**. Hierfür reicht allerdings eine passive, für die Tätigkeit der Vereinigung unerhebliche Mitgliedschaft nicht aus. Stattdessen muss das Mitglied aktiv am Verbandsleben teilnehmen, um den Tatbestand zu erfüllen.⁴⁷ Dennoch setzt eine Strafbarkeit nicht voraus, dass das Mitglied in seiner Funktion als Mitglied der terroristischen Vereinigung bereits zu konkreten Tatplanungen oder zu vorbereitenden Aktivitäten für Straftaten teilgenommen hat.⁴⁸ Auch stehen längere Pausen zwischen den aktiven Zeiten dem Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen nicht entgegen, sofern es sich im Endeffekt nicht um eine vollends passive Mitgliedschaft handelt.⁴⁹ Mithin ist es **nicht strafbar**, sich rein **passiv rekrutieren zu lassen**.

⁴⁵ Laut dem Bundesgerichtshof (BGH) kann ein Aufruf zum *Djihad* nur dann als Werben im Sinne der Norm angesehen werden, wenn der Aufruf „durch eine Person erfolgt, die eine Vereinigung derartig herausgehoben repräsentiert, dass sich allein daraus ausreichend konkret ergibt, die Aufforderung gelte zuallererst oder zumindest auch zu Gunsten der repräsentierten Vereinigung“, BGH, Beschluss vom 16.05.2007 – AK 6/07 und StB 3/07.

⁴⁶ Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 16.05.2007 – AK 6/07 und StB 3/07.

⁴⁷ Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 30.03.2001 – StB 4, 5/01; ebenso zum in dieser Hinsicht gleichlautenden § 129 Strafgesetzbuch (StGB) BGH, Beschluss vom 22.10.1979 – 1 StE 3/79-2 StB 52/79.

⁴⁸ Zum in dieser Hinsicht gleichlautenden § 129 Strafgesetzbuch (StGB) Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 21.10.2004 – 3 StR 94/04; B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 129a, Rn. 7.

⁴⁹ Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 30.03.2001 – StB 4, 5/01; J. Schäfer, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 129, Rn. 85 in Verbindung mit § 129a, Rn. 57.

1.2.2. § 86 Strafgesetzbuch: Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

Gemäss § 86 Strafgesetzbuch ist lediglich das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen strafbar, welches unter Umständen als Rekrutieren angesehen werden kann. Sich durch Propagandamittel anwerben zu lassen ist jedoch nicht strafbewehrt.

1.2.2.1. Aktiv rekrutieren

Als Tathandlung sieht § 86 Abs. 1 Strafgesetzbuch das **Verbreiten dieser Propagandamittel im Inland** vor. Zudem stellt er auch Vorbereitungshandlungen unter Strafe, nämlich Propagandamittel zur Verbreitung im In- oder Ausland herzustellen, sie vorrätig zu halten, sie ein- oder auszuführen sowie sie in Datenspeichern öffentlich zugänglich zu machen. Für den Aspekt des eigentlichen Rekrutierens von Terroristen ist jedoch lediglich die erste Variante, also das Verbreiten im Inland relevant. Eine Person verbreitet ein Propagandamittel dann, wenn sie dieses einem grösseren, von ihr nicht mehr kontrollierbaren Personenkreis zugänglich macht. Allerdings ist hierbei unerheblich, ob die empfangende Person tatsächlich Kenntnis vom Inhalt nimmt.⁵⁰ Nach herrschender Meinung soll diese Tathandlung über seinen Wortlaut hinaus auch das Ausstellen, Anschlagen, Vorführen oder in sonstiger Weise öffentlich zugänglich machen erfassen.⁵¹ Grund hierfür ist, dass § 74d Strafgesetzbuch, welcher das Einziehen und Unbrauchbarmachen von Schriften regelt, diese Handlungen ebenfalls dem Verbreiten gleichsetzt.

1.2.2.2. Passiv rekrutiert werden

§ 86 Strafgesetzbuch enthält **keine Tathandlung**, die damit vergleichbar wäre, **passiv rekrutiert zu werden**. Insbesondere ist es für sich genommen nicht strafbar, Propagandamittel anzunehmen oder sich durch diese anwerben zu lassen.

1.2.3. § 89b Strafgesetzbuch: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Das Aufnehmen und Unterhalten von Beziehungen zu terroristischen Vereinigungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Straftat im Sinne des § 89b Strafgesetzbuch betrifft lediglich Personen, die sich passiv rekrutieren lassen möchten, nicht jedoch das aktive Werben durch eine terroristische Vereinigung.

1.2.3.1. Aktiv rekrutieren

Der Straftatbestand des § 89b Strafgesetzbuch richtet sich ausschliesslich an Personen, die Beziehungen zu einer terroristischen Vereinigung aufnehmen, um sich unterweisen zu lassen. Die Norm erfasst also nicht Mitglieder der Vereinigung, die ihrerseits Kontakt zu aussenstehenden Personen aufnehmen, um diese im Anschluss in der Begehung von Straftaten zu unterweisen. Das **aktive Rekrutieren** wird in diesem Rahmen daher **nicht bestraft**.

1.2.3.2. Passiv rekrutiert werden

Die Tathandlung des § 89b Strafgesetzbuch besteht darin, Beziehungen zu einer terroristischen Vereinigung mit einem bestimmten Ziel aufzunehmen oder zu unterhalten. Um eine Beziehung im

⁵⁰ J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 86, Rn. 27.

⁵¹ K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 86, Rn. 13; J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 86, Rn. 27; K. Kühl & M. Heger, Strafgesetzbuch: Kommentar, 28. Aufl., München 2014, § 86, Rn. 6.

Sinne der Norm aufzunehmen, reichen einseitige, erfolglose Bemühungen des Täters/der Täterin wie beispielsweise das Schicken einer Anfrage nicht aus. Stattdessen muss mindestens ein gegenseitiger Kontakt stattgefunden haben, der darauf ausgelegt ist, fortgesetzt zu werden. Unterhalten wird eine Beziehung durch jede Tätigkeit, die dazu bestimmt ist, diese Beziehung aufrecht zu erhalten.⁵² Diese Tathandlung des Aufnehmens oder Unterhaltens einer Beziehung kann in gewissem Masse dahingehend verstanden werden, dass es **strafbar** ist, sich **passiv rekrutieren zu lassen**.

1.3. Strafe

Während § 129a Strafgesetzbuch ausschliesslich eine Freiheitsstrafe vorsieht, ist im Rahmen der §§ 86, 89b Strafgesetzbuch je nach Schwere der Tat auch lediglich eine Geldstrafe möglich. Alle Straftatbestände sehen die Möglichkeit vor, die Strafe bei geringer Schuld zu mindern und/oder von einer Bestrafung abzusehen. Bei einer Bestrafung nach § 129a Strafgesetzbuch kann das Gericht ausserdem eine Nebenstrafe anordnen.

1.3.1. § 129a Strafgesetzbuch: Bildung terroristischer Vereinigungen

Das Werben um Mitglieder und Unterstützende für eine terroristische Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch wird grundsätzlich mit einer **Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren** bestraft.⁵³

Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Gericht die Strafe jedoch nach seinem Ermessen **mildern**⁵⁴ oder von einer Bestrafung **ganz absehen**. Hierfür muss sich der Täter/die Täterin freiwillig und ernsthaft bemühen, das Fortbestehen der Vereinigung an sich oder zumindest die Begehung einer den Zielen der Vereinigung entsprechenden Straftat zu verhindern. Ebenso sind eine Strafmilderung oder ein Absehen von Strafe möglich, wenn der Täter/die Täterin freiwillig sein/ihr Wissen früh genug preisgibt, dass ihm/ihr bekannte geplante Straftaten noch verhindert werden können. Sofern das Fortbestehen der Vereinigung verhindert wird, wird der Täter/die Täterin nicht bestraft.

Verhängt das Gericht jedoch die grundsätzlich vorgesehene Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten, so kann das Gericht ausserdem dem Täter/der Täterin für eine Dauer von zwei bis fünf Jahren die **Fähigkeit aberkennen, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen**. Dies ist gemäss § 45 Absatz 2 Strafgesetzbuch nur möglich, wenn das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht. Dies ist hier in § 129a Absatz 8 Strafgesetzbuch der Fall.

Bei **Anstiftenden und Gehilfen** des Täters/der Täterin, deren Schuld gering ist und deren Mitwirkung nur von geringer Bedeutung ist, kann das Gericht die Strafe allerdings nach seinem Ermessen **mildern**.⁵⁵

⁵² Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12428 vom 25.03.2009, Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten, S. 17; Th. Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 60. Aufl., München 2013, § 89b, Rn. 5; J. Schäfer, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 89b, Rn. 12.

⁵³ § 129a Abs. 5 S. 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁵⁴ Gemäss § 49 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB):

„(2) Darf das Gericht nach einem Gesetz, das auf diese Vorschrift verweist, die Strafe nach seinem Ermessen mildern, so kann es bis zum gesetzlichen Mindestmass der angedrohten Strafe herabgehen oder statt auf Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkennen.“

⁵⁵ § 129a Abs. 6 Strafgesetzbuch (StGB).

1.3.2. § 86 Strafgesetzbuch: Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

Das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen wird mit einer **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe** bestraft.⁵⁶ Bei nur geringer Schuld kann das Gericht von einer Bestrafung jedoch **absehen**.⁵⁷

1.3.3. § 89b Strafgesetzbuch: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Die Aufnahme von Beziehungen zu einer terroristischen Vereinigung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat wird mit einer **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe** bestraft.⁵⁸ Bei nur geringer Schuld kann das Gericht von einer Bestrafung jedoch **absehen**.⁵⁹

1.4. Statistiken

Das Statistische Bundesamt⁶⁰ veröffentlicht jährlich⁶¹ sehr ausführliche Statistiken im Bereich der Strafverfolgung. Die aktuellste im Internet zugängliche Veröffentlichung wurde 2015 veröffentlicht und enthält Daten über das Jahr 2013. Nicht darin enthalten sind Informationen zu § 89b Strafgesetzbuch. Für die §§ 129a und 86 Strafgesetzbuch enthält die Veröffentlichung jedoch sehr detaillierte Statistiken insbesondere über den Ausgang der Verfahren. Allerdings unterscheiden die Statistiken nicht nach den einzelnen Tatmodalitäten einer Straftat, sodass nicht daraus ersichtlich wird, welche Tathandlung genau begangen wurde und ob es sich überhaupt um eine für dieses Gutachten relevante Tatmodalität handelt.⁶²

Wegen **Bildens einer terroristischen Vereinigung gemäss § 129a Strafgesetzbuch** wurden im Jahr 2013 zwei Personen abgeurteilt, beide männlich und beide im Alter von 21-25 Jahren. Einer von ihnen war Deutscher, einer Ausländer. Sie wurden beide zu einer Freiheitsstrafe von drei bis fünf Jahren verurteilt.

Wegen **Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen gemäss § 86 Strafgesetzbuch** wurden im Jahr 2013 1'085 Personen abgeurteilt, davon 1'028 männlich. Insgesamt wurden davon 878 Personen verurteilt, davon 837 männliche, 92.5 % der Verurteilten waren Deutsche. Von den Verurteilten waren 743 Personen mindestens 21 Jahre alt, davon jeweils rund 200 in den Alterskategorien 21-25, 25-30 und 30-40. Während nur bei 80 der Verurteilten eine Freiheitsstrafe verhängt wurde, erhielt 695 Verurteilte eine Geldstrafe. Die Hälfte der verhängten Freiheitsstrafen betrug weniger als sechs Monate, der Grossteil der zweiten Hälfte zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Die Anzahl der im Rahmen der Geldstrafe verhängten Tagessätze betrug zumeist zwischen 31 und 90 Tagessätze, etwa ein Drittel betrug 16 bis 30 Tagessätze.

⁵⁶ § 86 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁵⁷ § 86 Abs. 4 Strafgesetzbuch (StGB).

⁵⁸ § 89b Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁵⁹ § 89b Abs. 5 Strafgesetzbuch (StGB).

⁶⁰ www.destatis.de.

⁶¹ Ältere Ausgaben sind verfügbar auf der Website der Statistischen Bibliothek unter https://www.destatis.de/GPStatistik/receive/DESerie_serie_00000107 (13.11.2015).

⁶² Statistisches Bundesamt, Rechtspflege: Strafverfolgung 2013, Wiesbaden 2013, verfügbar als pdf-Datei sowie als Excel-Datei unter <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/StrafverfolgungVollzug/Strafverfolgung.html> (13.11.2015).

Wie bereits dargestellt enthält die Veröffentlichung keine Statistiken zu Taten gemäss **§ 89b Strafgesetzbuch über die Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat**.

2. Strafbarkeit des Ausbildens von Terroristen

2.1. Gesetzliche Grundlage

Für die Strafbarkeit der aktiven und passiven Ausbildung von Terroristen gibt es im deutschen Strafrecht zwar keine einzelne zentrale Norm, jedoch drei Vorschriften, die jeweils verschiedene Teilbereiche abdecken. Dies sind § 87 Strafgesetzbuch über die Agententätigkeit zu Sabotagezwecken, § 89a Strafgesetzbuch über die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie § 91 Strafgesetzbuch über die Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

2.1.1. § 87 Strafgesetzbuch: Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

Die Agententätigkeit zu Sabotagezwecken ist in § 87 Strafgesetzbuch geregelt und stellt ein abstraktes Gefährdungs- und Tätigkeitsdelikt dar. Zweck der Norm ist es, bereits frühe Vorbereitungsaktionen zum Hoch- oder Landesverrat zu unterbinden.⁶³ Im Rahmen des Ausbildens von Terroristen ist **§ 87 Absatz 1 Nummer 5 Strafgesetzbuch** relevant. Dieser stellt es unter Strafe, einen Auftrag einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung ausserhalb Deutschlands zur Vorbereitung von Sabotagehandlungen im Inland dadurch zu befolgen, sich zur Begehung solcher Handlungen schulen zu lassen oder andere dazu zu schulen. Zudem muss sich der Täter/die Täterin dadurch absichtlich oder wissentlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit Deutschlands oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzen.

Der Täter/die Täterin muss im Rahmen eines **Auftrags** handeln. Hierunter ist die persönliche Aufforderung zu verstehen, eine bestimmte Handlung vorzunehmen, wobei die Aufforderung direkt oder durch eine Mittelsperson gemacht werden kann. Ein lediglich allgemeiner Aufruf reicht dabei nicht aus, ebenso ist auch das Handeln auf eigene Faust und damit ohne Auftrag oder über dessen Inhalt hinausgehend nicht vom Tatbestand der Norm erfasst.⁶⁴ Diesen Auftrag muss eine Regierung, **Vereinigung oder Einrichtung ausserhalb des Geltungsbereiches des Strafgesetzbuches** erteilt haben. Zumindest die letzten beiden Begriffe Vereinigung und Einrichtung sollen dabei nach herrschender Meinung auch terroristische Vereinigungen erfassen.⁶⁵

Die Schulung muss der **Vorbereitung einer Sabotagehandlung im Inland** dienen. Grundsätzlich meint der Begriff der Sabotage das bewusste Beeinträchtigen ziviler oder militärischer Einrichtungen durch

⁶³ K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 87, Vor.

⁶⁴ D. Sternberg-Lieben, in A. Schönke & H. Schröder (Hrsg.), Strafgesetzbuch: Kommentar, 29. Aufl., München 2014, § 87, Rn. 3 f.; J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 87, Rn. 4; K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 87, Rn. 3.

⁶⁵ H.-U. Paeffgen, in U. Kindhäuser *et al.*, Strafgesetzbuch, 4. Aufl., Baden-Baden 2013, § 87, Rn. 6; D. Sternberg-Lieben, in A. Schönke & H. Schröder (Hrsg.), Strafgesetzbuch: Kommentar, 29. Aufl., München 2014, § 87, Rn. 3 f.; J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 87, Rn. 5; K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 87, Rn. 2.

vorsätzliches Beschädigen oder Zerstören.⁶⁶ Für den Tatbestand des § 87 Strafgesetzbuch enthält dessen Absatz 2 jedoch eine Legaldefinition. Demnach gibt es zwei Gruppen von Handlungen, die eine Sabotagehandlung im Sinne der Norm darstellen. Die erste Gruppe betrifft solche Handlungen, die den Tatbestand einer der abschliessend aufgezählten Strafvorschriften erfüllen, nämlich Sabotagehandlung an Verteidigungsmitteln⁶⁷, Zerstörung von Bauwerken⁶⁸, einige Brandstiftungsdelikte⁶⁹ sowie bestimmte andere gemeingefährliche Straftaten^{70,71}. Die zweite Gruppe erfasst all solche Handlungen, die eine dem Betrieb dienende Sache zerstören oder beschädigen oder die die Energie für den Betrieb entziehen und die dadurch den Betrieb eines für die Landesverteidigung, den Schutz der Bevölkerung gegen Kriegsgefahren oder für die Gesamtwirtschaft wichtigen Unternehmens verhindern oder stören.⁷²

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang allerdings **§ 91a Strafgesetzbuch**, wonach nur solche Tathandlungen erfasst sind, die **im Inland ausgeübt** werden. Die Schulung muss also in Deutschland stattfinden, unabhängig davon, ob es sich um die Tathandlung handelt, aktiv jemanden zu schulen oder passiv von jemandem geschult zu werden.

In **subjektiver Hinsicht** muss der Täter/die Täterin mit der Absicht oder dem Wissen handeln, sich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen. Hinsichtlich der weiteren Tatbestandsvoraussetzung genügt der Eventualvorsatz.⁷³

2.1.2. § 89a Strafgesetzbuch: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89a Strafgesetzbuch deckt einen weiteren strafbaren Bereich der Schulung zu terroristischen Zwecken ab. Gemäss dessen **Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nr. 1** ist die **Unterweisung in der Herstellung von oder im Umgang mit bestimmten Gegenständen und Stoffen strafbar, wenn diese Unterweisung der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat dient**. Die Voraussetzungen einer solchen schweren staatsgefährdenden Gewalttat wurden bereits unter Punkt 1.1.3. dieses Gutachtens zum deutschen Recht dargestellt.

Diese strafbare Vorbereitung einer bestimmten Tat kann gemäss § 89a Absatz 3 Strafgesetzbuch auch im **Ausland** begangen werden. Handelt es sich hierbei allerdings nicht um einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, so ist die Tat nur strafbar, wenn die Vorbereitung von einer deutschen Person oder von einer ausländischen Person mit Lebensgrundlage in Deutschland begangen wird oder wenn die vorbereitete schwere staatsgefährdende Gewalttat im Inland oder durch oder gegen eine deutsche

⁶⁶ K. Ellbogen, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 87, Rn. 1.

⁶⁷ § 109e Strafgesetzbuch (StGB).

⁶⁸ § 305 Strafgesetzbuch (StGB).

⁶⁹ Brandstiftung (§ 306 Strafgesetzbuch (StGB)), schwere Brandstiftung (§ 306a StGB), besonders schwere Brandstiftung (§ 306b StGB), Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c StGB).

⁷⁰ Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie (§ 307 Strafgesetzbuch (StGB)), Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§ 308 StGB), Missbrauch ionisierender Strahlen (§ 309 StGB), Herbeiführen einer Überschwemmung (§ 313 StGB), gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315 StGB), gefährliche Eingriffe in den Strassenverkehr (§ 315b StGB), Störung öffentlicher Betriebe (§ 316b StGB), Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr (§ 316c Abs. 1 Nr. 2 StGB), Störung von Telekommunikationsanlagen (§ 317 StGB), Beschädigung wichtiger Anlagen (§ 318 StGB).

⁷¹ § 87 Abs. 2 Nr. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁷² § 87 Abs. 2 Nr. 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁷³ J. Steinmetz, in W. Joecks & K. Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch Band 3: §§ 80-184g StGB, 2. Aufl., München 2012, § 87, Rn. 21.

Person begangen werden soll.⁷⁴ Bei einer solchen Tat ausserhalb der Europäischen Union ist zur Verfolgung der Tat jedoch eine Ermächtigung durch das Justiz- und Verbraucherschutzministerium erforderlich. In einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist eine solche Ermächtigung hingegen nur dann nötig, wenn die Vorbereitung weder durch eine deutsche Person erfolgt und auch die vorbereitete schwere staatsgefährdende Gewalttat im Inland weder durch oder gegen eine deutsche Person begangen werden soll.⁷⁵

2.1.3. § 91 Strafgesetzbuch: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Auch **§ 91 Absatz 1 Strafgesetzbuch** nimmt Bezug auf schwere staatsgefährdende Gewalttaten. Dieser verbietet die **Anleitung zur Begehung einer solchen schweren staatsgefährdenden Gewalttat**. Demnach ist es untersagt, eine Schrift, die als Anleitung zu einer solchen Tat dienen kann, anzupreisen oder einer anderen Person zugänglich zu machen. Dabei müssen die Umstände der Verbreitung geeignet sein, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen.

Zu den Voraussetzungen einer **schweren staatsgefährdenden Gewalttat** siehe unter Punkt 1.1.3. dieses Gutachtens zum deutschen Recht.

Wie auch schon unter Punkt 1.1.2. dargestellt sind dem Begriff der **Schriften** auch im Rahmen des § 91 Strafgesetzbuch gemäss § 11 Absatz 3 Strafgesetzbuch Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen gleichgestellt.

Diese Schrift muss eine **Anleitung** zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und mithin eine Kenntnis vermittelnde, schulende Erklärung enthalten. Diese muss auch tatsächlich inhaltlich richtige Informationen enthalten, nicht vom Tatbestand erfasst sind also beispielsweise untaugliche Anleitungen zum Bau von Bomben. Andererseits reicht jedoch auch nicht jede hilfreiche Information, sondern der Text muss einer durchschnittlich informierten Person das Begehen der beschriebenen Tat erheblich erleichtern. Hierfür kommt es auch auf Art, Schwierigkeitsgrad und Relevanz der in der Anleitung enthaltenen Informationen an.⁷⁶

Der Tatbestand des § 91 Strafgesetzbuch ist jedoch gemäss dessen Absatz 2 **nicht einschlägig**, wenn die Tathandlung der staatsbürgerlichen Aufklärung oder der Berichterstattung, der Kunst, Wissenschaft, Forschung oder Lehre oder wenn es der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen dient. Gleiches gilt, wenn die Handlung ausschliesslich dazu dient, rechtmässige berufliche oder dienstliche Pflichten zu erfüllen.⁷⁷

In **subjektiver Hinsicht** reicht auch hier Eventualvorsatz bezüglich der einzelnen objektiven Tatbestandsmerkmale. Lediglich in Bezug auf die schwere staatsgefährdende Gewalttat muss der Täter/die Täterin mit Absicht handeln.

2.2. Aktiv ausbilden und passiv ausgebildet werden

Die drei bei der Ausbildung von Terroristen relevanten Strafnormen §§ 87, 89a und 91 Strafgesetzbuch regeln alle jeweils die Tathandlungen aktiv auszubilden sowie passiv ausgebildet zu werden.

⁷⁴ § 89a Abs. 3 S. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁷⁵ § 89a Abs. 4 S. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

⁷⁶ N. Gazeas *et al.*, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2009, S. 593 ff., S. 602.

⁷⁷ § 91 Abs. 3 Nr. 1, 2 Strafgesetzbuch (StGB).

2.2.1. § 87 Strafgesetzbuch: Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

§ 87 Absatz 1 Nummer 5 Strafgesetzbuch stellt es **sowohl** unter Strafe, sich zur Begehung von Sabotagehandlungen **schulen zu lassen, als auch**, andere hierfür **zu schulen**. Unter einer Schulung im Sinne der Norm versteht man jede Ausbildung, die eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, ohne Rücksicht auf ihren Erfolg.

2.2.2. § 89a Strafgesetzbuch: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Auch die in § 89a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 Strafgesetzbuch geregelte Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat deckt **sowohl** ab, jemanden aktiv **zu unterweisen, als auch**, sich passiv **unterweisen zu lassen**.

2.2.3. § 91 Strafgesetzbuch: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Schliesslich enthält auch die in § 91 Absatz 1 Strafgesetzbuch geregelte Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat **sowohl eine aktive als auch eine passive Tathandlung** im Hinblick auf das Ausbilden von Terroristen. Erstere ist in Nummer 1 des genannten Absatzes geregelt, letztere in Nummer 2. In der Literatur wird die Strafbarkeit der Tathandlung, sich eine Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zum Teil als verfassungswidrig kritisiert.

2.2.3.1. Aktiv ausbilden

In **aktiver** Hinsicht verbietet es **§ 91 Absatz 1 Nummer 1 Strafgesetzbuch**, eine Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat⁷⁸ anzupreisen oder einer anderen Person zugänglich zu machen. Zusätzlich setzt die Vorschrift voraus, dass die Umstände der Verbreitung dazu geeignet sein müssen, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen.

Ein **Anpreisen** im Sinne der Norm liegt dann vor, wenn der Täter/die Täterin die jeweilige Anleitung lobend beschreibt und empfiehlt. Dabei ist es nicht erforderlich, gleichzeitig auch einen direkten Zugriff auf die Schrift zu ermöglichen.⁷⁹ Als alternative Tathandlung kann der Täter/die Täterin die Schrift auch einer anderen Person **zugänglich machen**. Dies setzt voraus, dass er/sie die Schrift körperlich in den Wahrnehmungs- oder Herrschaftsbereich der empfangenden Person bringt in der Form, dass diese Kenntnis vom Inhalt nehmen kann. Für diesen Aspekt der Körperlichkeit reicht auch eine Anleitung auf einer zu Gewalttaten aufrufenden Internetseite oder ein Link auf eine weitere solche Seite aus.⁸⁰

Diese Tathandlungen müssen jedoch ausserdem ihren Umständen nach dazu geeignet sein, die **Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken**, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen. Ausreichend ist hierbei das Ziel, bei der empfangenden Person eine allgemeine Geneigtheit hervorzurufen, die Ausführung der Tat als Täter oder Teilnehmer tatsächlich in Erwägung zu ziehen,

⁷⁸ Siehe hierzu unter Punkt 2.1.3. dieses Gutachtens zum deutschen Recht.

⁷⁹ B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 91, Rn. 5; N. Gazeas *et al.*, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2009, S. 593 ff., S. 602.

⁸⁰ H.-U. Paeffgen, in U. Kindhäuser *et al.*, Strafgesetzbuch, 4. Aufl., Baden-Baden 2013, § 91, Rn. 16; B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 91, Rn. 5.

wobei noch kein konkreter Tatentschluss erforderlich ist, da dies bereits einen Fall der Anstiftung⁸¹ darstellen würde.⁸²

2.2.3.2. Passiv ausgebildet werden

Strafbar nach **§ 91 Absatz 1 Nummer 2 Strafgesetzbuch** ist es, sich eine der genannten Schriften zu verschaffen, um eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen. Sich eine solche Schrift zu **verschaffen** setzt eine gewisse Verfügungsgewalt voraus, es muss sich dabei jedoch nicht notgedrungen um eine physische Verfügungsgewalt handeln. Für Internetseiten bedeutet dies, dass die reine Anzeige der Anleitung auf einer Internetseite dem Täter/der Täterin noch keine Verfügungsgewalt einräumt. Anders liegt der Fall jedoch, wenn er/sie die Anleitung bei sich speichert oder sie ausdrückt.⁸³

Wie bereits erwähnt muss sich der Täter/die Täterin die Anleitung in subjektiver Hinsicht mit der **Absicht** verschaffen, mit ihrer Hilfe eine schwere staatsgefährdende Straftat zu begehen.

In der Literatur wird die Strafbarkeit nach § 91 Absatz 1 Nummer 2 Strafgesetzbuch jedoch als **verfassungswidrig kritisiert**. Insbesondere wird geltend gemacht, der Vorschrift fehle ein greifbarer Unrechtskern und es handle sich nicht um Tat-, sondern um Täterstrafrecht.⁸⁴

2.3. Strafe

Alle drei Strafnormen sehen eine Freiheitsstrafe vor, wobei das Gericht im Rahmen der §§ 87 und 91 Strafgesetzbuch alternativ auch lediglich eine Geldstrafe verhängen kann. Zudem enthalten alle drei Vorschriften die Möglichkeit, unter bestimmten Umständen von einer Strafe abzusehen und/oder diese zu mildern.

2.3.1. § 87 Strafgesetzbuch: Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

Sich zur Begehung von Sabotagehandlungen schulen zu lassen oder andere dazu zu schulen wird gemäss § 87 Absatz 1 Nummer 5 Strafgesetzbuch mit einer **Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren** oder mit einer **Geldstrafe** bestraft.

Allerdings kann das Gericht von einer Bestrafung gänzlich **absehen**, wenn der Täter/die Täterin freiwillig sein/ihr Verhalten aufgibt und einer Dienststelle so früh sein Wissen über geplante Sabotagehandlungen mitteilt, dass diese noch verhindert werden können.⁸⁵

⁸¹ § 26 Strafgesetzbuch (StGB).

⁸² N. Gazeas *et al.*, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2009, S. 593 ff., S. 603; H.-U. Paeffgen, in U. Kindhäuser *et al.*, Strafgesetzbuch, 4. Aufl., Baden-Baden 2013, § 91, Rn. 16.

⁸³ H.-U. Paeffgen, in U. Kindhäuser *et al.*, Strafgesetzbuch, 4. Aufl., Baden-Baden 2013, § 91, Rn. 20; N. Gazeas *et al.*, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2009, S. 593 ff., S. 603.

⁸⁴ B. von Heintschel-Heinegg, in B. von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar StGB, 28. Edition, München 2015, § 91, Rn. 10; N. Gazeas *et al.*, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2009, S. 593 ff., S. 603 f.; H.-U. Paeffgen, in U. Kindhäuser *et al.*, Strafgesetzbuch, 4. Aufl., Baden-Baden 2013, § 91, Rn. 8, 20; andere Ansicht, allerdings nur auf das Bestimmtheits- und das Übermassverbot bezogen M. Bader, Das Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten, Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2009, S. 2853 ff., S. 2855.

⁸⁵ § 89 Abs. 3 Strafgesetzbuch (StGB).

2.3.2. § 89a Strafgesetzbuch: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Für das Vorbereiten einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sieht § 89a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 Strafgesetzbuch sieht das Gesetz eine **Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren** vor. In **minder schweren Fällen** beträgt der Strafrahmen eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.⁸⁶

Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Gericht die Strafe jedoch nach seinem Ermessen **mildern**⁸⁷ oder von einer Bestrafung **ganz absehen**. Hierfür muss der Täter/die Täterin freiwillig die weitere Vorbereitung der schweren staatsgefährdenden Gewalttat aufgeben. Hat er/sie eine Gefahr verursacht und erkannt, dass andere diese Tat weiter vorbereiten oder ausführen werden, so muss der Täter/die Täterin entweder freiwillig diese Gefahr abwenden oder wesentlich mindern oder er muss die Vollendung der Tat freiwillig verhindern. Sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen diesbezüglich reicht aus, wenn diese Gefahr ohne Zutun des Täters abgewendet oder wesentlich gemindert oder die Vollendung der Gewalttat verhindert wird.⁸⁸

Verurteilt das Gericht den Täter/die Täterin zu einer mindestens sechsmonatigen Freiheitsstrafe, so kann das Gericht ausserdem **Führungsaufsicht** anordnen.⁸⁹ Führungsaufsicht beinhaltet, dass der/die Verurteilte einer Aufsichtsstelle untersteht einen Bewährungshelfer/eine Bewährungshelferin gestellt bekommt.⁹⁰

2.3.3. § 91 Strafgesetzbuch: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 91 Absatz 1 Nummern 1, 2 Strafgesetzbuch über die Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sieht eine **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren** oder eine **Geldstrafe** vor. Bei nur geringer Schuld kann das Gericht gemäss § 91 Absatz 3 Strafgesetzbuch von einer Bestrafung **absehen**.

2.4. Statistiken

Das Statistische Bundesamt⁹¹ veröffentlicht jährlich⁹² sehr ausführliche Statistiken im Bereich der Strafverfolgung. Die aktuellste im Internet zugängliche Veröffentlichung wurde 2015 veröffentlicht und enthält Daten über das Jahr 2013. Nicht darin enthalten sind Informationen zu § 89a Strafgesetzbuch. Für die §§ 87 und 91 Strafgesetzbuch enthält die Veröffentlichung jedoch sehr detaillierte Statistiken insbesondere über den Ausgang der Verfahren. Allerdings unterscheiden die Statistiken nicht nach den einzelnen Tatmodalitäten einer Straftat, sodass nicht daraus ersichtlich wird, welche Tathandlung genau begangen wurde und ob es sich überhaupt um eine für dieses Gutachten relevante Tatmodalität handelt.⁹³

⁸⁶ § 89a Abs. 5 Strafgesetzbuch (StGB).

⁸⁷ Gemäss § 49 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB):

„(2) Darf das Gericht nach einem Gesetz, das auf diese Vorschrift verweist, die Strafe nach seinem Ermessen mildern, so kann es bis zum gesetzlichen Mindestmass der angedrohten Strafe herabgehen oder statt auf Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkennen.“

⁸⁸ § 89a Abs. 7 Strafgesetzbuch (StGB).

⁸⁹ § 89a Abs. 6 Hs. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁹⁰ § 68a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

⁹¹ www.destatis.de.

⁹² Ältere Ausgaben sind verfügbar auf der Website der Statistischen Bibliothek unter https://www.destatis.de/GPStatistik/receive/DESerie_serie_00000107 (13.11.2015).

⁹³ Statistisches Bundesamt, Rechtspflege: Strafverfolgung 2013, Wiesbaden 2013, verfügbar als pdf-Datei sowie als Excel-Datei unter

Wegen **Agententätigkeit zu Sabotagezwecken gemäss § 87 Strafgesetzbuch** wurden im Jahr 2013 2 Personen abgeurteilt, beide männlich und beides Heranwachsende und damit zwischen 18 und 21 Jahre alt; einer wurde nach Erwachsenenstrafrecht abgeurteilt, einer nach Jugendstrafrecht⁹⁴. Einer von ihnen war Deutscher, einer Ausländer. Der nach Erwachsenenstrafrecht Abgeurteilte wurde zu einer Geldstrafe von 16 bis 30 Tagessätzen in Höhe von zwischen 25 und 50 Euro verurteilt, der nach Jugendstrafrecht Verurteilte zu Arbeitsleistungen als Zuchtmittel.

Wegen **Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gemäss § 91 Strafgesetzbuch** wurde im Jahr 2013 eine männliche Person abgeurteilt und auch verurteilt. Dabei handelte es sich um einen deutschen Heranwachsenden, der nach Jugendstrafrecht abgeurteilt wurde. Er wurde zur Zahlung eines Geldbetrags als Zuchtmittel sowie zu Weisungen als Erziehungsmassregeln verurteilt.

Wie bereits dargestellt enthält die Veröffentlichung keine Statistiken zu Taten gemäss **§ 89a Strafgesetzbuch über die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat**.

3. Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen und von deren Finanzierung

Der deutsche Gesetzgeber hat erst kürzlich neue Strafvorschriften erlassen, die terroristisch motivierte Reisen sowie deren Finanzierung verbieten. Diese neuen Regelungen finden sich in § 89a Absatz 2a Strafgesetzbuch sowie in § 89c Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 Strafgesetzbuch.

3.1. Terroristisch motivierte Reisen

Erst im Juni 2015 ist in Deutschland der **neue Absatz 2a des § 89a Strafgesetzbuch** über die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat eingeführt worden und in Kraft getreten. Demnach fällt es nun auch unter den Begriff des Vorbereitens im Sinne der Norm, zum Zwecke der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat oder der in Absatz 2 Nummer 1 der Norm genannten vergleichbaren Handlungen aus Deutschland auszueisen, um in einem anderen Staat von einer anderen Person in Herstellung und Umgang mit bestimmten Waffen und Stoffen unterwiesen zu werden. Zu den verschiedenen Tatbestandsmerkmalen des § 89a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 Strafgesetzbuch siehe unter den Punkten 2.1.2. und 2.2.2. in diesem Gutachten. Da diese

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/StrafverfolgungVollzug/Strafverfolgung.html> (13.11.2015).

⁹⁴ Siehe zur Aburteilung von Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht § 105 Jugendgerichtsgesetz (JGG):
 (1) Begeht ein Heranwachsender eine Verfehlung, die nach den allgemeinen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, so wendet der Richter die für einen Jugendlichen geltenden Vorschriften der §§ 4 bis 8, 9 Nr. 1, §§ 10, 11 und 13 bis 32 entsprechend an, wenn 1. die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters bei Berücksichtigung auch der Umweltbedingungen ergibt, dass er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand, oder 2. es sich nach der Art, den Umständen oder den Beweggründen der Tat um eine Jugendverfehlung handelt.
 (2) § 31 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 ist auch dann anzuwenden, wenn der Heranwachsende wegen eines Teils der Straftaten bereits rechtskräftig nach allgemeinem Strafrecht verurteilt worden ist.
 (3) Das Höchstmass der Jugendstrafe für Heranwachsende beträgt zehn Jahre. Handelt es sich bei der Tat um Mord und reicht das Höchstmass nach Satz 1 wegen der besonderen Schwere der Schuld nicht aus, so ist das Höchstmass 15 Jahre.“

Vorschrift über Reisen ins Ausland, um sich dort zu terroristischen Zwecken schulen zu lassen, noch sehr neu ist, finden sich weder Rechtsprechung noch Literatur hierzu.⁹⁵

Eine besondere **Rechtsfolge** enthält der neue Absatz 2a nicht, sodass auf die unter Punkt 2.3.2. für das Vorbereiten einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gemäss § 89a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 Strafgesetzbuch dargestellten Rechtsfolgen verwiesen werden kann.

Zwar enthalten auch einige der anderen, in diesem Gutachten bereits genannten Strafvorschriften Regelungen, die die **Strafbarkeit auch auf bestimmte Handlungen im Ausland erweitern**. Hier sind in erster Linie § 89a Absatz 3⁹⁶, § 89b Absatz 3⁹⁷ und § 129b Absatz 1 Strafgesetzbuch⁹⁸ zu nennen. Dennoch **pönalisieren diese jeweils nicht die terroristisch motivierte Reise an sich**, sondern weiten lediglich den Anwendungsbereich bei anderen Tathandlungen aus.

3.2. Finanzierung terroristisch motivierter Reisen

Gleichzeitig mit der neuen Vorschrift über die Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen⁹⁹ ist im Juni 2015 auch der **neue § 89c Strafgesetzbuch über Terrorismusfinanzierung** in Kraft getreten. Dieser stellt es unter Strafe, Vermögenswerte zu sammeln, entgegenzunehmen oder zur Verfügung zu stellen mit dem Wissen oder in der Absicht, dass diese von einer anderen Person zur Begehung bestimmter Straftaten verwendet werden sollen. In ihrem Absatz 1 Satz 1 listet die Vorschrift einen abschliessenden Katalog an hierfür in Betracht kommenden Taten auf. Darunter befindet sich als Nummer 8 auch der genannte und ebenfalls neue § 89a Absatz 2a Strafgesetzbuch über die Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen.

Aus den aufgezählten möglichen **Tathandlungen** ergibt sich, dass die Vorschrift sowohl pönalisiert, terroristisch motivierte Reisen aktiv zu finanzieren („Vermögenswerte sammelt [...] oder zur Verfügung stellt“), als auch diese Finanzierung passiv anzunehmen („Vermögenswerte [...] entgegennimmt“).

Die Norm findet auch Anwendung, wenn die Tat im **Ausland** begangen wird. Ausserhalb der Europäischen Union gilt dies jedoch nur dann, wenn eine deutsche Person oder eine ausländische Person mit Lebensgrundlage in Deutschland die Tat begeht oder wenn die finanzierte Straftat durch oder gegen eine deutsche Person begangen werden soll.¹⁰⁰ In diesen Fällen ist für die strafrechtliche Verfolgung der Tat eine Ermächtigung durch das Justiz- und Verbraucherschutzministerium erforderlich. Sofern die Tat zwar im Ausland, jedoch in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union begangen wird, ist eine solche Ermächtigung nur dann nötig, wenn die Tat weder durch eine deutsche Person begangen wird noch die finanzierte Straftat im Inland noch durch oder gegen einen Deutschen begangen werden soll.

⁹⁵ Lediglich G. Krings, Terrorismusbekämpfung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit, Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 2015, S. 167 ff., S. 169 erwähnt § 89a Abs. 2a Strafgesetzbuch (StGB) bereits, gibt jedoch nur wenige Informationen hierzu.

⁹⁶ Siehe hierzu unter den Punkten 2.1.2., 2.2.2. und 2.3.2. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁹⁷ Siehe hierzu unter den Punkten 1.1.3., 1.2.3. und 1.3.3. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁹⁸ Siehe hierzu unter den Punkten 1.1.1., 1.2.1. und 1.3.1. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁹⁹ Siehe hierzu unter Punkt 3.1. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

¹⁰⁰ § 89c Abs. 3 Strafgesetzbuch (StGB). Zudem findet die Norm bei Taten ausserhalb der Europäischen Union auch Anwendung, wenn die finanzierte Straftat im Inland begangen werden soll, dies müsste jedoch bei der Tatvariante des § 89c Abs. 1 S. 1 Nr. 8 in Verbindung mit § 89a Abs. 2a StGB ausgeschlossen sein, da dieser eine Reise ins Ausland zu terroristischen Schulungszwecken voraussetzt und daher gerade nicht im Inland begangen werden kann.

Als Strafe sieht die Norm eine **Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren** vor.¹⁰¹ Bei **geringwertigen Vermögenswerten** beträgt der Strafraum allerdings lediglich drei Monate bis zu fünf Jahre.¹⁰² Das Gesetz besagt nicht, wann ein Vermögenswert geringwertig ist. Das Strafgesetzbuch enthält diesen Begriff an zwei weiteren Stellen, jeweils bei Diebstahlsdelikten.¹⁰³ Bei diesen nimmt die Rechtsprechung Werte zwischen 25 und 50 Euro an.¹⁰⁴

Darüber hinaus hat das Gericht die Strafe zu **mildern**¹⁰⁵ oder kann von einer Strafe **absehen**, wenn die Schuld des Täters/der Täterin gering ist.¹⁰⁶ Ausserdem kann das Gericht die Strafe mildern¹⁰⁷ oder von einer Strafe absehen, wenn der Täter/die Täterin freiwillig die weitere Vorbereitung der Tat aufgibt. Hat er/sie eine Gefahr verursacht und erkannt, dass andere diese Tat weiter vorbereiten oder ausführen werden, so muss der Täter/die Täterin entweder freiwillig diese Gefahr abwenden oder wesentlich mindern oder er muss die Vollendung der Tat freiwillig verhindern. Sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen diesbezüglich reicht aus, wenn diese Gefahr ohne Zutun des Täters abgewendet oder wesentlich gemindert oder die Vollendung der Gewalttat verhindert wird.¹⁰⁸

¹⁰¹ § 89c Abs. 1 S. 1 Strafgesetzbuch (StGB).

¹⁰² § 89c Abs. 5 Strafgesetzbuch (StGB).

¹⁰³ Besonders schwerer Fall des Diebstahls (§ 243 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB)), Diebstahl geringwertiger Sachen (§ 248a StGB).

¹⁰⁴ Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 09.07.2004 – 2 StR 176/04 (25 Euro); Oberlandesgericht (OLG) Oldenburg, Beschluss vom 13.01.2005 – Ss 426/04 (I 144) (30 Euro); OLG Zweibrücken, Beschluss vom 18.01.2000 – 1 Ss 266/99 (50 Euro).

¹⁰⁵ Gemäss § 49 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB):

„(1) Ist eine Milderung nach dieser Vorschrift vorgeschrieben oder zugelassen, so gilt für die Milderung folgendes: 1. An die Stelle von lebenslanger Freiheitsstrafe tritt Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren. 2. Bei zeitiger Freiheitsstrafe darf höchstens auf drei Viertel des angedrohten Höchstmasses erkannt werden. Bei Geldstrafe gilt dasselbe für die Höchstzahl der Tagessätze. 3. Das erhöhte Mindestmass einer Freiheitsstrafe ermässigt sich im Falle eines Mindestmasses von zehn oder fünf Jahren auf zwei Jahre, im Falle eines Mindestmasses von drei oder zwei Jahren auf sechs Monate, im Falle eines Mindestmasses von einem Jahr auf drei Monate, im Übrigen auf das gesetzliche Mindestmass.“

¹⁰⁶ § 89c Abs. 6 Strafgesetzbuch (StGB).

¹⁰⁷ Gemäss § 49 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB):

„(2) Darf das Gericht nach einem Gesetz, das auf diese Vorschrift verweist, die Strafe nach seinem Ermessen mildern, so kann es bis zum gesetzlichen Mindestmass der angedrohten Strafe herabgehen oder statt auf Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkennen.“

¹⁰⁸ § 89c Abs. 7 Strafgesetzbuch (StGB).

Annex: Gesetzestext

Die folgenden Vorschriften entstammen dem deutschen Strafgesetzbuch.

§ 86 Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

(1) Wer Propagandamittel

1. einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist,
2. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmässige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist,
3. einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung ausserhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, die für die Zwecke einer der in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen tätig ist, oder
4. Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen, im Inland verbreitet oder zur Verbreitung im Inland oder Ausland herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Propagandamittel im Sinne des Absatzes 1 sind nur solche Schriften (§ 11 Abs. 3), deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist.

(3) Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

(4) Ist die Schuld gering, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen.

§ 87 Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer einen Auftrag einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes zur Vorbereitung von Sabotagehandlungen, die in diesem Geltungsbereich begangen werden sollen, dadurch befolgt, dass er

1. sich bereithält, auf Weisung einer der bezeichneten Stellen solche Handlungen zu begehen,
2. Sabotageobjekte auskundschaftet,
3. Sabotagemittel herstellt, sich oder einem anderen verschafft, verwahrt, einem anderen überlässt oder in diesen Bereich einführt,
4. Lager zur Aufnahme von Sabotagemitteln oder Stützpunkte für die Sabotagetätigkeit einrichtet, unterhält oder überprüft,
5. sich zur Begehung von Sabotagehandlungen schulen lässt oder andere dazu schult oder
6. die Verbindung zwischen einem Sabotageagenten (Nummern 1 bis 5) und einer der bezeichneten Stellen herstellt oder aufrechterhält,

und sich dadurch absichtlich oder wissentlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt.

(2) Sabotagehandlungen im Sinne des Absatzes 1 sind

1. Handlungen, die den Tatbestand der §§ 109e, 305, 306 bis 306c, 307 bis 309, 313, 315, 315b, 316b, 316c Abs. 1 Nr. 2, der §§ 317 oder 318 verwirklichen, und
2. andere Handlungen, durch die der Betrieb eines für die Landesverteidigung, den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Kriegsgefahren oder für die Gesamtwirtschaft wichtigen Unternehmens dadurch verhindert oder gestört wird, dass eine dem Betrieb dienende Sache zerstört, beschädigt, beseitigt, verändert oder unbrauchbar gemacht oder dass die für den Betrieb bestimmte Energie entzogen wird.

(3) Das Gericht kann von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter freiwillig sein Verhalten aufgibt und sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, dass Sabotagehandlungen, deren Planung er kennt, noch verhindert werden können.

§ 89a Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

(1) Wer eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. Eine schwere staatsgefährdende Gewalttat ist eine Straftat gegen das Leben in den Fällen des § 211 oder des § 212 oder gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239a oder des § 239b, die nach den Umständen bestimmt und geeignet ist, den Bestand oder die Sicherheit eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beeinträchtigen oder Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben.

(2) Absatz 1 ist nur anzuwenden, wenn der Täter eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet, indem er

1. eine andere Person unterweist oder sich unterweisen lässt in der Herstellung von oder im Umgang mit Schusswaffen, Sprengstoffen, Spreng- oder Brandvorrichtungen, Kernbrenn- oder sonstigen radioaktiven Stoffen, Stoffen, die Gift enthalten oder hervorbringen können, anderen gesundheitsschädlichen Stoffen, zur Ausführung der Tat erforderlichen besonderen Vorrichtungen oder in sonstigen Fertigkeiten, die der Begehung einer der in Absatz 1 genannten Straftaten dienen,
2. Waffen, Stoffe oder Vorrichtungen der in Nummer 1 bezeichneten Art herstellt, sich oder einem anderen verschafft, verwahrt oder einem anderen überlässt oder
3. Gegenstände oder Stoffe sich verschafft oder verwahrt, die für die Herstellung von Waffen, Stoffen oder Vorrichtungen der in Nummer 1 bezeichneten Art wesentlich sind.

(2a) Absatz 1 ist auch anzuwenden, wenn der Täter eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet, indem er es unternimmt, zum Zweck der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat oder der in Absatz 2 Nummer 1 genannten Handlungen aus der Bundesrepublik Deutschland auszureisen, um sich in einen Staat zu begeben, in dem Unterweisungen von Personen im Sinne des Absatzes 2 Nummer 1 erfolgen.

(3) Absatz 1 gilt auch, wenn die Vorbereitung im Ausland begangen wird. Wird die Vorbereitung ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union begangen, gilt dies nur, wenn sie durch einen Deutschen oder einen Ausländer mit Lebensgrundlage im Inland begangen wird oder die vorbereitete schwere staatsgefährdende Gewalttat im Inland oder durch oder gegen einen Deutschen begangen werden soll.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 Satz 2 bedarf die Verfolgung der Ermächtigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Wird die Vorbereitung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union begangen, bedarf die Verfolgung der Ermächtigung durch das

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, wenn die Vorbereitung weder durch einen Deutschen erfolgt noch die vorbereitete schwere staatsgefährdende Gewalttat im Inland noch durch oder gegen einen Deutschen begangen werden soll.

(5) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

(6) Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1); § 73d ist anzuwenden.

(7) Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2) oder von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen, wenn der Täter freiwillig die weitere Vorbereitung der schweren staatsgefährdenden Gewalttat aufgibt und eine von ihm verursachte und erkannte Gefahr, dass andere diese Tat weiter vorbereiten oder sie ausführen, abwendet oder wesentlich mindert oder wenn er freiwillig die Vollendung dieser Tat verhindert. Wird ohne Zutun des Täters die bezeichnete Gefahr abgewendet oder wesentlich gemindert oder die Vollendung der schweren staatsgefährdenden Gewalttat verhindert, genügt sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, dieses Ziel zu erreichen.

§ 89b Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

(1) Wer in der Absicht, sich in der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gemäss § 89a Abs. 2 Nr. 1 unterweisen zu lassen, zu einer Vereinigung im Sinne des § 129a, auch in Verbindung mit § 129b, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Handlung ausschliesslich der Erfüllung rechtmässiger beruflicher oder dienstlicher Pflichten dient.

(3) Absatz 1 gilt auch, wenn das Aufnehmen oder Unterhalten von Beziehungen im Ausland erfolgt. Ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gilt dies nur, wenn das Aufnehmen oder Unterhalten von Beziehungen durch einen Deutschen oder einen Ausländer mit Lebensgrundlage im Inland begangen wird.

(4) Die Verfolgung bedarf der Ermächtigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

1. in den Fällen des Absatzes 3 Satz 2 oder
2. wenn das Aufnehmen oder Unterhalten von Beziehungen in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht durch einen Deutschen begangen wird.

(5) Ist die Schuld gering, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen.

§ 89c Terrorismusfinanzierung

(1) Wer Vermögenswerte sammelt, entgegennimmt oder zur Verfügung stellt mit dem Wissen oder in der Absicht, dass diese von einer anderen Person zur Begehung

1. eines Mordes (§ 211), eines Totschlags (§ 212), eines Völkermordes (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches), eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit (§ 7 des Völkerstrafgesetzbuches), eines Kriegsverbrechens (§§ 8, 9, 10, 11 oder 12 des Völkerstrafgesetzbuches), einer Körperverletzung nach § 224 oder einer Körperverletzung, die einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 bezeichneten Art, zufügt,
2. eines erpresserischen Menschenraubes (§ 239a) oder einer Geiselnahme (§ 239b),
3. von Straftaten nach den §§ 303b, 305, 305a oder gemeingefährlicher Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 306c oder 307 Absatz 1 bis 3, des § 308 Absatz 1 bis 4, des § 309 Absatz 1 bis 5,

der §§ 313, 314 oder 315 Absatz 1, 3 oder 4, des § 316b Absatz 1 oder 3 oder des § 316c Absatz 1 bis 3 oder des § 317 Absatz 1,

4. von Straftaten gegen die Umwelt in den Fällen des § 330a Absatz 1 bis 3,
5. von Straftaten nach § 19 Absatz 1 bis 3, § 20 Absatz 1 oder 2, § 20a Absatz 1 bis 3, § 19 Absatz 2 Nummer 2 oder Absatz 3 Nummer 2, § 20 Absatz 1 oder 2 oder § 20a Absatz 1 bis 3, jeweils auch in Verbindung mit § 21, oder nach § 22a Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
6. von Straftaten nach § 51 Absatz 1 bis 3 des Waffengesetzes,
7. einer Straftat nach § 328 Absatz 1 oder 2 oder § 310 Absatz 1 oder 2,
8. einer Straftat nach § 89a Absatz 2a

verwendet werden sollen, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. Satz 1 ist in den Fällen der Nummern 1 bis 7 nur anzuwenden, wenn die dort bezeichnete Tat dazu bestimmt ist, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen, und durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen kann.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unter der Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 Vermögenswerte sammelt, entgegennimmt oder zur Verfügung stellt, um selbst eine der in Absatz 1 Satz 1 genannten Straftaten zu begehen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn die Tat im Ausland begangen wird. Wird sie ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union begangen, gilt dies nur, wenn sie durch einen Deutschen oder einen Ausländer mit Lebensgrundlage im Inland begangen wird oder die finanzierte Straftat im Inland oder durch oder gegen einen Deutschen begangen werden soll.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 Satz 2 bedarf die Verfolgung der Ermächtigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Wird die Tat in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union begangen, bedarf die Verfolgung der Ermächtigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, wenn die Tat weder durch einen Deutschen begangen wird noch die finanzierte Straftat im Inland noch durch oder gegen einen Deutschen begangen werden soll.

(5) Sind die Vermögenswerte bei einer Tat nach Absatz 1 oder 2 geringwertig, so ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

(6) Das Gericht mildert die Strafe (§ 49 Absatz 1) oder kann von Strafe absehen, wenn die Schuld des Täters gering ist.

(7) Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Absatz 2) oder von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen, wenn der Täter freiwillig die weitere Vorbereitung der Tat aufgibt und eine von ihm verursachte und erkannte Gefahr, dass andere diese Tat weiter vorbereiten oder sie ausführen, abwendet oder wesentlich mindert oder wenn er freiwillig die Vollendung dieser Tat verhindert. Wird ohne Zutun des Täters die bezeichnete Gefahr abgewendet oder wesentlich gemindert oder die Vollendung der Tat verhindert, genügt sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, dieses Ziel zu erreichen.

§ 91 Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die nach ihrem Inhalt geeignet ist, als Anleitung zu einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89a Abs. 1) zu dienen, anpreist oder einer anderen Person zugänglich macht, wenn die Umstände ihrer Verbreitung geeignet sind, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen,
2. sich eine Schrift der in Nummer 1 bezeichneten Art verschafft, um eine schwere staatsgefährdende Gewalttat zu begehen.

(2) Absatz 1 Nr. 1 ist nicht anzuwenden, wenn

1. die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst und Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient oder
2. die Handlung ausschliesslich der Erfüllung rechtmässiger beruflicher oder dienstlicher Pflichten dient.

(3) Ist die Schuld gering, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen.

§ 91a Anwendungsbereich

Die §§ 84, 85 und 87 gelten nur für Taten, die durch eine im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgeübte Tätigkeit begangen werden.

§ 129a Bildung terroristischer Vereinigungen

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. Mord (§ 211) oder Totschlag (§ 212) oder Völkermord (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Kriegsverbrechen (§§ 8, 9, 10, 11 oder § 12 des Völkerstrafgesetzbuches) oder
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239a oder des § 239b
3. (weggefallen)

zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 bezeichneten Art, zuzufügen,
2. Straftaten nach den §§ 303b, 305, 305a oder gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 306c oder 307 Abs. 1 bis 3, des § 308 Abs. 1 bis 4, des § 309 Abs. 1 bis 5, der §§ 313, 314 oder 315 Abs. 1, 3 oder 4, des § 316b Abs. 1 oder 3 oder des § 316c Abs. 1 bis 3 oder des § 317 Abs. 1,
3. Straftaten gegen die Umwelt in den Fällen des § 330a Abs. 1 bis 3,
4. Straftaten nach § 19 Abs. 1 bis 3, § 20 Abs. 1 oder 2, § 20a Abs. 1 bis 3, § 19 Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 3 Nr. 2, § 20 Abs. 1 oder 2 oder § 20a Abs. 1 bis 3, jeweils auch in Verbindung mit § 21, oder nach § 22a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
5. Straftaten nach § 51 Abs. 1 bis 3 des Waffengesetzes

zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wenn eine der in den Nummern 1 bis 5 bezeichneten Taten bestimmt ist, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen

oder erheblich zu beeinträchtigen, und durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen kann.

(3) Sind die Zwecke oder die Tätigkeit der Vereinigung darauf gerichtet, eine der in Absatz 1 und 2 bezeichneten Straftaten anzudrohen, ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

(4) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern, so ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, in den Fällen des Absatzes 3 auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu erkennen.

(5) Wer eine in Absatz 1, 2 oder Absatz 3 bezeichnete Vereinigung unterstützt, wird in den Fällen der Absätze 1 und 2 mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, in den Fällen des Absatzes 3 mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Wer für eine in Absatz 1 oder Absatz 2 bezeichnete Vereinigung um Mitglieder oder Unterstützer wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(6) Das Gericht kann bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, in den Fällen der Absätze 1, 2, 3 und 5 die Strafe nach seinem Ermessen (§ 49 Abs. 2) mildern.

(7) § 129 Abs. 6 gilt entsprechend.

(8) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2).

(9) In den Fällen der Absätze 1, 2 und 4 kann das Gericht Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

§ 129b Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Erweiterter Verfall und Einziehung

(1) Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland. Bezieht sich die Tat auf eine Vereinigung ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, so gilt dies nur, wenn sie durch eine im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgeübte Tätigkeit begangen wird oder wenn der Täter oder das Opfer Deutscher ist oder sich im Inland befindet. In den Fällen des Satzes 2 wird die Tat nur mit Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz verfolgt. Die Ermächtigung kann für den Einzelfall oder allgemein auch für die Verfolgung künftiger Taten erteilt werden, die sich auf eine bestimmte Vereinigung beziehen. Bei der Entscheidung über die Ermächtigung zieht das Ministerium in Betracht, ob die Bestrebungen der Vereinigung gegen die Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind und bei Abwägung aller Umstände als verwerflich erscheinen.

(2) In den Fällen der §§ 129 und 129a, jeweils auch in Verbindung mit Absatz 1, sind die §§ 73d und 74a anzuwenden.

C. FRANKREICH

1. Pénalisation du recrutement de terroristes

1.1. Bases légales

La loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme a introduit dans le Code pénal (ci-après CP) les articles 421-2-4 (**recrutement** au sens propre) et 421-2-5 (**provocation directe et apologie**) et a modifié l'article 227-24 CP (**message incitant au terrorisme susceptible d'être vu par un mineur**), pour ainsi incriminer le **recrutement actif** de terroristes.

Le Code pénal incrimine la participation à un **groupement de personne détenant des armes et doté d'une organisation hiérarchisée** (article 421-1 CP en ce qu'il renvoie aux articles 431-13 à 431-15 CP), que cela ait lieu dans le cadre d'un **simple groupement de personnes ou d'une entente** (articles 421-2-1 et 421-5 CP). Nous apparentons cette participation au recrutement passif.

1.2. Recrutement actif et passif

1.2.1. Recrutement actif

L'article 421-2-4 CP incrimine le fait d'**offrir ou de promettre quelque chose ou de menacer une personne afin qu'elle entre dans un groupe terroriste ou commette un acte terroriste**.

L'article 421-2-5 CP incrimine la **provocation directe à des actes de terrorisme** ou leur **apologie publique**.

L'article 227-24 CP incrimine **la fabrication, le transport, la diffusion et le commerce de messages incitant au terrorisme, lorsque ces messages sont susceptibles d'être vus ou perçus par un mineur**.

1.2.2. Recrutement passif

Les articles 431-13 à 431-15 CP incriminent la **participation à des groupes de combat** ; ces derniers étant des groupements de personnes détenant ou ayant accès à des armes, dotés d'une organisation hiérarchisée et susceptibles de troubler l'ordre public (article 431-13 CP).

L'alinéa premier et le paragraphe 3° de l'article 421-1 CP indiquent que cette infraction constitue un acte de terrorisme lorsqu'elle a pour **but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur**.

L'article 421-2-1 CP incrimine plus largement le fait de **participer à un groupement formé ou à une entente établie en vue de la préparation d'un des actes de terrorisme listés aux articles 421-1 et 421-2 CP**. Ces derniers concernent les infractions suivantes, lorsqu'elles ont pour but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur : les atteintes volontaires à la vie, les atteintes volontaires à l'intégrité de la personne, l'enlèvement et la séquestration, le détournement de moyen de transport, les vols, les extorsions, les destructions, dégradations et détériorations, des infractions en matière informatique contre les biens, des infractions en matière d'armes, de produits explosifs ou de matières nucléaires, le recel du produit de l'une de ces infractions, des infractions de blanchiment et des délits d'initié (article 421-1 CP), ou encore le fait d'introduire dans l'atmosphère, sur le sol, dans le sous-sol,

dans les aliments ou les composants alimentaires ou dans les eaux une substance de nature à mettre en péril la santé de l'homme ou des animaux ou le milieu naturel (article 421-2 CP)¹⁰⁹.

1.3. Sanction

L'article 421-2-4 CP prévoit que le fait **d'offrir ou de promettre quelque chose ou de menacer une personne afin qu'elle entre dans un groupe terroriste ou commette un acte terroriste est puni de dix ans d'emprisonnement et de 150'000 euros d'amende**, même lorsque la tentative de recrutement n'a pas été suivie d'effet.

L'article 421-2-5 CP prévoit que la **provocation directe à des actes de terrorisme ou leur apologie publique sont punis de cinq ans d'emprisonnement et de 75'000 euros d'amende**.

Ces peines sont portées à **sept années d'emprisonnement et à 100'000 euros d'amende** lorsque les faits ont été commis par le biais d'un **service de communication public sur Internet**.

L'article 706-23 du Code de procédure pénale (ci-après CPP) dispose en outre que **le juge des référés**, sur demande du ministère public ou de toute personne physique ou morale ayant un intérêt à agir, peut décider **l'arrêt du service de communication au public en ligne** lorsque la provocation à la commission d'actes terroristes ou l'apologie du terrorisme constituent un trouble manifestement illicite.

Lorsque les faits sont commis par la **voie de presse écrite ou audiovisuelle ou de la communication au public en ligne**, l'alinéa 3 de l'article 421-2-5 CP renvoie aux **lois spéciales** qui régissent ces matières afin de déterminer les **personnes responsables**.

Lorsque les faits sont commis par **la voie de la presse écrite** par exemple, afin de déterminer quelle est la personne dont la responsabilité sera engagée pour l'infraction commise, il est renvoyé à la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse. Cette dernière prévoit, en son article 42, l'engagement de responsabilité en cascade des directeurs de publications ou éditeurs ; à leur défaut, la responsabilité des auteurs sera engagée ; à défaut des auteurs, la responsabilité des imprimeurs sera engagée ; à défaut des imprimeurs, les vendeurs, les distributeurs et les afficheurs verront leur responsabilité engagée.

¹⁰⁹ Pour un examen de la jurisprudence portant sur la constitution de l'infraction prévue à l'article 421-2-1 CP, voir J. Alix, Fascicule 20 Terrorisme, Jurisclasseur 2015, N 73 et 74 : « la jurisprudence a déduit l'inutilité de démontrer le rôle joué par le prévenu au sein du groupement (CA Riom, ch. corr., 15 janv. 2003 : JurisData n° 2003-210200) : seule une "participation" éphémère à l'entente est répréhensible (Cass. crim., 2 déc. 1964 : Bull. crim. 1964, n° 319). L'exigence de participation est, elle aussi, largement réduite, dans la mesure où la jurisprudence se contente parfois, pour la caractériser, d'une simple relation de proximité entre le prévenu et un membre actif d'un groupe terroriste ("(...) et aux motifs propres à Sofiane T., que figurant parmi les organisateurs du réseau, il avait des relations suivies avec plusieurs de ses membres, qu'il fréquentait et qu'il a rencontré à plusieurs reprises, qu'il fréquentait l'établissement de Sid-Ahmed T. et la cité universitaire d'Évry" : Cass. crim., 28 févr. 2001, n° 00-84.108, Chalabi). [...] L'interprétation judiciaire a tendance à réduire le délit de participation à une association de malfaiteurs à un véritable délit d'appartenance. Ce glissement apparaît dans les termes mêmes d'un arrêt qui, pour constater qu'un délit de détention d'armes et de munitions était commis en relation avec une entreprise terroriste, retient que "la preuve était rapportée qu'il avait manipulé un communiqué du FLNC avant son envoi, ce qui induisait son appartenance à cette organisation" (Cass. crim., 17 oct. 2001, n° 01-81.453) ».

Lorsque les faits sont commis par **la voie de la communication au public en ligne**, il est renvoyé à la loi du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique¹¹⁰. Les fournisseurs d'accès Internet et les hébergeurs de sites web peuvent en effet voir leur responsabilité engagée. Si ces acteurs ne sont pas soumis à une obligation générale de surveiller les informations qu'ils transmettent ou stockent, leur responsabilité peut être engagée s'ils ne retirent pas ou ne bloquent pas l'accès au contenu illicite, alors qu'ils en ont connaissance et si le caractère illicite est manifeste ou bien si le retrait ou le blocage a été ordonné par un juge¹¹¹ ou par l'autorité administrative qu'est l'Office central de lutte contre la criminalité liée aux technologies de l'information et de la communication¹¹².

L'article 227-24 CP punit d'une peine de **trois ans d'emprisonnement et de 75'000 euros d'amende la fabrication, le transport, la diffusion ou le commerce de messages incitant au terrorisme**, lorsque ces messages sont susceptibles d'être **vus ou perçus par un mineur**¹¹³.

Le fait de **participer à un groupe de combat** dans le but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur est puni de **six ans d'emprisonnement et de 45'000 euros d'amende**¹¹⁴.

La participation à un groupement formé ou à une entente établie en vue de la préparation d'un acte de terrorisme, telle qu'incriminée à l'article 421-2-1 CP, est punie de **dix ans d'emprisonnement et de 225'000 euros d'amende** (article 421-5 alinéa 1^{er} CP).

L'article 421-6 CP prévoit que **les peines sont portées à vingt ans de réclusion criminelle et 350'000 euros d'amende lorsque l'entente ou le groupement** définis à l'article 421-2-1 CP ont pour objet :

- soit la préparation d'**atteintes volontaires à la vie ou à l'intégrité de la personne, d'enlèvement et de séquestration, et de détournements de moyens de transport** ;
- soit la **préparation de destructions par substances explosives ou incendiaires** et devant être réalisées dans des circonstances de temps ou de lieu **susceptibles d'entraîner la mort de personnes** ;
- soit la **préparation de pollutions environnementales de nature à entraîner la mort de personnes**.

L'article 422-5 CP renvoie à l'article 131-38 CP pour établir qu'une **personne morale**, reconnue coupable d'un acte de terrorisme, voit les **peines d'amende** qu'elle encourt **multipliées par cinq**.

L'article 422-5 CP renvoie à l'article 131-39 CP afin de prévoir qu'une **personne morale** peut également être punie, dans des circonstances précisées à l'article 131-39 CP¹¹⁵, par **sa dissolution, une**

¹¹⁰ Loi n° 2004-575 du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT00000801164&dateTexte=20151026#LEGISCTA000006117685> (26.10.2015).

¹¹¹ Loi n° 2004-575 du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique, article 6, paragraphes 7 et 8.

¹¹² Décret 2015-125 du 5 février 2015 relatif au blocage des sites provoquant à des actes de terrorisme ou en faisant l'apologie et des sites diffusant des images et représentations de mineurs à caractère pornographique, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000030195477&fastPos=1&fastReqId=131736664&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte> (10.11.2015).

¹¹³ Nos recherches n'ont pas permis d'observer comment s'articulent les incriminations et peines prévues aux articles 227-24 CP et 421-2-5 CP. Il semble en effet difficile d'expliquer pourquoi la peine prévue par l'article 227-24 est moins lourde, alors que l'infraction est sensiblement la même que celle prévue à l'article 421-2-5 et que la première implique des mineurs.

¹¹⁴ Articles 431-14 CP et 431-15 complétés par les articles 421-1 et 421-3 7° CP.

¹¹⁵ Article repris au point 4 du présent avis.

interdiction d'exercer une ou plusieurs activités professionnelles ou sociales, son placement sous surveillance judiciaire, la fermeture de l'un ou plusieurs des établissements de l'entreprise, son exclusion des marchés publics, l'affichage de la décision prononcée, etc..

Outre les sanctions pénales ci-dessus exposées, l'article 422-3 CP dispose que des **peines complémentaires** peuvent être prononcées, telles que :

- **l'interdiction des droits civiques, civils et de famille** (durée maximum de l'interdiction de quinze ans) ;
- **l'interdiction d'exercer une fonction** publique, ou d'exercer l'une activité professionnelle ou sociale dans l'exercice de laquelle, ou à l'occasion de l'exercice de laquelle, l'infraction a été commise (durée maximum de dix ans) ;
- pour certains crimes, **l'interdiction d'exercer une profession** commerciale ou industrielle, **de diriger, d'administrer, de gérer ou de contrôler une entreprise** commerciale ou industrielle ou une société commerciale ;
- **l'interdiction de séjour** (défense de paraître dans certains lieux déterminés et soumission à des mesures de surveillance et d'assistance¹¹⁶).

L'article 422-4 CP prévoit encore qu'une décision d'**interdiction du territoire français** peut être prononcée soit à titre définitif, soit pour une durée de dix ans au plus, à l'encontre de tout étranger condamné pour actes de terrorisme. L'interdiction du territoire entraîne la reconduite à la frontière de la personne, au terme de sa peine d'emprisonnement, le cas échéant (article 131-30 CP).

La loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme renforce également les dispositions applicables aux **étrangers assignés à résidence et condamnés à une peine d'interdiction du territoire**. En effet, l'autorité administrative compétente peut désormais prescrire une **interdiction de se trouver en relation, directement ou indirectement, avec certaines personnes identifiées comme ayant un comportement « lié à des activités à caractère terroriste »**, et ce pour une durée de six mois renouvelable (article L563-1 du Code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile (ci-après CESEDA)). Le non-respect de cette interdiction est punissable d'un **emprisonnement d'une durée d'un an** (article L624-4 CESEDA).

L'article 422-6 CP dispose que les personnes physiques et morales peuvent voir leurs **biens confisqués**, au titre de peine complémentaire.

L'article 422-7 CP prévoit que le produit des sanctions financières ou patrimoniales prononcées à l'encontre des personnes reconnues coupables d'actes de terrorisme est affecté au **fonds de garantie des victimes des actes de terrorisme et d'autres infractions**.

1.4. Statistiques

Le ministère de la Justice nous a indiqué que la production des statistiques pertinentes est en cours. Elles ne sont donc pas disponibles à l'heure où nous écrivons le présent avis.

¹¹⁶ Article 131-31 CP, par renvoi de l'article 422-3 CP.

2. Pénalisation de l'entraînement de terroristes

2.1. Bases légales

La loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme a modifié l'article 421-1 4° CP portant sur la **diffusion de procédés permettant la fabrication d'engins de destruction aux fins de terrorisme**.

Le Code pénal incrimine l'entraînement mené dans le cadre d'une **entreprise terroriste individuelle** (article 421-2-6 CP)¹¹⁷.

Nos recherches n'ont pas permis d'identifier une disposition incriminant l'entraînement passif.

2.2. Entraînement actif et individuel

L'article 421-1 4° CP (par renvoi à l'article 322-6-1 CP) qualifie d'acte de terrorisme la **diffusion de procédés permettant la fabrication d'engins de destruction**, lorsqu'elle est intentionnellement en relation avec une entreprise ayant pour but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur.¹¹⁸

L'article 421-2-6 CP incrimine le fait de **s'entraîner individuellement pour la commission d'actes de terrorisme**. Cet article dispose que si une personne détient, recherche, se procure ou fabrique des **objets ou substances de nature à créer un danger pour autrui et, en parallèle, s'entraîne ou se forme au maniement des armes ou à toute forme de combat, à la fabrication ou à l'utilisation de substances dangereuses ou au pilotage d'aéronefs ou à la conduite de navires**, elle sera coupable d'un acte de terrorisme, lorsque cet entraînement vise à la préparation de la commission de certaines infractions expressément listées¹¹⁹.

¹¹⁷ D'après un auteur de doctrine, « la préparation isolée d'un acte de terrorisme subit la concurrence annexionniste de l'association de terroristes [voir *infra* 1.2.2][...]. Dans ces conditions, le contentieux s'annonce faible (en ce sens, C. Hennetier, Dr. pén. 2014, entretien préc.) et la préparation isolée d'un acte de terrorisme s'annonce déjà comme une incrimination plus procédurale que répressive, une voie d'entrée, donc, dans le régime antiterroriste ; en effet, si elle est utilisée pour fonder les poursuites, on peut gager que dans de la plupart des cas, si les poursuites débouchent sur une condamnation, l'incrimination d'association collective prendra le relais sur l'incrimination individuelle » (J. Alix, Fascicule 20 Terrorisme, *op. cit.*, N 83).

¹¹⁸ Voir l'analyse de R. Ollard & O. Desaulnay, La réforme de la législation anti-terroriste ou le règne de l'exception pérenne, Droit pénal 2015 (n° 1) N 7 : « On pourrait *a priori* douter de l'utilité de ces infractions nouvelles dès lors que l'article 421-1, 4° du code contenait déjà un renvoi à des infractions en matière d'armes et de produits dangereux ; elles présentent toutefois quelque intérêt répressif en ce qu'elles instituent des délits obstacles autorisant une intervention précoce de la répression, tantôt au stade de la simple diffusion de procédés de fabrication d'engins de destruction, tantôt au stade des simples actes préparatoires d'attentats. Cette dernière infraction a pu être critiquée en ce qu'elle procède à un avancement du temps de la répression alors que la réalité du mobile terroriste serait particulièrement difficile à établir à ce stade. La critique paraît bien sévère dès lors qu'un tel mobile semble pouvoir être valablement déduit de la détention, sans justification plausible, de substances dangereuses, *a fortiori* s'il est dument établi que le détenteur est en « relation avec une entreprise » terroriste. Il n'en demeure pas moins que ce délit s'insère dans un mouvement plus large d'intervention anticipée de la répression, fondé sur une approche dite pro-active du droit pénal du terrorisme. ».

¹¹⁹ Ces infractions sont les suivantes :

- atteintes volontaires à la vie ou à l'intégrité de la personne, enlèvement, séquestration, détournement de tous moyens de transport (article 421-1 1° CP) ;
- vol, extorsions, destructions, dégradations et détériorations par substances explosives ou incendiaires devant être réalisées dans des circonstances de temps ou de lieu susceptibles

2.3. Sanction

La **diffusion de procédés permettant la fabrication d'engins de destruction à des fins d'actes de terrorisme est punie de deux ans d'emprisonnement et de 15'000 euros d'amende**. Ces peines sont portées à **six ans d'emprisonnement et à 45'000 euros d'amende** lorsque la diffusion a été réalisée par le biais d'un réseau de **communication électronique à destination d'un public non déterminé**¹²⁰.

L'acte de terrorisme consistant à **s'entraîner individuellement** pour la commission d'actes de terrorisme, tel qu'incriminé par l'article 421-2-6 CP, est puni de **dix ans d'emprisonnement et de 150'000 euros d'amende** (article 421-5 alinéa 3 CP).

En outre, comme cela a déjà été présenté dans la première partie de cet avis sur la pénalisation du recrutement de terroristes (section 1.3. Sanctions), les dispositions suivantes sont également applicables ici, en matière d'entraînement de terroristes.

L'article 422-5 CP renvoie à l'article 131-38 CP pour établir qu'une **personne morale** reconnue coupable d'un acte de terrorisme voit les **peines d'amende encourues multipliées par cinq**.

L'article 422-5 CP renvoie à l'article 131-39 CP afin de prévoir qu'une **personne morale** peut également être punie, dans des circonstances précisées à l'article 131-39 CP¹²¹, par **sa dissolution, une interdiction d'exercer une ou plusieurs activités professionnelles ou sociales, son placement sous surveillance judiciaire, la fermeture de l'un ou plusieurs des établissements de l'entreprise, son exclusion des marchés publics, l'affichage de la décision prononcée, etc.**

Outre les sanctions pénales ci-dessus exposées, l'article 422-3 CP dispose que des **peines complémentaires** peuvent être prononcées, telles que :

- **l'interdiction des droits civiques, civils et de famille** (durée maximum de l'interdiction de quinze ans) ;
- **l'interdiction d'exercer une fonction** publique, ou d'exercer l'une activité professionnelle ou sociale dans l'exercice de laquelle, ou à l'occasion de l'exercice de laquelle, l'infraction a été commise (durée maximum de dix ans) ;
- pour certains crimes, **l'interdiction d'exercer une profession** commerciale ou industrielle, **de diriger, d'administrer, de gérer ou de contrôler une entreprise** commerciale ou industrielle ou une société commerciale ;
- **l'interdiction de séjour** (défense de paraître dans certains lieux déterminés et soumission à des mesures de surveillance et d'assistance) (renvoi à l'article 131-31 CP).

L'article 422-4 CP prévoit encore qu'une décision d'**interdiction du territoire français** peut être prononcée soit à titre définitif, soit pour une durée de dix ans au plus, à l'encontre de tout étranger condamné pour actes de terrorisme. L'interdiction du territoire entraîne la reconduite à la frontière de la personne, au terme de sa peine d'emprisonnement, le cas échéant (article 131-30 CP).

d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique d'une ou plusieurs personnes (article 421-1 2° CP lu en combinaison avec l'article 421-2-6 CP) ;

- introduction dans l'atmosphère, sur le sol, dans le sous-sol, dans les aliments ou dans les eaux de substances de nature à mettre en péril la santé de l'homme ou des animaux ou d'un milieu naturel, lorsque l'acte préparé est susceptible d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique de personnes (article 421-2 CP lu en combinaison avec l'article 421-2-6 CP).

¹²⁰ Article 322-6-1 CP lu en combinaison avec les articles 421-1 4° CP et 421-3 7° CP.

¹²¹ Article repris au point 4 du présent avis.

La loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme renforce également les dispositions applicables aux **étrangers assignés à résidence et condamnés à une peine d'interdiction du territoire**. En effet, l'autorité administrative compétente peut désormais prescrire une **interdiction de se trouver en relation, directement ou indirectement, avec certaines personnes identifiées comme ayant un comportement « lié à des activités à caractère terroriste »**, et ce pour une durée de six mois, renouvelable (article L563-1 du CESEDA). Le non-respect de cette interdiction est punissable d'un **emprisonnement d'une durée d'un an** (article L624-4 CESEDA).

L'article 422-6 CP dispose que les personnes physiques et morales peuvent voir leurs **biens confisqués**, au titre de peine complémentaire.

L'article 422-7 CP prévoit que le produit des sanctions financières ou patrimoniales prononcées à l'encontre des personnes reconnues coupables d'actes de terrorisme est affecté au **fonds de garantie des victimes des actes de terrorisme et d'autres infractions**.

2.4. Statistiques

Le ministère de la Justice nous a indiqué que la production des statistiques pertinentes est en cours. Elles ne sont donc pas disponibles à l'heure où nous écrivons le présent avis.

3. Pénalisation des voyages à motivation terroriste et leur financement

Le contenu des dispositions 6. a) et 6. b) de la Résolution du Conseil de sécurité des Nations unies 2178 du 24 septembre 2014 peut être retrouvé dans le droit français.

En effet, la loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme introduit dans le Code de la sécurité intérieure un dispositif d'**interdiction de sortie du territoire** afin d'empêcher le départ d'un ressortissant français dès lors qu'il existe des raisons sérieuses de croire qu'il projette des déplacements à l'étranger ayant pour objet la participation à des activités terroristes ou dans un endroit où ont lieu des opérations de groupements terroristes et dans des conditions susceptibles de le conduire à porter atteinte à la sécurité publique lors de son retour sur le territoire français.

Ensuite, l'article 421-2-6 CP incrimine le fait d'avoir **séjourné à l'étranger sur un théâtre d'opération de groupement terroriste**.

Par ailleurs, l'article 113-13 CP a vocation à **conférer compétence aux juridictions nationales pour poursuivre un individu qui se rendrait à l'étranger pour intégrer un camp d'entraînement¹²² ou commettre des actes terroristes**. Pour ce faire, cet article étend la compétence du juge français, pour toutes les incriminations prévues au titre d'actes de terrorisme, aux infractions commises hors du territoire national, dès lors que l'auteur d'un tel acte est de nationalité française ou réside habituellement en France, indépendamment des règles générales de compétence juridictionnelle. Ceci a pour effet de conférer une application extraterritoriale aux dispositions incriminant les actes de terrorisme, lorsqu'elles s'appliquent aux ressortissants français ou aux personnes résidant habituellement en France.

¹²² T. Herran, La nouvelle compétence française en matière de terrorisme, réflexions sur l'article 113-13 CP, Droit pénal 2013 (n° 4), § 16 ; l'auteur fonde cette lecture sur la base des travaux parlementaires suivants : J. Mézard, Rapport sur le projet de loi relatif à la sécurité et la lutte contre le terrorisme : rapp. Sénat n° 35, 10.10.2012, p. 21.

Enfin, l'article 421-2-2 CP incrimine le fait de **financer une entreprise terroriste**.

3.1. Voyages à motivation terroriste

Les normes visant à la prévention ou à la répression des voyages à motivation terroriste sont diverses. **Certaines normes concernent spécifiquement les voyages (3.1.1.), une autre, de manière indirecte, en étendant le champ d'application territoriale de la loi pénale française (3.1.2.)**. Au sein des normes concernant spécifiquement les voyages, certaines dispositions sont d'ordre **préventif (3.1.1.1.)** et d'autres d'ordre **répressif (3.1.1.2.)**.

3.1.1. Dispositions spécifiques au voyage

3.1.1.1. Prévention (avant la commission de l'infraction)

La loi du 13 novembre 2014 renforçant les dispositions relatives à la lutte contre le terrorisme crée un dispositif d'**interdiction de sortie du territoire** afin d'empêcher le départ d'un ressortissant français dès lors qu'il existe des raisons sérieuses de croire qu'il projette des déplacements à l'étranger ayant pour objet la participation à des activités terroristes ou dans un endroit où ont lieu des opérations de groupements terroristes et dans des conditions susceptibles de le conduire à porter atteinte à la sécurité publique lors de son retour sur le territoire français.

L'article L224-1 alinéa 4 du Code de la sécurité intérieure (ci-après CSI) précise que l'interdiction de sortie du territoire est prononcée par le ministre de l'Intérieur, par décision motivée, pour une **durée maximale de six mois**. Elle peut cependant être **renouvelée tant que les conditions de son application sont réunies, dans la limite de deux années au total** (article L224-1 alinéa 5 CSI). Elle doit être levée lorsque les conditions ne sont plus satisfaites. La personne concernée peut présenter ses observations et demander au tribunal administratif l'annulation de la décision (article L224-1 alinéa 6 CSI).

La violation ou la tentative de violation de l'interdiction de quitter le territoire français décidée dans le cadre de la lutte contre le terrorisme sont punies par **trois ans d'emprisonnement et 45'000 euros d'amende** (article L224-1 alinéa 10 CSI).

3.1.1.2. Répression (après la commission de l'infraction)

L'article 421-2-6 CP incrimine, dans le cadre d'une **entreprise individuelle**, le fait d'**avoir séjourné à l'étranger sur un théâtre d'opérations de groupements terroristes**. Cet article dispose que si une personne détient, recherche, se procure ou fabrique des **objets ou substances de nature à créer un danger** pour autrui **et, en parallèle, a séjourné à l'étranger sur un théâtre d'opérations de groupements terroristes**, elle sera coupable d'un acte de terrorisme, lorsque cette préparation vise à la commission de certaines infractions expressément listées¹²³.

¹²³ Ces infractions sont les suivantes :

- atteintes volontaires à la vie ou à l'intégrité de la personne, enlèvement, séquestration, détournement de tous moyens de transport (article 421-1 1° CP) ;
- vol, extorsions, destructions, dégradations et détériorations par substances explosives ou incendiaires devant être réalisées dans des circonstances de temps ou de lieu susceptibles d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique d'une ou plusieurs personnes (article 421-1 2° CP lu en combinaison avec l'article 421-2-6 CP) ;
- introduction dans l'atmosphère, sur le sol, dans le sous-sol, dans les aliments ou dans les eaux de substances de nature à mettre en péril la santé de l'homme ou des animaux ou d'un milieu naturel, lorsque l'acte préparé est susceptible d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique de personnes (article 421-2 CP lu en combinaison avec l'article 421-2-6 CP).

L'article 421-5 alinéa 4 CP punit l'acte de terrorisme défini à l'article 421-2-6 CP de **dix ans d'emprisonnement et de 150'000 euros d'amende**.

3.1.2. Dispositions générales pour l'application extraterritoriale de la loi pénale française

Lorsque des actes de terrorisme incriminés dans le Code pénal français, et notamment les actes présentés aux points 1. et 2. du présent avis, sont commis à l'étranger, le Code pénal permet leur répression par le juge français lorsqu'ils ont été **commis par un ressortissant français ou une personne résidant habituellement en France**.

En effet, la loi du 21 décembre 2012 relative à la sécurité et la lutte contre le terrorisme¹²⁴ (ci-après la loi de 2012) permet de **poursuivre et de condamner tous les Français ou résidents habituels qui se rendraient à l'étranger**, notamment pour participer à des camps d'entraînement terroristes, **alors même qu'aucun acte répréhensible n'a été commis sur le territoire français**¹²⁵.

Les actes de terrorisme sont poursuivis par les autorités françaises selon les **règles de compétences générales de l'application de la loi pénale dans l'espace** (infraction, ou l'un de ses faits constitutifs, commis sur le territoire de la République française, ou à bord ou à l'encontre des navires battant un pavillon français, à bord ou à l'encontre d'aéronefs immatriculés en France ou lorsque la victime est de nationalité française, etc.¹²⁶). **Mais la loi de 2012 vient étendre ces règles de compétences générales**.

Ainsi, la loi de 2012 étend la compétence juridictionnelle territoriale française et permet de poursuivre tout ressortissant français ou personne résidant habituellement en France qui aurait commis un acte de terrorisme à l'étranger (crimes et délits), **sans besoin d'attendre une dénonciation officielle des faits par l'Etat étranger, ni besoin de déterminer une réciprocité d'incrimination** (par exception à l'article 113-6 CP).

Avant cette loi de 2012, en effet, il n'était possible aux juridictions françaises de poursuivre un ressortissant français ou une personne résidant habituellement en France que si les faits étaient également réprimés dans le pays étranger dans lequel ils ont eu lieu¹²⁷.

En introduisant **l'article 113-13 dans le Code pénal**, la loi de 2012 étend donc, dans l'espace, l'application des dispositions pénales françaises relatives aux actes de terrorisme, pour permettre leur répression lorsqu'ils ont été commis par un Français à l'étranger ou par une personne résidant habituellement sur le territoire français.¹²⁸

¹²⁴ Loi n° 2012-1432 du 21 décembre 2012 relative à la sécurité et la lutte contre le terrorisme, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000026809719&fastPos=1&fastReqId=2020522824&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte> (22.10.2015).

¹²⁵ Comité d'experts sur le terrorisme, Profils nationaux relatifs à la capacité de lutte contre le terrorisme, France, septembre 2013, p. 2, disponible sous https://www.coe.int/t/dlapil/codexter/Country%20Profiles/Profiles%202013%20France_EN.pdf (22.10.2015).

¹²⁶ Voir Code pénal, livre Ier, titre I, chapitre III De l'application de la loi pénale dans l'espace, articles 113-1 à 113-13.

¹²⁷ Comité d'experts sur le terrorisme, Profils nationaux relatifs à la capacité de lutte contre le terrorisme, France, septembre 2013, p. 2, disponible sous https://www.coe.int/t/dlapil/codexter/Country%20Profiles/Profiles%202013%20France_EN.pdf (22.10.2015).

¹²⁸ Voir notamment : T. Herran, La nouvelle compétence française en matière de terrorisme, réflexions sur l'article 113-13 du Code pénal, Droit pénal 2013 (n° 4).

3.2. Financement des voyages à motivation terroriste

L'article 421-2-2 CP incrimine le fait de **financer une entreprise terroriste**, indépendamment de la survenance éventuelle d'un tel acte.

Comme le droit français punit le financement d'une entreprise terroriste et que **le voyage à motivation terroriste est un acte de terrorisme** (3.1.1.2 et 3.1.2 du présent avis), **la loi française punit le financement des voyages à motivation terroriste.**

L'article 421-5 alinéa 2 CP punit le financement d'une entreprise terroriste de **dix ans de prison et de 225'000 euros d'amende**. L'alinéa 3 du même article punit des mêmes peines la tentative de ce délit.¹²⁹

¹²⁹ Voir par exemple : M. Beaussier & H. Quintard, Blanchiment de capitaux et financement du terrorisme, Analyse et mise en œuvre pratique de la troisième directive européenne, 1^{ère} éd., Paris, 2010.

Annexe : Extrait de la loi

Code pénal¹³⁰

Article 113-1

Pour l'application du présent chapitre, le territoire de la République inclut les espaces maritime et aérien qui lui sont liés.

Article 113-2

La loi pénale française est applicable aux infractions commises sur le territoire de la République. L'infraction est réputée commise sur le territoire de la République dès lors qu'un de ses faits constitutifs a eu lieu sur ce territoire.

Article 113-3

La loi pénale française est applicable aux infractions commises à bord des navires battant un pavillon français, ou à l'encontre de tels navires ou des personnes se trouvant à bord, en quelque lieu qu'ils se trouvent. Elle est seule applicable aux infractions commises à bord des navires de la marine nationale, ou à l'encontre de tels navires ou des personnes se trouvant à bord, en quelque lieu qu'ils se trouvent.

Article 113-4

La loi pénale française est applicable aux infractions commises à bord des aéronefs immatriculés en France, ou à l'encontre de tels aéronefs ou des personnes se trouvant à bord, en quelque lieu qu'ils se trouvent. Elle est seule applicable aux infractions commises à bord des aéronefs militaires français, ou à l'encontre de tels aéronefs ou des personnes se trouvant à bord, en quelque lieu qu'ils se trouvent.

Article 113-5

La loi pénale française est applicable à quiconque s'est rendu coupable sur le territoire de la République, comme complice, d'un crime ou d'un délit commis à l'étranger si le crime ou le délit est puni à la fois par la loi française et par la loi étrangère et s'il a été constaté par une décision définitive de la juridiction étrangère.

Article 113-6

La loi pénale française est applicable à tout crime commis par un Français hors du territoire de la République.

Elle est applicable aux délits commis par des Français hors du territoire de la République si les faits sont punis par la législation du pays où ils ont été commis.

Elle est applicable aux infractions aux dispositions du règlement (CE) n° 561/2006 du Parlement européen et du Conseil du 15 mars 2006 relatif à l'harmonisation de certaines dispositions de la législation sociale dans le domaine des transports par route, commises dans un autre Etat membre de l'Union européenne et constatées en France, sous réserve des dispositions de l'article 692 du code de procédure pénale ou de la justification d'une sanction administrative qui a été exécutée ou ne peut plus être mise à exécution.

Il est fait application du présent article lors même que le prévenu aurait acquis la nationalité française postérieurement au fait qui lui est imputé.

¹³⁰

Code pénal français, disponible sous

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?cidTexte=LEGITEXT000006070719&dateTexte=20151110> (10.11.2015).

Article 113-7

La loi pénale française est applicable à tout crime, ainsi qu'à tout délit puni d'emprisonnement, commis par un Français ou par un étranger hors du territoire de la République lorsque la victime est de nationalité française au moment de l'infraction.

Article 113-8

Dans les cas prévus aux articles 113-6 et 113-7, la poursuite des délits ne peut être exercée qu'à la requête du ministère public. Elle doit être précédée d'une plainte de la victime ou de ses ayants droit ou d'une dénonciation officielle par l'autorité du pays où le fait a été commis.

Article 113-8-1

Sans préjudice de l'application des articles 113-6 à 113-8, la loi pénale française est également applicable à tout crime ou à tout délit puni d'au moins cinq ans d'emprisonnement commis hors du territoire de la République par un étranger dont l'extradition ou la remise a été refusée à l'Etat requérant par les autorités françaises aux motifs, soit que le fait à raison duquel l'extradition avait été demandée est puni d'une peine ou d'une mesure de sûreté contraire à l'ordre public français, soit que la personne réclamée aurait été jugée dans ledit Etat par un tribunal n'assurant pas les garanties fondamentales de procédure et de protection des droits de la défense, soit que le fait considéré revêt le caractère d'infraction politique, soit que l'extradition ou la remise serait susceptible d'avoir, pour la personne réclamée, des conséquences d'une gravité exceptionnelle en raison, notamment, de son âge ou de son état de santé.

La poursuite des infractions mentionnées au premier alinéa ne peut être exercée qu'à la requête du ministère public.

Article 113-9

Dans les cas prévus aux articles 113-6 et 113-7, aucune poursuite ne peut être exercée contre une personne justifiant qu'elle a été jugée définitivement à l'étranger pour les mêmes faits et, en cas de condamnation, que la peine a été subie ou prescrite.

Article 113-10

La loi pénale française s'applique aux crimes et délits qualifiés d'atteintes aux intérêts fondamentaux de la nation et réprimés par le titre 1er du livre IV, à la falsification et à la contrefaçon du sceau de l'Etat, de pièces de monnaie, de billets de banque ou d'effets publics réprimés par les articles 442-1, 442-2, 442-5, 442-15, 443-1 et 444-1 et à tout crime ou délit contre les agents ou les locaux diplomatiques ou consulaires français, commis hors du territoire de la République.

Article 113-11

Sous réserve des dispositions de l'article 113-9, la loi pénale française est applicable aux crimes et délits commis à bord ou à l'encontre des aéronefs non immatriculés en France ou des personnes se trouvant à bord :

- 1° Lorsque l'auteur ou la victime est de nationalité française ;
- 2° Lorsque l'appareil atterrit en France après le crime ou le délit ;
- 3° Lorsque l'aéronef a été donné en location sans équipage à une personne qui a le siège principal de son exploitation ou, à défaut, sa résidence permanente sur le territoire de la République.

Dans le cas prévu au 1°, la nationalité de l'auteur ou de la victime de l'infraction est appréciée conformément aux articles 113-6, dernier alinéa, et 113-7.

Article 113-12

La loi pénale française est applicable aux infractions commises au-delà de la mer territoriale, dès lors que les conventions internationales et la loi le prévoient.

Article 113-13

La loi pénale française s'applique aux crimes et délits qualifiés d'actes de terrorisme et réprimés par le titre II du livre IV commis à l'étranger par un Français ou par une personne résidant habituellement sur le territoire français.

Article 131-30

Lorsqu'elle est prévue par la loi, la peine d'interdiction du territoire français peut être prononcée, à titre définitif ou pour une durée de dix ans au plus, à l'encontre de tout étranger coupable d'un crime ou d'un délit.

L'interdiction du territoire entraîne de plein droit la reconduite du condamné à la frontière, le cas échéant, à l'expiration de sa peine d'emprisonnement ou de réclusion.

Lorsque l'interdiction du territoire accompagne une peine privative de liberté sans sursis, son application est suspendue pendant le délai d'exécution de la peine. Elle reprend, pour la durée fixée par la décision de condamnation, à compter du jour où la privation de liberté a pris fin.

L'interdiction du territoire français prononcée en même temps qu'une peine d'emprisonnement ne fait pas obstacle à ce que cette peine fasse l'objet, aux fins de préparation d'une demande en relèvement, de mesures de semi-liberté, de placement à l'extérieur, de placement sous surveillance électronique ou de permissions de sortir.

Article 131-31

La peine d'interdiction de séjour emporte défense de paraître dans certains lieux déterminés par la juridiction. Elle comporte, en outre, des mesures de surveillance et d'assistance. La liste des lieux interdits ainsi que les mesures de surveillance et d'assistance peuvent être modifiées par le juge de l'application des peines, dans les conditions fixées par le code de procédure pénale.

L'interdiction de séjour ne peut excéder une durée de dix ans en cas de condamnation pour crime et une durée de cinq ans en cas de condamnation pour délit.

Article 131-38

Le taux maximum de l'amende applicable aux personnes morales est égal au quintuple de celui prévu pour les personnes physiques par la loi qui réprime l'infraction.

Lorsqu'il s'agit d'un crime pour lequel aucune peine d'amende n'est prévue à l'encontre des personnes physiques, l'amende encourue par les personnes morales est de 1'000'000 euros.

Article 131-39

Lorsque la loi le prévoit à l'encontre d'une personne morale, un crime ou un délit peut être sanctionné d'une ou de plusieurs des peines suivantes :

- 1° La dissolution, lorsque la personne morale a été créée ou, lorsqu'il s'agit d'un crime ou d'un délit puni en ce qui concerne les personnes physiques d'une peine d'emprisonnement supérieure ou égale à trois ans, détournée de son objet pour commettre les faits incriminés ;
- 2° L'interdiction, à titre définitif ou pour une durée de cinq ans au plus, d'exercer directement ou indirectement une ou plusieurs activités professionnelles ou sociales ;
- 3° Le placement, pour une durée de cinq ans au plus, sous surveillance judiciaire ;

- 4° La fermeture définitive ou pour une durée de cinq ans au plus des établissements ou de l'un ou de plusieurs des établissements de l'entreprise ayant servi à commettre les faits incriminés;
- 5° L'exclusion des marchés publics à titre définitif ou pour une durée de cinq ans au plus ;
- 6° L'interdiction, à titre définitif ou pour une durée de cinq ans au plus, de procéder à une offre au public de titres financiers ou de faire admettre ses titres financiers aux négociations sur un marché réglementé ;
- 7° L'interdiction, pour une durée de cinq ans au plus, d'émettre des chèques autres que ceux qui permettent le retrait de fonds par le tireur auprès du tiré ou ceux qui sont certifiés ou d'utiliser des cartes de paiement ;
- 8° La peine de confiscation, dans les conditions et selon les modalités prévues à l'article 131-21 ;
- 9° L'affichage de la décision prononcée ou la diffusion de celle-ci soit par la presse écrite, soit par tout moyen de communication au public par voie électronique ;
- 10° La confiscation de l'animal ayant été utilisé pour commettre l'infraction ou à l'encontre duquel l'infraction a été commise ;
- 11° L'interdiction, à titre définitif ou pour une durée de cinq ans au plus, de détenir un animal ;
- 12° L'interdiction, pour une durée de cinq ans au plus de percevoir toute aide publique attribuée par l'Etat, les collectivités territoriales, leurs établissements ou leurs groupements ainsi que toute aide financière versée par une personne privée chargée d'une mission de service public.

La peine complémentaire de confiscation est également encourue de plein droit pour les crimes et pour les délits punis d'une peine d'emprisonnement d'une durée supérieure à un an, à l'exception des délits de presse.

Les peines définies aux 1° et 3° ci-dessus ne sont pas applicables aux personnes morales de droit public dont la responsabilité pénale est susceptible d'être engagée. Elles ne sont pas non plus applicables aux partis ou groupements politiques ni aux syndicats professionnels. La peine définie au 1° n'est pas applicable aux institutions représentatives du personnel.

Article 227-24

Le fait soit de fabriquer, de transporter, de diffuser par quelque moyen que ce soit et quel qu'en soit le support un message à caractère violent, incitant au terrorisme, pornographique ou de nature à porter gravement atteinte à la dignité humaine ou à inciter des mineurs à se livrer à des jeux les mettant physiquement en danger, soit de faire commerce d'un tel message, est puni de trois ans d'emprisonnement et de 75'000 euros d'amende lorsque ce message est susceptible d'être vu ou perçu par un mineur.

Lorsque les infractions prévues au présent article sont soumises par la voie de la presse écrite ou audiovisuelle ou de la communication au public en ligne, les dispositions particulières des lois qui régissent ces matières sont applicables en ce qui concerne la détermination des personnes responsables.

Article 322-6-1

Le fait de diffuser par tout moyen, sauf à destination des professionnels, des procédés permettant la fabrication d'engins de destruction élaborés à partir de poudre ou de substances explosives, de matières nucléaires, biologiques ou chimiques, ou à partir de tout autre produit destiné à l'usage domestique, industriel ou agricole, est puni d'un an d'emprisonnement et de 15'000 euros d'amende. Les peines sont portées à trois ans d'emprisonnement et à 45'000 euros d'amende lorsqu'il a été utilisé, pour la diffusion des procédés, un réseau de communication électronique à destination d'un public non déterminé.

Article 421-1

Constituent des actes de terrorisme, lorsqu'elles sont intentionnellement en relation avec une entreprise individuelle ou collective ayant pour but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur, les infractions suivantes :

- 1° Les atteintes volontaires à la vie, les atteintes volontaires à l'intégrité de la personne, l'enlèvement et la séquestration ainsi que le détournement d'aéronef, de navire ou de tout autre moyen de transport, définis par le livre II du présent code ;
- 2° Les vols, les extorsions, les destructions, dégradations et détériorations, ainsi que les infractions en matière informatique définis par le livre III du présent code ;
- 3° Les infractions en matière de groupes de combat et de mouvements dissous définies par les articles 431-13 à 431-17 et les infractions définies par les articles 434-6 et 441-2 à 441-5 ;
- 4° Les infractions en matière d'armes, de produits explosifs ou de matières nucléaires définies par les articles 322-6-1 et 322-11-1 du présent code, le I de l'article L. 1333-9, les articles L. 1333-11 et L. 1333-13-2, le II des articles L. 1333-13-3 et L. 1333-13-4, les articles L. 1333-13-6, L. 2339-2, L. 2339-14, L. 2339-16, L. 2341-1, L. 2341-4, L. 2341-5, L. 2342-57 à L. 2342-62, L. 2353-4, le 1° de l'article L. 2353-5 et l'article L. 2353-13 du code de la défense, ainsi que les articles L. 317-4, L. 317-7 et L. 317-8 à l'exception des armes de la catégorie D définies par décret en Conseil d'Etat, du code de la sécurité intérieure ;
- 5° Le recel du produit de l'une des infractions prévues aux 1° à 4° ci-dessus ;
- 6° Les infractions de blanchiment prévues au chapitre IV du titre II du livre III du présent code ;
- 7° Les délits d'initié prévus à l'article L. 465-1 du code monétaire et financier.

Article 421-2

Constitue également un acte de terrorisme, lorsqu'il est intentionnellement en relation avec une entreprise individuelle ou collective ayant pour but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur, le fait d'introduire dans l'atmosphère, sur le sol, dans le sous-sol, dans les aliments ou les composants alimentaires ou dans les eaux, y compris celles de la mer territoriale, une substance de nature à mettre en péril la santé de l'homme ou des animaux ou le milieu naturel.

Article 421-2-1

Constitue également un acte de terrorisme le fait de participer à un groupement formé ou à une entente établie en vue de la préparation, caractérisée par un ou plusieurs faits matériels, d'un des actes de terrorisme mentionnés aux articles précédents.

Article 421-2-2

Constitue également un acte de terrorisme le fait de financer une entreprise terroriste en fournissant, en réunissant ou en gérant des fonds, des valeurs ou des biens quelconques ou en donnant des conseils à cette fin, dans l'intention de voir ces fonds, valeurs ou biens utilisés ou en sachant qu'ils sont destinés à être utilisés, en tout ou partie, en vue de commettre l'un quelconque des actes de terrorisme prévus au présent chapitre, indépendamment de la survenance éventuelle d'un tel acte.

Article 421-2-4

Le fait d'adresser à une personne des offres ou des promesses, de lui proposer des dons, présents ou avantages quelconques, de la menacer ou d'exercer sur elle des pressions afin qu'elle participe à un groupement ou une entente prévu à l'article 421-2-1 ou qu'elle commette un des actes de terrorisme mentionnés aux articles 421-1 et 421-2 est puni, même lorsqu'il n'a pas été suivi d'effet, de dix ans d'emprisonnement et de 150'000 € d'amende.

Article 421-2-5

Le fait de provoquer directement à des actes de terrorisme ou de faire publiquement l'apologie de ces actes est puni de cinq ans d'emprisonnement et de 75'000 € d'amende.

Les peines sont portées à sept ans d'emprisonnement et à 100'000 € d'amende lorsque les faits ont été commis en utilisant un service de communication au public en ligne.

Lorsque les faits sont commis par la voie de la presse écrite ou audiovisuelle ou de la communication au public en ligne, les dispositions particulières des lois qui régissent ces matières sont applicables en ce qui concerne la détermination des personnes responsables.

Article 421-2-6

I.-Constitue un acte de terrorisme le fait de préparer la commission d'une des infractions mentionnées au II, dès lors que la préparation de ladite infraction est intentionnellement en relation avec une entreprise individuelle ayant pour but de troubler gravement l'ordre public par l'intimidation ou la terreur et qu'elle est caractérisée par :

- 1° Le fait de détenir, de rechercher, de se procurer ou de fabriquer des objets ou des substances de nature à créer un danger pour autrui ;
- 2° Et l'un des autres faits matériels suivants :
 - a) Recueillir des renseignements sur des lieux ou des personnes permettant de mener une action dans ces lieux ou de porter atteinte à ces personnes ou exercer une surveillance sur ces lieux ou ces personnes ;
 - b) S'entraîner ou se former au maniement des armes ou à toute forme de combat, à la fabrication ou à l'utilisation de substances explosives, incendiaires, nucléaires, radiologiques, biologiques ou chimiques ou au pilotage d'aéronefs ou à la conduite de navires ;
 - c) Consulter habituellement un ou plusieurs services de communication au public en ligne ou détenir des documents provoquant directement à la commission d'actes de terrorisme ou en faisant l'apologie;
 - d) Avoir séjourné à l'étranger sur un théâtre d'opérations de groupements terroristes.

II.-Le I s'applique à la préparation de la commission des infractions suivantes :

- 1° Soit un des actes de terrorisme mentionnés au 1° de l'article 421-1 ;
- 2° Soit un des actes de terrorisme mentionnés au 2° du même article 421-1, lorsque l'acte préparé consiste en des destructions, dégradations ou détériorations par substances explosives ou incendiaires devant être réalisées dans des circonstances de temps ou de lieu susceptibles d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique d'une ou plusieurs personnes ;
- 3° Soit un des actes de terrorisme mentionnés à l'article 421-2, lorsque l'acte préparé est susceptible d'entraîner des atteintes à l'intégrité physique d'une ou plusieurs personnes.

Article 421-3

Le maximum de la peine privative de liberté encourue pour les infractions mentionnées à l'article 421-1 est relevé ainsi qu'il suit lorsque ces infractions constituent des actes de terrorisme :

- 1° Il est porté à la réclusion criminelle à perpétuité lorsque l'infraction est punie de trente ans de réclusion criminelle ;
- 2° Il est porté à trente ans de réclusion criminelle lorsque l'infraction est punie de vingt ans de réclusion criminelle ;
- 3° Il est porté à vingt ans de réclusion criminelle lorsque l'infraction est punie de quinze ans de réclusion criminelle ;

- 4° Il est porté à quinze ans de réclusion criminelle lorsque l'infraction est punie de dix ans d'emprisonnement ;
- 5° Il est porté à dix ans d'emprisonnement lorsque l'infraction est punie de sept ans d'emprisonnement ;
- 6° Il est porté à sept ans d'emprisonnement lorsque l'infraction est punie de cinq ans d'emprisonnement ;
- 7° Il est porté au double lorsque l'infraction est punie d'un emprisonnement de trois ans au plus.

Les deux premiers alinéas de l'article 132-23 relatif à la période de sûreté sont applicables aux crimes, ainsi qu'aux délits punis de dix ans d'emprisonnement, prévus par le présent article.

Article 421-4

L'acte de terrorisme défini à l'article 421-2 est puni de vingt ans de réclusion criminelle et de 350'000 euros d'amende.

Lorsque cet acte a entraîné la mort d'une ou plusieurs personnes, il est puni de la réclusion criminelle à perpétuité et de 750'000 euros d'amende.

Les deux premiers alinéas de l'article 132-23 relatif à la période de sûreté sont applicables au crime prévu par le présent article.

Article 421-5

Les actes de terrorisme définis aux articles 421-2-1 et 421-2-2 sont punis de dix ans d'emprisonnement et de 225'000 euros d'amende.

Le fait de diriger ou d'organiser le groupement ou l'entente défini à l'article 421-2-1 est puni de vingt ans de réclusion criminelle et de 500'000 euros d'amende.

La tentative du délit défini à l'article 421-2-2 est punie des mêmes peines.

L'acte de terrorisme défini à l'article 421-2-6 est puni de dix ans d'emprisonnement et de 150'000 € d'amende.

Les deux premiers alinéas de l'article 132-23 relatif à la période de sûreté sont applicables aux infractions prévues par le présent article.

Article 421-6

Les peines sont portées à vingt ans de réclusion criminelle et 350'000 euros d'amende lorsque le groupement ou l'entente définie à l'article 421-2-1 a pour objet la préparation :

- 1° Soit d'un ou plusieurs crimes d'atteintes aux personnes visés au 1° de l'article 421-1 ;
- 2° Soit d'une ou plusieurs destructions par substances explosives ou incendiaires visées au 2° de l'article 421-1 et devant être réalisées dans des circonstances de temps ou de lieu susceptibles d'entraîner la mort d'une ou plusieurs personnes ;
- 3° Soit de l'acte de terrorisme défini à l'article 421-2 lorsqu'il est susceptible d'entraîner la mort d'une ou plusieurs personnes.

Le fait de diriger ou d'organiser un tel groupement ou une telle entente est puni de trente ans de réclusion criminelle et 500'000 euros d'amende.

Les deux premiers alinéas de l'article 132-23 relatifs à la période de sûreté sont applicables aux crimes prévus par le présent article.

Article 422-3

Les personnes physiques coupables de l'une des infractions prévues par le présent titre encourent également les peines complémentaires suivantes :

- 1° L'interdiction des droits civiques, civils et de famille, suivant les modalités prévues par l'article 131-26. Toutefois, le maximum de la durée de l'interdiction est porté à quinze ans en cas de crime et à dix ans en cas de délit ;
- 2° L'interdiction, suivant les modalités prévues par l'article 131-27, soit d'exercer une fonction publique ou d'exercer l'activité professionnelle ou sociale dans l'exercice ou à l'occasion de l'exercice de laquelle l'infraction a été commise, le maximum de la durée de l'interdiction temporaire étant porté à dix ans, soit, pour les crimes prévus par les 1° à 4° de l'article 421-3, l'article 421-4, le deuxième alinéa de l'article 421-5 et l'article 421-6, d'exercer une profession commerciale ou industrielle, de diriger, d'administrer, de gérer ou de contrôler à un titre quelconque, directement ou indirectement, pour son propre compte ou pour le compte d'autrui, une entreprise commerciale ou industrielle ou une société commerciale. Ces interdictions d'exercice peuvent être prononcées cumulativement ;
- 3° L'interdiction de séjour, suivant les modalités prévues par l'article 131-31. Toutefois, le maximum de la durée de l'interdiction est porté à quinze ans en cas de crime et à dix ans en cas de délit.

Article 422-4

L'interdiction du territoire français peut être prononcée dans les conditions prévues par l'article 131-30, soit à titre définitif, soit pour une durée de dix ans au plus, à l'encontre de tout étranger coupable de l'une des infractions définies au présent titre.

Article 422-5

Les personnes morales déclarées responsables pénalement, dans les conditions prévues par l'article 121-2, des infractions définies au présent titre encourent, outre l'amende suivant les modalités prévues par l'article 131-38, les peines prévues par l'article 131-39.

L'interdiction mentionnée au 2° de l'article 131-39 porte sur l'activité dans l'exercice ou à l'occasion de l'exercice de laquelle l'infraction a été commise.

Article 422-6

Les personnes physiques ou morales reconnues coupables d'actes de terrorisme encourent également la peine complémentaire de confiscation de tout ou partie des biens leur appartenant ou, sous réserve des droits du propriétaire de bonne foi, dont elles ont la libre disposition, quelle qu'en soit la nature, meubles ou immeubles, divis ou indivis.

Article 422-7

Le produit des sanctions financières ou patrimoniales prononcées à l'encontre des personnes reconnues coupables d'actes de terrorisme est affecté au fonds de garantie des victimes des actes de terrorisme et d'autres infractions.

Article 431-13

Constitue un groupe de combat, en dehors des cas prévus par la loi, tout groupement de personnes détenant ou ayant accès à des armes, doté d'une organisation hiérarchisée et susceptible de troubler l'ordre public.

Article 431-14

Le fait de participer à un groupe de combat est puni de trois ans d'emprisonnement et de 45'000 euros d'amende.

Article 431-15

Le fait de participer au maintien ou à la reconstitution, ouverte ou déguisée, d'une association ou d'un groupement dissous en application de la loi du 10 janvier 1936 sur les groupes de combat et les milices privées est puni de trois ans d'emprisonnement et de 45'000 euros d'amende.

Lorsque l'association ou le groupement maintenu ou reconstitué est un groupe de combat au sens de l'article 431-14, la peine est portée à cinq ans d'emprisonnement et à 75'000 euros d'amende.

Code de procédure pénale¹³¹**Article 706-23**

L'arrêt d'un service de communication au public en ligne peut être prononcé par le juge des référés pour les faits prévus à l'article 421-2-5 du code pénal lorsqu'ils constituent un trouble manifestement illicite, à la demande du ministère public ou de toute personne physique ou morale ayant intérêt à agir.

Code de la sécurité intérieure¹³²**Article L224-1**

Tout Français peut faire l'objet d'une interdiction de sortie du territoire lorsqu'il existe des raisons sérieuses de penser qu'il projette :

- 1° Des déplacements à l'étranger ayant pour objet la participation à des activités terroristes ;
- 2° Ou des déplacements à l'étranger sur un théâtre d'opérations de groupements terroristes, dans des conditions susceptibles de le conduire à porter atteinte à la sécurité publique lors de son retour sur le territoire français.

L'interdiction de sortie du territoire est prononcée par le ministre de l'intérieur pour une durée maximale de six mois à compter de sa notification. La décision est écrite et motivée. Le ministre de l'intérieur ou son représentant met la personne concernée en mesure de lui présenter ses observations dans un délai maximal de huit jours après la notification de la décision. Cette personne peut se faire assister par un conseil ou représenter par un mandataire de son choix.

Lorsque les conditions en sont réunies, l'interdiction de sortie du territoire peut être renouvelée par décision expresse et motivée. Elle est levée aussitôt que ces conditions ne sont plus satisfaites. Les renouvellements consécutifs d'une interdiction initiale ne peuvent porter la durée globale d'interdiction au-delà de deux années.

La personne qui fait l'objet d'une interdiction de sortie du territoire peut, dans le délai de deux mois suivant la notification de la décision et suivant la notification de chaque renouvellement, demander au tribunal administratif l'annulation de cette décision. Le tribunal administratif statue dans un délai de

¹³¹ Code de procédure pénale français, disponible sous http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do;jsessionid=FA3D79ECD99554D6089A8EFF3C04975B.tpdil_a09v_1?cidTexte=LEGITEXT000006071154&dateTexte=20151110 (10.11.2015).

¹³² Code de la sécurité intérieure français, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?cidTexte=LEGITEXT000025503132&dateTexte=20151110> (10.11.2015).

quatre mois à compter de sa saisine. Ces recours s'exercent sans préjudice des procédures ouvertes aux articles L. 521-1 et L. 521-2 du code de justice administrative.

L'interdiction de sortie du territoire emporte dès son prononcé et à titre conservatoire l'invalidation du passeport et de la carte nationale d'identité de la personne concernée ou, le cas échéant, fait obstacle à la délivrance d'un tel document. L'autorité administrative informe la personne concernée par tout moyen.

Dès notification de l'interdiction de sortie du territoire, et au plus tard dans les vingt-quatre heures à compter de celle-ci, la personne concernée est tenue de restituer son passeport et sa carte nationale d'identité.

Un récépissé valant justification de son identité est remis à la personne concernée en échange de la restitution de son passeport et de sa carte nationale d'identité ou, à sa demande, en lieu et place de la délivrance d'un tel document. Ce récépissé suffit à justifier de l'identité de la personne concernée sur le territoire national en application de l'article 1er de la loi n° 2012-410 du 27 mars 2012 relative à la protection de l'identité.

Le fait de quitter ou de tenter de quitter le territoire français en violation d'une interdiction de sortie du territoire prise en application du présent article est puni de trois ans d'emprisonnement et de 45'000 € d'amende.

Le fait, pour toute personne s'étant vu notifier une décision d'interdiction de sortie du territoire, de se soustraire à l'obligation de restitution de son passeport et de sa carte nationale d'identité est puni de deux ans d'emprisonnement et de 4 500 € d'amende.

Un décret en Conseil d'Etat précise les modalités de mise en œuvre du présent article, s'agissant notamment des modalités d'établissement du récépissé mentionné au neuvième alinéa.

Code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile¹³³

Article L563-1

L'étranger astreint à résider dans les lieux qui lui sont fixés en application des articles L. 523-3, L. 523-4 ou L. 541-3 qui a été condamné à une peine d'interdiction du territoire pour des actes de terrorisme prévus au titre II du livre IV du code pénal ou à l'encontre duquel un arrêté d'expulsion a été prononcé pour un comportement lié à des activités à caractère terroriste peut, si la préservation de la sécurité publique l'exige, se voir prescrire par l'autorité administrative compétente pour prononcer l'assignation à résidence une interdiction de se trouver en relation, directement ou indirectement, avec certaines personnes nommément désignées dont le comportement est lié à des activités à caractère terroriste. La décision est écrite et motivée. Elle peut être prise pour une durée maximale de six mois et renouvelée, dans la même limite de durée, par une décision également motivée. Cette interdiction est levée dès que les conditions ne sont plus satisfaites ou en cas de levée de l'assignation à résidence.

La violation de cette interdiction est sanctionnée dans les conditions prévues à l'article L. 624-4 du présent code.

¹³³ Code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile français, disponible sous http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?cidTexte=LEGITEXT000006070158&dateTexte=20151111_0 (10.11.2015).

Article L624-4

Les étrangers qui n'auront pas rejoint dans les délais prescrits la résidence qui leur est assignée en application des articles L. 523-3, L. 523-4, L. 523-5 ou L. 561-1 ou qui, ultérieurement, ont quitté cette résidence sans autorisation de l'autorité administrative, sont passibles d'une peine d'emprisonnement de trois ans.

Les étrangers visés à l'article L. 571-3 qui n'ont pas respecté les prescriptions liées au placement sous surveillance électronique sont passibles d'une peine d'emprisonnement d'un an.

Les étrangers astreints à résider dans les lieux qui leur sont fixés en application des articles L. 523-3, L. 523-4, L. 523-5, L. 541-3 ou du 6° de l'article L. 561-1 et qui n'ont pas respecté les obligations de présentation aux services de police et aux unités de gendarmerie prévues à l'article L. 561-1 sont passibles d'une peine d'emprisonnement d'un an.

La même peine d'emprisonnement d'un an est applicable aux étrangers qui n'ont pas respecté les interdictions qui leur sont prescrites en application de l'article L. 563-1.

Loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse¹³⁴**Article 42**

Seront passibles, comme auteurs principaux des peines qui constituent la répression des crimes et délits commis par la voie de la presse, dans l'ordre ci-après, savoir :

- 1° Les directeurs de publications ou éditeurs, quelles que soient leurs professions ou leurs dénominations, et, dans les cas prévus au deuxième alinéa de l'article 6, de les codirecteurs de la publication ;
- 2° A leur défaut, les auteurs ;
- 3° A défaut des auteurs, les imprimeurs ;
- 4° A défaut des imprimeurs, les vendeurs, les distributeurs et afficheurs.

Dans les cas prévus au deuxième alinéa de l'article 6, la responsabilité subsidiaire des personnes visées aux paragraphes 2°, 3° et 4° du présent article joue comme s'il n'y avait pas de directeur de la publication, lorsque, contrairement aux dispositions de la présente loi, un codirecteur de la publication n'a pas été désigné.

Loi du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique¹³⁵**Article 6**

I.-

1. Les personnes dont l'activité est d'offrir un accès à des services de communication au public en ligne informent leurs abonnés de l'existence de moyens techniques permettant de restreindre l'accès à certains services ou de les sélectionner et leur proposent au moins un de ces moyens.

Les personnes visées à l'alinéa précédent les informent également de l'existence de moyens de sécurisation permettant de prévenir les manquements à l'obligation définie à l'article L. 336-3 du code

¹³⁴ Loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000877119&fastPos=1&fastReqId=1303315283&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte> (10.11.2015).

¹³⁵ Loi n°2004/575 du 21 juin 2004 pour la confiance dans l'économie numérique, disponible sous <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000801164&fastPos=1&fastReqId=365707423&categorieLien=cid&oldAction=rechTexte> (10.11.2015).

de la propriété intellectuelle et leur proposent au moins un des moyens figurant sur la liste prévue au deuxième alinéa de l'article L. 331-26 du même code.

2. Les personnes physiques ou morales qui assurent, même à titre gratuit, pour mise à disposition du public par des services de communication au public en ligne, le stockage de signaux, d'écrits, d'images, de sons ou de messages de toute nature fournis par des destinataires de ces services ne peuvent pas voir leur responsabilité civile engagée du fait des activités ou des informations stockées à la demande d'un destinataire de ces services si elles n'avaient pas effectivement connaissance de leur caractère illicite ou de faits et circonstances faisant apparaître ce caractère ou si, dès le moment où elles en ont eu cette connaissance, elles ont agi promptement pour retirer ces données ou en rendre l'accès impossible.

L'alinéa précédent ne s'applique pas lorsque le destinataire du service agit sous l'autorité ou le contrôle de la personne visée audit alinéa.

3. Les personnes visées au 2 ne peuvent voir leur responsabilité pénale engagée à raison des informations stockées à la demande d'un destinataire de ces services si elles n'avaient pas effectivement connaissance de l'activité ou de l'information illicites ou si, dès le moment où elles en ont eu connaissance, elles ont agi promptement pour retirer ces informations ou en rendre l'accès impossible.

L'alinéa précédent ne s'applique pas lorsque le destinataire du service agit sous l'autorité ou le contrôle de la personne visée audit alinéa.

4. Le fait, pour toute personne, de présenter aux personnes mentionnées au 2 un contenu ou une activité comme étant illicite dans le but d'en obtenir le retrait ou d'en faire cesser la diffusion, alors qu'elle sait cette information inexacte, est puni d'une peine d'un an d'emprisonnement et de 15'000 Euros d'amende.
5. La connaissance des faits litigieux est présumée acquise par les personnes désignées au 2 lorsqu'il leur est notifié les éléments suivants :
 - la date de la notification ;
 - si le notifiant est une personne physique : ses nom, prénoms, profession, domicile, nationalité, date et lieu de naissance ; si le requérant est une personne morale : sa forme, sa dénomination, son siège social et l'organe qui la représente légalement ;
 - le nom et domicile du destinataire ou, s'il s'agit d'une personne morale, sa dénomination et son siège social ;
 - la description des faits litigieux et leur localisation précise ;
 - les motifs pour lesquels le contenu doit être retiré, comprenant la mention des dispositions légales et des justifications de faits ;
 - la copie de la correspondance adressée à l'auteur ou à l'éditeur des informations ou activités litigieuses demandant leur interruption, leur retrait ou leur modification, ou la justification de ce que l'auteur ou l'éditeur n'a pu être contacté.

6. Les personnes mentionnées aux 1 et 2 ne sont pas des producteurs au sens de l'article 93-3 de la loi n° 82-652 du 29 juillet 1982 sur la communication audiovisuelle.

7. Les personnes mentionnées aux 1 et 2 ne sont pas soumises à une obligation générale de surveiller les informations qu'elles transmettent ou stockent, ni à une obligation générale de rechercher des faits ou des circonstances révélant des activités illicites.

Le précédent alinéa est sans préjudice de toute activité de surveillance ciblée et temporaire demandée par l'autorité judiciaire.

Compte tenu de l'intérêt général attaché à la répression de l'apologie des crimes contre l'humanité, de la provocation à la commission d'actes de terrorisme et de leur apologie, de l'incitation à la haine raciale, à la haine à l'égard de personnes à raison de leur sexe, de leur orientation ou identité sexuelle ou de leur handicap ainsi que de la pornographie enfantine, de l'incitation à la violence, notamment l'incitation aux violences faites aux femmes, ainsi que des atteintes à la dignité humaine, les personnes mentionnées ci-dessus doivent concourir à la lutte contre la diffusion des infractions visées aux cinquième, septième et huitième alinéas de l'article 24 de la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse et aux articles 227-23 et 227-24 et 421-2-5 du code pénal.

A ce titre, elles doivent mettre en place un dispositif facilement accessible et visible permettant à toute personne de porter à leur connaissance ce type de données. Elles ont également l'obligation, d'une part, d'informer promptement les autorités publiques compétentes de toutes activités illicites mentionnées à l'alinéa précédent qui leur seraient signalées et qu'exerceraient les destinataires de leurs services, et, d'autre part, de rendre publics les moyens qu'elles consacrent à la lutte contre ces activités illicites.

Compte tenu de l'intérêt général attaché à la répression des activités illégales de jeux d'argent, les personnes mentionnées aux 1 et 2 mettent en place, dans des conditions fixées par décret, un dispositif facilement accessible et visible permettant de signaler à leurs abonnés les services de communication au public en ligne tenus pour répréhensibles par les autorités publiques compétentes en la matière. Elles informent également leurs abonnés des risques encourus par eux du fait d'actes de jeux réalisés en violation de la loi.

Tout manquement aux obligations définies aux quatrième et cinquième alinéas est puni des peines prévues au 1 du VI.

8. L'autorité judiciaire peut prescrire en référé ou sur requête, à toute personne mentionnée au 2 ou, à défaut, à toute personne mentionnée au 1, toutes mesures propres à prévenir un dommage ou à faire cesser un dommage occasionné par le contenu d'un service de communication au public en ligne.

II.-

Les personnes mentionnées aux 1 et 2 du I détiennent et conservent les données de nature à permettre l'identification de quiconque a contribué à la création du contenu ou de l'un des contenus des services dont elles sont prestataires.

Elles fournissent aux personnes qui éditent un service de communication au public en ligne des moyens techniques permettant à celles-ci de satisfaire aux conditions d'identification prévues au III.

L'autorité judiciaire peut requérir communication auprès des prestataires mentionnés aux 1 et 2 du I des données mentionnées au premier alinéa.

Les dispositions des articles 226-17, 226-21 et 226-22 du code pénal sont applicables au traitement de ces données.

Un décret en Conseil d'Etat, pris après avis de la Commission nationale de l'informatique et des libertés, définit les données mentionnées au premier alinéa et détermine la durée et les modalités de leur conservation.

III.-

1. Les personnes dont l'activité est d'éditer un service de communication au public en ligne mettent à disposition du public, dans un standard ouvert :
 - a) S'il s'agit de personnes physiques, leurs nom, prénoms, domicile et numéro de téléphone et, si elles sont assujetties aux formalités d'inscription au registre du commerce et des sociétés ou au répertoire des métiers, le numéro de leur inscription ;
 - b) S'il s'agit de personnes morales, leur dénomination ou leur raison sociale et leur siège social, leur numéro de téléphone et, s'il s'agit d'entreprises assujetties aux formalités d'inscription au registre du commerce et des sociétés ou au répertoire des métiers, le numéro de leur inscription, leur capital social, l'adresse de leur siège social ;
 - c) Le nom du directeur ou du codirecteur de la publication et, le cas échéant, celui du responsable de la rédaction au sens de l'article 93-2 de la loi n° 82-652 du 29 juillet 1982 précitée ;
 - d) Le nom, la dénomination ou la raison sociale et l'adresse et le numéro de téléphone du prestataire mentionné au 2 du I.

2. Les personnes éditant à titre non professionnel un service de communication au public en ligne peuvent ne tenir à la disposition du public, pour préserver leur anonymat, que le nom, la dénomination ou la raison sociale et l'adresse du prestataire mentionné au 2 du I, sous réserve de lui avoir communiqué les éléments d'identification personnelle prévus au 1.

Les personnes mentionnées au 2 du I sont assujetties au secret professionnel dans les conditions prévues aux articles 226-13 et 226-14 du code pénal, pour tout ce qui concerne la divulgation de ces éléments d'identification personnelle ou de toute information permettant d'identifier la personne concernée. Ce secret professionnel n'est pas opposable à l'autorité judiciaire.

IV.-

Toute personne nommée ou désignée dans un service de communication au public en ligne dispose d'un droit de réponse, sans préjudice des demandes de correction ou de suppression du message qu'elle peut adresser au service.

La demande d'exercice du droit de réponse est adressée au directeur de la publication ou, lorsque la personne éditant à titre non professionnel a conservé l'anonymat, à la personne mentionnée au 2 du I qui la transmet sans délai au directeur de la publication. Elle est présentée au plus tard dans un délai de trois mois à compter de la mise à disposition du public du message justifiant cette demande.

Le directeur de la publication est tenu d'insérer dans les trois jours de leur réception les réponses de toute personne nommée ou désignée dans le service de communication au public en ligne sous peine d'une amende de 3 750 Euros, sans préjudice des autres peines et dommages-intérêts auxquels l'article pourrait donner lieu.

Les conditions d'insertion de la réponse sont celles prévues par l'article 13 de la loi du 29 juillet 1881 précitée. La réponse sera toujours gratuite.

Un décret en Conseil d'Etat fixe les modalités d'application du présent IV.

V.-

Les dispositions des chapitres IV et V de la loi du 29 juillet 1881 précitée sont applicables aux services de communication au public en ligne et la prescription acquise dans les conditions prévues par l'article 65 de ladite loi.

VI.-

1. Est puni d'un an d'emprisonnement et de 75'000 Euros d'amende le fait, pour une personne physique ou le dirigeant de droit ou de fait d'une personne morale exerçant l'une des activités définies aux 1 et 2 du I, de ne pas satisfaire aux obligations définies aux quatrième et cinquième alinéas du 7 du I du présent article ni à celles prévues à l'article 6-1 de la présente loi, de ne pas avoir conservé les éléments d'information visés au II du présent article ou de ne pas déférer à la demande d'une autorité judiciaire d'obtenir communication desdits éléments.

Les personnes morales peuvent être déclarées pénalement responsables de ces infractions dans les conditions prévues à l'article 121-2 du code pénal. Elles encourent une peine d'amende, suivant les modalités prévues par l'article 131-38 du même code, ainsi que les peines mentionnées aux 2° et 9° de l'article 131-39 de ce code. L'interdiction mentionnée au 2° de cet article est prononcée pour une durée de cinq ans au plus et porte sur l'activité professionnelle dans l'exercice ou à l'occasion de laquelle l'infraction a été commise.

2. Est puni d'un an d'emprisonnement et de 75'000 Euros d'amende le fait, pour une personne physique ou le dirigeant de droit ou de fait d'une personne morale exerçant l'activité définie au III, de ne pas avoir respecté les prescriptions de ce même article.

Les personnes morales peuvent être déclarées pénalement responsables de ces infractions dans les conditions prévues à l'article 121-2 du code pénal. Elles encourent une peine d'amende, suivant les modalités prévues par l'article 131-38 du même code, ainsi que les peines mentionnées aux 2° et 9° de l'article 131-39 de ce code. L'interdiction mentionnée au 2° de cet article est prononcée pour une durée de cinq ans au plus et porte sur l'activité professionnelle dans l'exercice ou à l'occasion de laquelle l'infraction a été commise.

D. ITALIEN

A seguito dell'adozione da parte del Consiglio di Sicurezza delle Nazioni Unite della Risoluzione n.2178 del 2014, ai sensi del Capo VII della Carta delle Nazioni Unite, e quindi, vincolante per gli Stati, anche il Legislatore italiano è dovuto intervenire a riguardo "essendo divenuto indifferibile completare il quadro normativo vigente, introducendo misure mirate e selettive capaci di prevenire il rafforzamento di organizzazioni terroristiche e di attuare più stringenti controlli sui mezzi e sui materiali che potrebbero essere impiegati per il compimento di attentati nel territorio nazionale".¹³⁶

In materia, l'ultimo significativo intervento da parte del Legislatore nazionale è stato adottato con il **Decreto-Legge 18 febbraio 2015, n.7** successivamente convertito con la **legge 17 aprile 2015, n.43** "...recante misure urgenti per il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale, nonché proroga delle missioni internazionali delle Forze armate e di polizia, iniziative di cooperazione allo sviluppo e sostegno ai processi di ricostruzione e partecipazione alle iniziative delle Organizzazioni internazionali per il consolidamento dei processi di pace e di stabilizzazione".

1. Punibilità del reclutamento e arruolamento di terroristi

1.1. Fondamento giuridico

In Italia, il dettato legislativo in merito al **reclutamento e arruolamento**, in materia di atti terroristici è costituito dalla previsione legislativa del **Codice Penale**, Titolo I (Dei delitti contro la personalità dello Stato) artt. 270, 270-bis, 270-ter, 270-quater, 270-sexies; del **Codice di Procedura penale**, e da leggi specifiche (ultime modifiche sono state apportate dalla **legge 17 aprile 2015, n.43** "...recante misure urgenti per il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale...").

1.2. Arruolamento: attivo e passivo

Il dettato dell'art. 270-quater del Codice penale recita: "I) **Chiunque**, al di fuori dei casi di cui all'articolo 270-bis, **arruola** una o più persone per il compimento di atti di violenza ovvero di sabotaggio di servizi pubblici essenziali, con **finalità di terrorismo**, anche se rivolti contro uno Stato estero, un'istituzione o un organismo internazionale, è punito con la **reclusione da sette a quindici anni**. II) Fuori dei casi di cui all'articolo [270-bis](#), e salvo il caso di addestramento, **la persona arruolata è punita con la pena della reclusione da cinque a otto anni**".¹³⁷

¹³⁶ Si veda la presentazione del DDL del d. lgs. 18 febbraio 2015, n. 7, recante misure urgenti per il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale, nonché proroga delle missioni internazionali [etc.] http://www.camera.it/dati/leg17/lavori/schedela/apriTelecomando_wai.asp?codice=17PDL0028630
La presente ricerca si basa su materiale recente disponibile in rete e contenuto, in particolare, nei seguenti siti:
<http://www.senato.it/leg/17/BGT/Schede/Ddliter/45465.htm>
<http://www.camera.it/leg17/126?leg=17&idDocumento=2893>
<http://documenti.camera.it/leg17/dossier/Testi/D15007c.htm>
<http://www.archiviopenale.it/apw/wp-content/uploads/2015/02/web.2.2015.DalParlamento.Colaiocco.pdf>
https://www.giustizia.it/giustizia/it/mg_1_2_1.wp?previousPage=mg_1_2_1&contentId=SAN1122637. (tutti i siti citati sono stati verificati da ultimo in data 6 gennaio 2016).

¹³⁷ Disponibile all'indirizzo <http://www.iusexplorer.it/Dejure/Leggi?IdDatabanks=10&IdUnitaDoc=20112037&IdDocMaster=3948141&NVigUnitaDoc=1&num=270&tipo=ART&paging=true&NavId=1782658191&pid=19&IsCorr=False> (05.01.2016).

E' facile intuire che la condotta oggettiva incriminata è quella dell'arruolamento ma non solo; infatti con **l'estensione della sanzione penale anche all'arruolato**, "la norma mira a colpire la condotta di colui che, sempre più spesso a mezzo delle rete internet, spontaneamente o su istigazione, si accordi con altro soggetto per entrare in una struttura militare, preesistente o in corso di creazione che essa sia".¹³⁸

La nuova disposizione, quindi, ritiene di **sanzionare** non più solo i soggetti che abbiano già acquisito un addestramento specifico al fine di compiere atti terroristici ma **anche il semplice arruolarsi**.

Tale scelta è frutto delle riflessioni maturate in seguito all'esperienza del propagarsi – tramite la rete – dell'apologia del terrorismo e da necessità di prevenzione: coloro che vengono "adescati" si rendono – per il solo fatto dell'adesione alla struttura già disponibili ad essere addestrati in campi paramilitari all'estero e occorre fermarli prima che possano tornare, una volta addestrati a compiere atti terroristici, in Italia.¹³⁹

Momento consumativo del reato è quello del mero accordo di volontà tra arruolatore ed arruolato anche prima dell'effettiva "presa di servizio", cioè dell'assunzione di un vincolo volontario e intenzionale tra almeno due soggetti; deve perciò escludersi la configurabilità del tentativo trattandosi di reato di pericolo.¹⁴⁰

"In ordine alla natura del reato è bene ricordare come sia prevalente l'orientamento dottrinale e giurisprudenziale che ritiene il delitto caratterizzato da un **doppio dolo specifico** (cioè il compimento di atti di violenza ovvero di sabotaggio dei servizi pubblici essenziali e la finalità di terrorismo)."¹⁴¹

1.3. Sanzioni

Secondo il dettato normativo dell'art. 270-quater, da ultimo modificato con la legge 17 aprile 2015 n.43, **colui che arruola** una o più persone con finalità terroristiche è punito con la **reclusione da 7 a 15 anni**; **la persona arruolata** è punita con la pena della **reclusione da cinque a otto anni**.

Inoltre, costituisce reato anche **l'apologia del reato di associazione con finalità di terrorismo internazionale** mediante la pubblicazione, su siti web liberamente accessibili, di testi che approvano l'attività dell'Isis o ne sostengono le ragioni¹⁴².

1.4. Statistiche

Non ci sono statistiche ufficiali al momento di redazione del presente parere.

¹³⁸ S. Colaiocco, Prime osservazioni sulle nuove fattispecie antiterrorismo introdotte dal decreto-legge n. 7 del 2015, *Archivio Penale* 2015, n. 1, p. 3 s. e, sull'arruolamento vedi già Pistorelli, Punito anche il solo arruolamento, in *Guida dir.*, 2005, 33, 55.

¹³⁹ *Ibidem*.

¹⁴⁰ Cass., Sez. VI, 25 luglio 2011), n. 29670, dep. 25.7.2011; *Contra* Cass., Sez. I, 24 ottobre 2011, n. 38220, depositata il 24 ottobre 2011 e il commento critico di PICCICHÈ, Il problema del dolo nel reato di addestramento ad attività con finalità di terrorismo anche internazionale: due sentenze a confronto, in www.penalecontemporaneo.it.

¹⁴¹ S. Colaiocco, Prime osservazioni sulle nuove fattispecie antiterrorismo introdotte dal decreto-legge n. 7 del 2015, *Archivio Penale* 2015, n. 1, p. 3 s. e, sull'arruolamento vedi già Pistorelli, Punito anche il solo arruolamento, in *Guida dir.*, 2005, 33, 55.

¹⁴² Cass. Pen., Sez. I, 1 dicembre 2015, n. 47489

2. Punibilità dell'addestramento di terroristi

2.1. Fondamento giuridico

In Italia, il dettato legislativo in merito all'addestramento, in materia di atti terroristici è costituito dalla previsione legislativa del **Codice Penale**, Titolo I (Dei delitti contro la personalità dello Stato) artt. 270, 270-bis, 270-ter, 270-quinquies, 270-sexies; del **Codice di Procedura penale**, e da leggi specifiche (ultime modifiche sono state apportate dalla **legge 17 aprile 2015, n.43 "...recante misure urgenti per il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale..."**).

L'art. 270-quinquies del Codice Penale "Addestramento ad attività con finalità di terrorismo anche internazionale" afferma:

"[I] Chiunque, al di fuori dei casi di cui all'**articolo 270-bis**, **addestra o comunque fornisce istruzioni** sulla preparazione o sull'uso di materiali esplosivi, di armi da fuoco o di altre armi, di sostanze chimiche o batteriologiche nocive o pericolose, nonché di ogni altra tecnica o metodo per il compimento di atti di violenza ovvero di sabotaggio di servizi pubblici essenziali, con **finalità di terrorismo**, anche se rivolti contro uno Stato estero, un'istituzione o un organismo internazionale, è punito con la **reclusione da cinque a dieci anni**. La **stessa pena** si applica nei confronti della **persona addestrata**, nonché della persona che avendo acquisito, anche **autonomamente**, le istruzioni per il compimento degli atti di cui al primo periodo, pone in essere comportamenti univocamente finalizzati alla commissione delle condotte di cui all'**articolo 270-sexies** (3).

[II] Le **pene** previste dal presente articolo sono **umentate** se il fatto di chi addestra o istruisce è commesso attraverso **strumenti informatici o telematici** (4)."¹⁴³

2.2. Addestramento: attivo e passivo

"L'adeguamento ai dettami della risoluzione dell'ONU si completa attraverso un intervento sull'articolo 270-quinquies del codice penale che punisce l'addestramento ad attività con finalità di terrorismo anche internazionale.

Su tale ipotesi di reato, che postula oggi un rapporto necessariamente duale tra addestratore e addestrato, viene innestata una **nuova fattispecie** di reato che rende **punibile** anche l'**auto-addestramento**, cioè la condotta di chi si prepara al compimento di atti di terrorismo, attraverso una ricerca e un apprendimento individuali e autonomi delle «tecniche» necessarie a perpetrare simili atti.

In questo senso, il primo comma, prevede che le pene previste per il reato in questione si applichino anche al soggetto che **acquisisce autonomamente** o da terzi istruzioni sull'utilizzo di esplosivi, armi, sostanze chimiche o nocive, nonché sulle tecniche per il compimento di atti di violenza o sabotaggio."¹⁴⁴

La caratterizzazione della fattispecie è assicurata dal fatto che la nuova condotta incriminata è connotata dal **dolo specifico**.

¹⁴³ Disponibile all'indirizzo <http://www.iusexplorer.it/Dejure/Leggi?IdDatabanks=10&IdUnitaDoc=20112038&IdDocMaster=3948141&NVigUnitaDoc=1&num=270&tipo=ART&NavId=1782658191&pid=19&IsCorr=False> (05.01.2016).

¹⁴⁴ Disponibile all'indirizzo [https://www.giustizia.it/giustizia/it/mg_1_2_1.wp;jsessionid=9B651F0CE585B6C38838553A92F26CA.ajpAL03?facetNode_1=4_59&facetNode_3=1_8\(2015\)&facetNode_2=0_15&previousPage=mg_1_2&contentId=SAN1122637](https://www.giustizia.it/giustizia/it/mg_1_2_1.wp;jsessionid=9B651F0CE585B6C38838553A92F26CA.ajpAL03?facetNode_1=4_59&facetNode_3=1_8(2015)&facetNode_2=0_15&previousPage=mg_1_2&contentId=SAN1122637) (05.01.2016).

“Difatti, viene previsto che sia rilevante penalmente la condotta della persona che avendo acquisito, anche autonomamente, le istruzioni per il compimento di atti di violenza ovvero di sabotaggio di servizi pubblici essenziali con **finalità di terrorismo** pone in essere condotte con le medesime finalità.

In tal modo viene **estesa l'area della punibilità** anche ai terroristi che operano sganciati da sodalizi e da organizzazioni (cosiddetto **lupo solitario**), soluzione questa perseguita anche in altri Paesi europei, quali la Francia, dove è stata resa perseguibile la fattispecie di impresa terroristica individuale.”¹⁴⁵

2.3. Sanzioni

Secondo il dettato normativo dell'art. 270-*quinquies*, da ultimo modificato con la legge 17 aprile 2015 n.43, “Chiunque, al di fuori dei casi di cui all'articolo 270-*bis*, addestra o comunque fornisce istruzioni... con finalità di terrorismo, è punito con la **reclusione da cinque a dieci anni. La stessa pena si applica nei confronti della persona addestrata ...**”.¹⁴⁶

2.4. Statistiche

Non ci sono statistiche ufficiali al momento di redazione del presente parere.

3. Punibilità dell'organizzazione e del finanziamento di viaggi a finalità terroristica

Volendo dare seguito all'art. 6 paragrafi a) e b) della risoluzione ONU n.2178 il Legislatore ha inserito la disposizione di cui all'art. 270-*quater*.¹⁴⁷ che punisce con la **reclusione da cinque a otto anni**, chiunque, “fuori dei casi di cui gli articolo 270-*bis* e 270-*quater*, **organizza, finanzia o propaganda viaggi** finalizzati al compimento delle condotte **con finalità di terrorismo** di cui all'articolo 270-*sexies*”.

3.1. I viaggi a finalità terroristica

“Trattasi, quindi, di una **fattispecie del tutto nuova**. L'obiettivo perseguito è quello di sanzionare le condotte di coloro che organizzano, per se o per altri, finanziando o propagando viaggi per compiere atti di terrorismo che siano da realizzarsi in un Paese occidentale o siano finalizzati altrimenti ad andare in un teatro di guerra.”

“In quest'ultimo la ratio della norma sembra rintracciabile nel pericolo che, una volta acquisite esperienze e tecniche di guerra, l'agente possa tornare nel territorio nazionale e ivi porre in essere attentati per finalità di terrorismo andando così ad ampliare il numero dei cd. *Foreign fighters*.

A prescindere quindi dall'arruolamento e da rapporto con strutture idonee ad accrescere le capacità tecniche dell'agente, il legislatore ha deciso di sanzionare, in parallelo con il cd. Auto-addestramento

¹⁴⁵ *Ibidem*.

¹⁴⁶ Disponibile all'indirizzo <http://www.iusexplorer.it/FontiNormative/Leggi?IdDatabanks=10&IdUnitaDoc=20112038&IdDocMaster=3948141&NVigUnitaDoc=1&num=270&tipo=ART&NavId=794427846&pid=19&IsCorr=False> (05.01.2016).

¹⁴⁷ Disponibile all'indirizzo <http://www.iusexplorer.it/Dejure/Leggi?IdDatabanks=10&IdUnitaDoc=20112037&IdDocMaster=3948141&NVigUnitaDoc=1&num=270&tipo=ART&NavId=2137491492&pid=19&IsCorr=False> (05.01.2016).

anche colui che, senza legami con terzi, decide di partire per compiere condotte finalizzate al terrorismo.”¹⁴⁸

Il reato in oggetto è di tipo concreto (essendo richiesta l’idoneità della condotta alla realizzazione del viaggio) **e a dolo specifico**. “La condotta materiale è costituita in primo luogo dall’organizzare, cioè predisporre quanto è necessario per l’esecuzione del viaggio; in secondo luogo dal finanziare, cioè provvedere ai mezzi necessari reperendo le risorse occorrenti per il viaggio (condotta attuabile da un soggetto diverso da colui che compirà il viaggio) e, in terzo luogo propagandare, cioè influire o orientare verso la scelta di effettuare un viaggio per gli scopi sanzionati dalla norma.

La condotta materiale richiede che dette attività abbiano come scopo viaggi; cioè trasferimenti in Italia o verso l’estero tra due luoghi distanti l’uno dall’altro, con un mezzo di trasporto.”¹⁴⁹

3.2. Punibilità del finanziamento di viaggi a finalità terroristica

Come indicato al paragrafo precedente la condotta sanzionata è sia quella consistente in attività di propaganda, sia quella consistente in attività di finanziamento di viaggi da realizzare in un Paese occidentale per compiere un atto terroristico o in un paese orientale al fine di integrare le fila di bande armate impegnate in azioni di guerra.

¹⁴⁸ Disponibile all’indirizzo <http://www.archiviopenale.it/apw/wp-content/uploads/2015/02/web.2.2015.DalParlamento.Colaiocco.pdf> (05.01.2016)

¹⁴⁹ *Ibidem*.

Allegato: testo legislativo di attuazione della risoluzione del Consiglio di Sicurezza n.2178 del 2014

Legge 17 aprile 2015, n.43

Art. 1

1. Il decreto-legge 18 febbraio 2015, n.7, recante misure urgenti per il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale, nonché proroga delle missioni internazionali delle Forze armate e di polizia, iniziative di cooperazione allo sviluppo e sostegno ai processi di ricostruzione e partecipazione alle iniziative delle Organizzazioni internazionali per il consolidamento dei processi di pace e di stabilizzazione, è convertito in legge con le modificazioni riportate in allegato alla presente legge.

2. La presente legge entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nella Gazzetta Ufficiale. La presente legge, munita del sigillo dello Stato, sarà inserita nella Raccolta ufficiale degli atti normativi della Repubblica italiana. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge dello Stato.

Avvertenza:

Il decreto-legge 18 febbraio 2015, n.7, è stato pubblicato nella Gazzetta Ufficiale – serie generale – n.44 del 19 febbraio 2015. A norma dell'art. 15, comma 5, della legge 23 agosto 1988, n.400 (Disciplina dell'attività di Governo e ordinamento della Presidenza del Consiglio di Ministri), le modifiche apportate dalla presente legge di conversione hanno efficacia dal giorno successivo a quello della sua pubblicazione.

Il testo del decreto-legge coordinato con la legge di conversione è pubblicato in questa stessa Gazzetta Ufficiale alla pag. 32.

Modificazioni apportate in sede di conversione al decreto-legge 18 febbraio 2017, n.7

All'articolo 1:

al comma 1, capoverso, le parole: “da tre a sei anni” sono sostituite dalle seguenti: “da cinque a otto anni”;

al comma 2, capoverso “Art. 270-quater.1”, dopo la parola:

“viaggi” sono inserite le seguenti: “in territorio estero” e le parole: “da tre a sei anni” sono sostituite dalle seguenti: “da cinque a otto anni”;

al comma 3:

alla lettera a), dopo la parola: “comportamenti” è inserita la seguente: “univocamente”;

alla lettera b), dopo le parole: “il fatto” sono inserite le seguenti: “di chi addestra o istruisce”;

dopo il comma 3 è aggiunto il seguente: “3-bis. La condanna per i delitti previsti dagli articoli 270-bis, 270-ter, 270-quater, 270-quater.1 e 270-quinquies del codice penale comporta la pena accessoria della perdita della potestà genitoriale quando è coinvolto un minore”.

All'articolo 2:

al comma 1, dopo la lettera b) è aggiunta la seguente: “b-bis) all'articolo 497-bis, primo comma, le parole: “è punito con la reclusione da uno a quattro anni” sono sostituite dalle seguenti: “è punito con la reclusione da due a cinque anni””;

dopo il comma 1 sono inseriti i seguenti:

“1-bis. Dopo l'articolo 234 del codice di procedura penale è inserito il seguente: “Art. 234-bis. – (Acquisizione di documenti e dati informatici). – 1. È sempre consentita l'acquisizione di documenti e

dati informatici conservati all'estero, anche diversi da quelli disponibili al pubblico, previo consenso, in quest'ultimo caso, del legittimo titolare”.

1-ter. Al codice di procedura penale sono apportate le seguenti modificazioni: a) all'articolo 380, comma 2, dopo la lettera m) e' aggiunta la seguente: “m-bis) delitti di fabbricazione, detenzione o uso di documento di identificazione falso previsti dall'articolo 497-bis del codice penale”; b) all'articolo 381, comma 2, la lettera m-bis) e' abrogata.

1-quater. All'articolo 226 delle norme di attuazione, di coordinamento e transitorie del codice di procedura penale, di cui al decreto legislativo 28 luglio 1989, n.271, sono apportate le seguenti modificazioni: a) al comma 1, primo periodo, dopo le parole: “quando sia necessario per l'acquisizione di notizie concernenti la prevenzione di delitti di cui all'articolo 407, comma 2, lettera a), n.4 e 51, comma 3-bis, del codice” sono aggiunte le seguenti: “, nonche' di quelli di cui all'articolo 51, comma 3-quater, del codice, commessi mediante l'impiego di tecnologie informatiche o telematiche”; b) dopo il comma 3 e' inserito il seguente: “3-bis. In deroga a quanto previsto dal comma 3, il procuratore puo' autorizzare, per un periodo non superiore a ventiquattro mesi, la conservazione dei dati acquisiti, anche relativi al traffico telematico, esclusi comunque i contenuti delle comunicazioni, quando gli stessi sono indispensabili per la prosecuzione dell'attivita' finalizzata alla prevenzione di delitti di cui al comma 1””;

al comma 2 e' aggiunto, in fine, il seguente periodo: “Il Ministro dell'interno riferisce sui provvedimenti adottati ai sensi del presente comma e dei commi 3 e 4 del presente articolo in un'apposita sezione della relazione annuale di cui all'articolo 113 della legge 1° aprile 1981, n.121”;

al comma 3, dopo le parole: “su richiesta dell'autorita' giudiziaria procedente,” sono inserite le seguenti: “preferibilmente effettuata per il tramite degli organi di polizia giudiziaria di cui al comma 2 dell'articolo 7-bis del decreto-legge 27 luglio 2005, n.144, convertito, con modificazioni, dalla legge 31 luglio 2005, n.155,”;

al comma 4: al primo periodo, dopo le parole: “il pubblico ministero ordina, con decreto motivato, “sono inserite le seguenti: “preferibilmente per il tramite degli organi di polizia giudiziaria di cui al comma 2 dell'articolo 7-bis del decreto-legge 27 luglio 2005, n.144, convertito, con modificazioni, dalla legge 31 luglio 2005, n.155,”;

dopo il primo periodo e' inserito il seguente: “In caso di contenuti generati dagli utenti e ospitati su piattaforme riconducibili a soggetti terzi, e' disposta la rimozione dei soli specifici contenuti illeciti”;

al terzo periodo sono aggiunte, in fine, le seguenti parole: “, garantendo comunque, ove tecnicamente possibile, la fruizione dei contenuti estranei alle condotte illecite”.

All'articolo 3:

al comma 1, capoverso “Art. 678-bis”, le parole: “euro 247” sono sostituite dalle seguenti: “euro 1.000”;

dopo il comma 3 sono aggiunti i seguenti:

“3-bis. Al fine di assicurare al Ministero dell'interno l'immediata raccolta delle informazioni in materia di armi, munizioni e sostanze esplodenti, i soggetti di cui agli articoli 35 e 55 del testo unico delle leggi di pubblica sicurezza, di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n.773, e successive modificazioni, nonche' le imprese di cui all'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 25 gennaio 2010, n.8, come da ultimo modificato dal comma 3-ter del presente articolo, comunicano tempestivamente alle questure territorialmente competenti le informazioni e i dati ivi previsti, avvalendosi di mezzi informatici o telematici, secondo modalita' e tempi stabiliti con decreto del Ministro dell'interno, sentito il Garante per la protezione dei dati personali, da adottare entro trenta giorni dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto.

3-ter. All'articolo 3 del decreto legislativo 25 gennaio 2010, n.8, e successive modificazioni, sono apportate le seguenti modificazioni: a) al comma 1, le parole: “A decorrere dal 5 aprile 2015, le imprese

sono tenute ad utilizzare” sono sostituite dalle seguenti: “Le imprese possono utilizzare”; b) il primo periodo del comma 2 e' sostituito dal seguente: “Ogni impresa istituisce un sistema di raccolta dei dati per gli esplosivi per uso civile, che comprende la loro identificazione univoca lungo tutta la catena della fornitura e durante l'intero ciclo di vita dell'esplosivo, ovvero puo' consorzarsi con altre imprese al fine di istituire e condividere un sistema di raccolta automatizzato dei dati relativi alle operazioni di carico e di scarico degli esplosivi che consenta la loro pronta tracciabilita', secondo quanto previsto dal comma 1”; c) al comma 5 e' aggiunto, in fine, il seguente periodo: “E' fatto obbligo alle imprese di provvedere alla verifica periodica del sistema di raccolta dei dati per assicurare la sua efficacia e la qualita' dei dati registrati, nonche' di proteggere i dati raccolti dal danneggiamento e dalla distruzione accidentali o dolosi”.

3-quater. Gli obblighi per le imprese, previsti dalle disposizioni di cui al comma 3-ter, si applicano dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto.

3-quinquies. Dall'attuazione delle disposizioni di cui ai commi 3-bis e 3-ter non devono derivare nuovi o maggiori oneri a carico del bilancio dello Stato.

3-sexies. All'articolo 31, primo comma, del testo unico di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n.773, e successive modificazioni, e' aggiunto, in fine, il seguente periodo: “Ai titolari della licenza di cui al periodo precedente e nell'ambito delle attivita' autorizzate con la licenza medesima, le autorizzazioni e gli adempimenti previsti dalla normativa vigente non sono richiesti per i caricatori di cui all'articolo 38, primo comma, secondo periodo”.

3-septies. All'articolo 38, primo comma, del testo unico di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n.773, e successive modificazioni, e' aggiunto, in fine, il seguente periodo: “La denuncia e' altresì necessaria per i soli caricatori in grado di contenere un numero superiore a 5 colpi per le armi lunghe e un numero superiore a 15 colpi per le armi corte, fermo restando quanto previsto dall'articolo 2, secondo comma, della legge 18 aprile 1975, n.110, e successive modificazioni”.

3-octies. All'articolo 697, primo comma, del codice penale, dopo le parole: “detiene armi o” sono inserite le seguenti: “caricatori soggetti a denuncia ai sensi dell'articolo 38 del testo unico di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n.773, e successive modificazioni, o”.

3-novies. Chiunque, a decorrere dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, detiene caricatori soggetti a denuncia ai sensi dell'articolo 38, primo comma, secondo periodo, del testo unico di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n.773, introdotto dal comma 3-septies del presente articolo, deve provvedere alla denuncia entro il 4 novembre 2015. Sono fatte salve le ipotesi di esclusione dall'obbligo di denuncia previste dal medesimo articolo 38, secondo comma.

3-decies. Dopo il comma 2 dell'articolo 13 della legge 11 febbraio 1992, n.157, e' inserito il seguente: “2-bis. In deroga a quanto previsto dai commi 1 e 2, l'attivita' venatoria non e' consentita con l'uso del fucile rientrante tra le armi da fuoco semiautomatiche somiglianti ad un'arma da fuoco automatica, di cui alla categoria B, punto 7, dell'allegato I alla direttiva 91/477/CEE del Consiglio, del 18 giugno 1991, nonche' con l'uso di armi e cartucce a percussione anulare di calibro non superiore a 6 millimetri Flobert”.

3-undecies. Alle armi escluse dall'uso venatorio ai sensi dell'articolo 13, comma 2-bis, della legge 11 febbraio 1992, n.157, introdotto dal comma 3-decies del presente articolo, detenute alla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, continuano ad applicarsi i limiti numerici sulla detenzione vigenti anteriormente alla medesima data. In caso di cessione, a qualunque titolo, delle armi medesime, si applicano i limiti detentivi di cui all'articolo 10, sesto comma, primo periodo, della legge 18 aprile 1975, n.110, e successive modificazioni”; alla rubrica sono aggiunte, in

fine, le seguenti parole: “e di quella della detenzione di armi comuni da sparo e dei relativi caricatori, nonché tracciabilità delle armi e delle sostanze esplodenti”.

Dopo l'articolo 3 e' inserito il seguente: “Art. 3-bis. – (Modifiche all'ordinamento penitenziario e al codice di procedura penale). – 1. All'articolo 4-bis, comma 1, della legge 26 luglio 1975, n.354, dopo le parole: “630 del codice penale,” sono inserite le seguenti: “all'articolo 12, commi 1 e 3, del testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero, di cui al decreto legislativo 25 luglio 1998, n.286, e successive modificazioni,”. 2. Al comma 2 dell'articolo 380 del codice di procedura penale, dopo la lettera m-bis), introdotta dall'articolo 2, comma 1-ter, lettera a), del presente decreto, e' aggiunta la seguente: “m-ter) delitti di promozione, direzione, organizzazione, finanziamento o effettuazione di trasporto di persone ai fini dell'ingresso illegale nel territorio dello Stato, di cui all'articolo 12, commi 1 e 3, del testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero, di cui al decreto legislativo 25 luglio 1998, n.286, e successive modificazioni”.

All'articolo 4:

al comma 1:

dopo la lettera b) e' inserita la seguente: “b-bis) all'articolo 17, comma 1, dopo le parole: “dal procuratore della Repubblica presso il tribunale del capoluogo di distretto ove dimora la persona,” sono inserite le seguenti: “dal procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo nell'esercizio delle funzioni previste dall'articolo 371-bis del codice di procedura penale,”; alla lettera d), capoverso “Art. 75-bis», il comma 1 e' sostituito dal seguente: “1. Il contravventore al divieto di espatrio conseguente all'applicazione delle misure di cui ai commi 1 e 2-bis dell'articolo 9 e' punito con la reclusione da uno a cinque anni”; alla rubrica, dopo le parole: “misure di prevenzione personali” sono inserite le seguenti: «e patrimoniali”.

Dopo l'articolo 4 e' inserito il seguente: “Art. 4-bis. - (Disposizioni in materia di conservazione dei dati di traffico telefonico e telematico). - 1. Al fine di poter agevolare le indagini esclusivamente per i reati di cui agli articoli 51, comma 3-quater, e 407, comma 2, lettera a), del codice di procedura penale, in deroga a quanto stabilito dall'articolo 132, comma 1, del codice di cui al decreto legislativo 30 giugno 2003, n.196, e successive modificazioni, e fermo restando quanto stabilito dall'articolo 123, comma 2, del medesimo codice, i dati relativi al traffico telefonico effettuato a decorrere dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto sono conservati dal fornitore fino al 31 dicembre 2016 per finalita' di accertamento e repressione dei reati. Per le medesime finalita' i dati relativi al traffico telematico effettuato a decorrere dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, esclusi comunque i contenuti della comunicazione, sono conservati dal fornitore fino al 31 dicembre 2016.

2. I dati relativi alle chiamate senza risposta, effettuate a decorrere dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, trattati temporaneamente da parte dei fornitori di servizi di comunicazione elettronica accessibile al pubblico oppure di una rete pubblica di comunicazione, sono conservati fino al 31 dicembre 2016.

3. Le disposizioni di cui ai commi 1 e 2 cessano di applicarsi a decorrere dal 1° gennaio 2017”.

All'articolo 5:

al comma 1: al secondo periodo, le parole: “puo' essere” sono sostituite dalla seguente: “e” e le parole: “non superiore a 200 unita” sono sostituite dalle seguenti: “non inferiore a 200 unita”; dopo il secondo periodo e' inserito il seguente: «A decorrere dal 30 giugno 2015, il predetto contingente puo' essere incrementato fino a 300 unita', compatibilmente con le complessive esigenze nazionali di ordine e sicurezza pubblica”;

al comma 2, le parole da: "Ai fini dell'attuazione del comma 1" fino a: "n.39, e, quanto a euro 14.830.629,00» sono sostituite dalle seguenti: "Ai fini dell'attuazione del comma 1 e' autorizzata la spesa di euro 30.469.870 per l'anno 2015 con specifica destinazione di euro 29.669.870 per il personale di cui al comma 74 dell'articolo 24 del decreto-legge 1° luglio 2009, n.78, convertito, con modificazioni, dalla legge 3 agosto 2009, n.102, e successive modificazioni, e di 0,8 milioni di euro per il personale di cui al comma 75 del medesimo articolo del predetto decreto-legge. Al relativo onere si provvede, quanto a euro 3.441.406, mediante corrispondente riduzione della dotazione del Fondo nazionale per le politiche e i servizi dell'asilo, di cui all'articolo 1-septies del decreto-legge 30 dicembre 1989, n.416, convertito, con modificazioni, dalla legge 28 febbraio 1990, n.39, quanto a euro 14.830.629, mediante utilizzo delle dotazioni finanziarie di parte corrente aventi la natura di spese rimodulabili ai sensi dell'articolo 21, comma 5, lettera b), della legge 31 dicembre 2009, n.196, iscritte nella missione "Fondi da ripartire", programma "Fondi da assegnare", dello stato di previsione del Ministero dell'interno e, quanto a euro 12.197.835," e le parole: "spese rimodulabili di cui all'articolo» sono sostituite dalle seguenti: "dotazioni finanziarie di parte corrente aventi la natura di spese rimodulabili ai sensi dell'articolo";

dopo il comma 3 sono aggiunti i seguenti: "3-bis. In relazione alle straordinarie esigenze di prevenzione e contrasto del terrorismo e al fine di assicurare la tutela degli interessi nazionali, e' autorizzata, fino al 30 settembre 2015, la spesa di euro 40.453.334 per il potenziamento del dispositivo aeronavale di sorveglianza e sicurezza nel Mediterraneo centrale. All'onere derivante dalla presente disposizione, per l'anno 2015, si provvede mediante corrispondente riduzione dell'autorizzazione di spesa di cui all'articolo 1, comma 1240, della legge 27 dicembre 2006, n.296. Il Governo riferisce alle competenti Commissioni parlamentari, entro il 15 giugno 2015, sugli sviluppi della situazione e sulle misure adottate ai sensi del presente comma.

3-ter. Allo scopo di garantire maggiore disponibilita' di personale per le esigenze connesse con il controllo del territorio e il contrasto del terrorismo, anche di matrice internazionale, l'Arma dei carabinieri, in deroga a quanto previsto dall'articolo 1, comma 264, della legge 23 dicembre 2014, n.190, nei limiti fissati dall'articolo 66, comma 9-bis, del decreto-legge 25 giugno 2008, n.112, convertito, con modificazioni, dalla legge 6 agosto 2008, n.133, e successive modificazioni, e' autorizzata ad anticipare al 15 aprile 2015 l'assunzione di 150 allievi carabinieri da trarre dai vincitori del concorso bandito nell'anno 2010 per il reclutamento di allievi carabinieri effettivi in ferma quadriennale, che abbiano concluso la ferma di quattro anni quali volontari nelle Forze armate.

3-quater. Le assunzioni di cui al comma 3-ter sono autorizzate in deroga alle modalita' previste dall'articolo 66, comma 10, del decreto-legge 25 giugno 2008, n.112, convertito, con modificazioni, dalla legge 6 agosto 2008, n.133.

3-quinquies. Ai maggiori oneri derivanti dall'attuazione del comma 3-ter del presente articolo, pari a euro 2.632.794 per l'anno 2015 e a euro 1.054.313 per l'anno 2016, si provvede mediante corrispondente riduzione delle dotazioni finanziarie di parte corrente aventi la natura di spese rimodulabili ai sensi dell'articolo 21, comma 5, lettera b), della legge 31 dicembre 2009, n.196, iscritte nello stato di previsione del Ministero della difesa.

3-sexies. Fermo restando quanto disposto dal codice della navigazione e dalla disciplina dell'Unione europea, con decreto del Ministro dell'interno, di concerto con il Ministro della difesa e con il Ministro delle infrastrutture e dei trasporti, da emanare, sentito l'Ente nazionale per l'aviazione civile (ENAC), entro centoventi giorni dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, sono disciplinate le modalita' di utilizzo, da parte delle Forze di polizia, degli aeromobili a pilotaggio remoto, comunemente denominati "droni", ai fini del controllo del territorio per finalita' di pubblica sicurezza, con particolare riferimento al contrasto del terrorismo e alla prevenzione dei reati di criminalita' organizzata e ambientale. All'attuazione del presente comma si provvede nell'ambito delle

risorse umane, finanziarie e strumentali disponibili a legislazione vigente e comunque senza nuovi o maggiori oneri a carico della finanza pubblica”.

Dopo l'articolo 5 e' inserito il seguente: “Art. 5-bis. - (Affidamento in custodia giudiziale di prodotti energetici sottoposti a sequestro). - 1. Al fine di potenziare l'attivita' di controllo del territorio per contrastare il terrorismo, anche internazionale, e di accrescere la sicurezza pubblica ed economico-finanziaria a tutela del bilancio pubblico, l'autorita' giudiziaria puo' affidare in custodia giudiziale alle Forze di polizia e al Corpo nazionale dei vigili del fuoco, ove ne facciano richiesta, per l'impiego nelle relative attivita', i prodotti energetici idonei alla carburazione e alla lubrificazione, sottoposti a sequestro penale per violazione degli articoli 40 e 49 del testo unico delle disposizioni legislative concernenti le imposte sulla produzione e sui consumi e relative sanzioni penali e amministrative, di cui al decreto legislativo 26 ottobre 1995, n.504, e successive modificazioni. Nel caso di dissequestro dei prodotti, all'avente diritto e' corrisposto un indennizzo calcolato sulla base del valore medio del prezzo al consumo, riferito al momento del sequestro, come rilevato periodicamente dal Ministero dello sviluppo economico ovvero, in mancanza, da pubblicazioni specializzate di settore”.

All'articolo 6:

al comma 1, lettera b), capoverso 2-quater, primo periodo, dopo le parole: “al procuratore generale di cui al comma 2” sono inserite le seguenti: “e al procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo”;

dopo il comma 1 e' aggiunto il seguente: “1-bis. All'articolo 18-bis, comma 5, della legge 26 luglio 1975, n.354, dopo le parole: “procuratore nazionale antimafia” sono inserite le seguenti: “e antiterrorismo” e le parole: “nell'articolo 51, comma 3-bis” sono sostituite dalle seguenti: “nell'articolo 51, commi 3-bis e 3-quater””;

alla rubrica sono aggiunte, in fine, le seguenti parole: “, e all'articolo 18-bis della legge 26 luglio 1975, n.354”.

Dopo l'articolo 6 sono inseriti i seguenti: “Art. 6-bis. - (Modifiche alla disciplina in materia di collaboratori di giustizia). - 1. Al decreto-legge 15 gennaio 1991, n.8, convertito, con modificazioni, dalla legge 15 marzo 1991, n.82, e successive modificazioni, sono apportate le seguenti modificazioni:

a) all'articolo 11: 1) al comma 2, le parole: “comma 3-bis” sono sostituite dalle seguenti: “commi 3-bis e 3-quater”, dopo le parole: “procuratore nazionale antimafia”, ovunque ricorrono, sono inserite le seguenti: “e antiterrorismo” e l'ultimo periodo e' soppresso; 2) al comma 4, le parole: “il parere del procuratore nazionale antimafia e” sono sostituite dalle seguenti: “il parere del procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo nonche” e dopo le parole: “il procuratore nazionale antimafia” sono inserite le seguenti: “e antiterrorismo”; 3) ai commi 5 e 6, dopo le parole: “procuratore nazionale antimafia”, ovunque ricorrono, sono inserite le seguenti: “e antiterrorismo”;

b) all'articolo 16-octies, comma 1, le parole: “procuratore nazionale antimafia o” sono sostituite dalle seguenti: “procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo e”;

c) all'articolo 16-nonies: 1) al comma 1, le parole: “sentiti i procuratori generali presso le corti di appello interessati a norma dell'articolo 11 del presente decreto o il procuratore nazionale antimafia” sono sostituite dalle seguenti: “sentito il procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo”; 2) al comma 2, al primo periodo, le parole: “i procuratori generali o il procuratore nazionale antimafia forniscono” sono sostituite dalle seguenti: “il procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo fornisce” e, al secondo periodo, la parola: “allegano” e' sostituita dalla seguente: “allega”.

Art. 6-ter. - (Modifica all'articolo 47 del decreto legislativo 21 novembre 2007, n.231). - 1. All'articolo 47, comma 1, lettera d), del decreto legislativo 21 novembre 2007, n.231, sono aggiunte, in fine, le seguenti parole: “o al terrorismo””.

All'articolo 7:

al comma 1, capoverso “Art. 53”, comma 3, le parole: “del Ministro dell'interno» sono sostituite dalle seguenti: “adottato dal Ministro dell'interno, previa comunicazione alle competenti Commissioni parlamentari,”.

All'articolo 8:

il comma 2 e' sostituito dal seguente: “2. Fino al 31 gennaio 2018:

a) non possono essere autorizzate, ai sensi dell'articolo 18 della legge 3 agosto 2007, n.124, condotte previste dalla legge come reato per le quali non e' opponibile il segreto di Stato a norma dell'articolo 39, comma 11, della medesima legge n.124 del 2007, ad eccezione delle fattispecie di cui agli articoli 270, secondo comma, 270-ter, 270-quater, 270-quater.1, 270-quinquies, 302, 306, secondo comma, e 414, quarto comma, del codice penale;

b) con le modalita' di cui all'articolo 23, comma 2, della legge 3 agosto 2007, n.124, e successive modificazioni, la qualifica di agente di pubblica sicurezza, con funzione di polizia di prevenzione, puo' essere attribuita anche al personale delle Forze armate, che non ne sia gia' in possesso, il quale sia adibito, ai sensi dell'articolo 12 della medesima legge n.124 del 2007, al concorso alla tutela delle strutture e del personale del Dipartimento delle informazioni per la sicurezza (DIS) o dei Servizi di informazione per la sicurezza;

c) le identita' di copertura, di cui all'articolo 24, comma 1, della legge 3 agosto 2007, n.124, possono essere utilizzate negli atti dei procedimenti penali di cui all'articolo 19 della medesima legge n.124 del 2007, dandone comunicazione con modalita' riservate all'autorita' giudiziaria procedente contestualmente all'opposizione della causa di giustificazione;

d) fermo restando quanto previsto dall'articolo 497, comma 2-bis, del codice di procedura penale, l'autorita' giudiziaria, su richiesta del direttore generale del DIS o dei direttori dell'Agenzia informazioni e sicurezza esterna (AISE) o dell'Agenzia informazioni e sicurezza interna (AISI), quando sia necessario mantenerne segreta la reale identita' nell'interesse della sicurezza della Repubblica o per tutelarne l'incolumita', autorizza gli addetti agli organismi di cui agli articoli 4, 6 e 7 della legge 3 agosto 2007, n.124, e successive modificazioni, a deporre in ogni stato o grado di procedimento con identita' di copertura”;

dopo il comma 2 e' aggiunto il seguente: “2-bis. E' affidato all'AISE il compito di svolgere attivita' di informazione, anche mediante assetti di ricerca elettronica, esclusivamente verso l'estero, a protezione degli interessi politici, militari, economici, scientifici e industriali della Repubblica italiana. Il Presidente del Consiglio dei ministri informa il Comitato parlamentare per la sicurezza della Repubblica con cadenza mensile circa le attivita' di ricerca elettronica”.

All'articolo 9:

al comma 1, lettera a), sono aggiunte, in fine, le seguenti parole: “e le parole: “nell'articolo 51 comma 3-bis” sono sostituite dalle seguenti: “nell'articolo 51, commi 3-bis e 3-quater””;

il comma 3 e' sostituito dal seguente: “3. All'articolo 117 del decreto del Presidente della Repubblica 22 settembre 1988, n.447, il comma 2-bis e' sostituito dal seguente: “2-bis. Il procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo, nell'ambito delle funzioni previste dall'articolo 371-bis accede al registro delle notizie di reato, al registro di cui all'articolo 81 del codice delle leggi antimafia e delle misure di

prevenzione, di cui al decreto legislativo 6 settembre 2011, n.159, nonché a tutti gli altri registri relativi al procedimento penale e al procedimento per l'applicazione delle misure di prevenzione. Il procuratore nazionale antimafia e antiterrorismo accede, altresì, alle banche di dati logiche dedicate alle procure distrettuali e realizzate nell'ambito della banca di dati condivisa della Direzione nazionale antimafia e antiterrorismo”;

al comma 4, lettera b), sono aggiunte, in fine, le seguenti parole: “ed è aggiunto, in fine, il seguente periodo: “In relazione ai procedimenti per i delitti di cui all'articolo 51, comma 3-quater, si avvale altresì dei servizi centrali e interprovinciali delle forze di polizia e impartisce direttive intese a regolarne l'impiego a fini investigativi”;

dopo il comma 4 sono aggiunti i seguenti: “4-bis. All'articolo 724, comma 2, del decreto del Presidente della Repubblica 22 settembre 1988, n.447, le parole: “comma 3-bis” sono sostituite dalle seguenti: “commi 3-bis e 3-quater”.

4-ter. All'articolo 727, comma 5-ter, del decreto del Presidente della Repubblica 22 settembre 1988, n.447, le parole: “comma 3-bis” sono sostituite dalle seguenti: “commi 3-bis e 3-quater” e dopo la parola: “antimafia” sono aggiunte le seguenti: “e antiterrorismo”.

All'articolo 12:

al comma 9, le parole: “dell'Islamic State in Iraq and the Levant (ISIL)” sono sostituite dalle seguenti: “del Daesh”.

All'articolo 13:

al comma 1, le parole: “30 settembre 2015” sono sostituite dalle seguenti: “14 febbraio 2015” e le parole: “euro 1.348.239” sono sostituite dalle seguenti: “euro 92.998”;

il comma 2 è soppresso;

al comma 3 è aggiunto, in fine, il seguente periodo: “Conclusa la missione in corso alla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto e comunque non oltre la data del 30 settembre 2015, la partecipazione dell'Italia alla predetta operazione sarà valutata, sentite le competenti Commissioni parlamentari, in relazione agli sviluppi della vicenda dei due fucilieri della Marina militare attualmente trattenuti in India”;

al comma 6, le parole: “30 settembre 2015” sono sostituite dalle seguenti: “31 marzo 2015”;

al comma 7, le parole: “30 settembre 2015” sono sostituite dalle seguenti: “31 marzo 2015” e le parole: “euro 448.766” sono sostituite dalle seguenti: “euro 147.945”.

All'articolo 14:

dopo il comma 6 è aggiunto il seguente: “6-bis. È autorizzata, per l'anno 2015, l'ulteriore spesa di euro 2.000.000 per l'ammissione di personale militare straniero alla frequenza di corsi presso istituti, scuole e altri enti militari con le modalità di cui all'articolo 573 del codice dell'ordinamento militare, di cui al decreto legislativo 15 marzo 2010, n.66”.

All'articolo 15:

al comma 4, primo periodo, le parole: “che partecipa alle” sono sostituite dalle seguenti: “impiegato nelle attività di cui all'articolo 5, comma 3-bis, e nelle”;

dopo il comma 6 sono aggiunti i seguenti: “6-bis. All'articolo 5 del decreto-legge 12 luglio 2011, n.107,

convertito, con modificazioni, dalla legge 2 agosto 2011, n.130, e successive modificazioni, sono apportate le seguenti modificazioni:

a) i commi 1, 2, 3, 6 e 6-bis sono abrogati;

b) al comma 4: 1) le parole: “e della partecipazione di personale militare alle operazioni di cui all'articolo 4, comma 13, del presente decreto” e le parole: “nei casi in cui non sono previsti i servizi di protezione di cui al comma 1 e” sono soppresse; 2) le parole: “individuate con il decreto di cui al comma 1” sono sostituite dalle seguenti: “soggette al rischio di pirateria, individuate con decreto del Ministro della difesa, sentiti i Ministri degli affari esteri e della cooperazione internazionale, dell'interno e delle infrastrutture e dei trasporti, tenuto conto dei rapporti periodici dell'Organizzazione marittima internazionale (IMO)”;

c) al comma 5, le parole: “30 giugno 2015” sono sostituite dalle seguenti: “30 giugno 2016”;

d) al comma 5-bis, le parole: “di cui al comma 1”, ovunque ricorrono, sono sostituite dalle seguenti: “di cui al comma 4”.

6-ter. All'articolo 111, comma 1, lettera a), del codice dell'ordinamento militare, di cui al decreto legislativo 15 marzo 2010, n.66, e successive modificazioni, le parole: “, anche con le modalita' di cui all'articolo 5, comma 1, del decreto-legge 12 luglio 2011, n.107, convertito, con modificazioni, dalla legge 2 agosto 2011, n.130” sono soppresse.

6-quater. Le disposizioni di cui ai commi 6-bis e 6-ter entrano in vigore il 1° giugno 2015.

6-quinquies. Ogniqualvolta siano impiegate nel contesto internazionale Forze di polizia a ordinamento militare, il Governo specifica nella relazione quadrimestrale, e comunque al momento dell'autorizzazione o della proroga della missione stessa, se i militari in oggetto rientrano sotto il comando della Gendarmeria europea (Eurogendfor”).

All'articolo 17:

dopo il comma 1 e' inserito il seguente: “1-bis. Il Ministro degli affari esteri e della cooperazione internazionale individua le misure volte ad agevolare l'intervento di organizzazioni non governative che intendano operare per i fini umanitari nei Paesi di cui al comma 1, coinvolgendo in via prioritaria le organizzazioni di comprovata affidabilita' e operativita' gia' operanti in loco”.

All'articolo 18:

al comma 4, le parole: “di un fondo per la campagna di promozione della candidatura italiana al Consiglio di Sicurezza delle Nazioni Unite” sono sostituite dalle seguenti: “di un fondo, con una dotazione di euro 500.000, per la campagna di promozione della candidatura italiana al Consiglio di Sicurezza delle Nazioni Unite, anche mediante il cofinanziamento di programmi di tirocinio curriculare presso uffici all'estero di cui all'articolo 30 del decreto del Presidente della Repubblica 5 gennaio 1967, n.18, e successive modificazioni, promossi da universita' o da altri istituti di istruzione universitaria abilitati al rilascio di titoli accademici a favore degli studenti dei corsi di laurea e di laurea magistrale o da enti di cui alla legge 28 dicembre 1982, n.948. Al tirocinante spetta un rimborso forfetario delle spese sostenute nella misura minima complessiva pari a 300 euro mensili; la quota a carico del Ministero degli affari esteri e della cooperazione internazionale puo' essere corrisposta in tutto o in parte in forma di facilitazioni o benefici non monetari. I programmi di tirocinio promossi dalle universita' partecipanti prevedono il riconoscimento di almeno due crediti formativi universitari per mese di attivita'”;

al comma 9, primo periodo, le parole: “euro 1.372.327” sono sostituite dalle seguenti: “euro 1.438.207”.

All'articolo 19:

dopo il comma 2 e' aggiunto il seguente: “2-bis. Nei casi di cui all'articolo 4, comma 1, del decreto-legge 1° gennaio 2010, n.1, convertito, con modificazioni, dalla legge 5 marzo 2010, n.30, nonche' di cui all'articolo 23-bis del decreto legislativo 30 marzo 2001, n.165, e successive modificazioni, il Ministero degli affari esteri e della cooperazione internazionale puo' collocare fuori ruolo funzionari appartenenti alla carriera diplomatica rispettivamente ai sensi della legge 27 luglio 1962, n.1114, e dell'articolo 274 del decreto del Presidente della Repubblica 5 gennaio 1967, n.18, e successive modificazioni, nell'ambito dei contingenti, con le modalita' e per gli effetti previsti dalle predette disposizioni. Il Ministero sospende la corresponsione della retribuzione in tutte le sue componenti a decorrere dal collocamento fuori ruolo”.

Al capo IV, dopo l'articolo 19 e' aggiunto il seguente: “Art. 19-bis. - (Disposizioni in materia di sicurezza dei viaggiatori). - 1. Il Ministero degli affari esteri e della cooperazione internazionale, avvalendosi anche del contributo informativo degli organismi di informazione ai sensi della legge 3 agosto 2007, n.124, rende pubblici, attraverso il proprio sito web istituzionale, le condizioni e gli eventuali rischi per l'incolumita' dei cittadini italiani che intraprendono viaggi in Paesi stranieri. 2. Il Ministero degli affari esteri e della cooperazione internazionale indica altresì, anche tramite il proprio sito web istituzionale, comportamenti rivolti ragionevolmente a ridurre i rischi, inclusa la raccomandazione di non effettuare viaggi in determinate aree. 3. Resta fermo che le conseguenze dei viaggi all'estero ricadono nell'esclusiva responsabilita' individuale di chi assume la decisione di intraprendere o di organizzare i viaggi stessi”.

All'articolo 20:

dopo il comma 5 e' inserito il seguente: “5-bis. Con decreto del Ministro della giustizia, previo parere del Consiglio superiore della magistratura, e' determinata, nell'ambito della dotazione organica complessiva del personale di magistratura, la pianta organica della Direzione nazionale antimafia e antiterrorismo, tenuto conto dell'istituzione di due posti di procuratore aggiunto”;

al comma 6: all'alinea, le parole: «euro 874.926.998» sono sostituite dalle seguenti: “euro 871.072.635”; alla lettera a), le parole: “euro 843.900.891” sono sostituite dalle seguenti: “euro 840.046.528”; alla lettera b), dopo le parole: “comma 273,” sono inserite le seguenti: “primo periodo,”; alla lettera c), dopo le parole: “comma 273,” sono inserite le seguenti: “primo periodo,”.

E. ÖSTERREICH

1. Strafbarkeit des Rekrutierens von Terroristen

1.1. Gesetzliche Grundlage

Die Strafbarkeit der Rekrutierung von Terroristen ist in Österreich gemäss der übernommenen Verpflichtung aus Artikel 6 des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung von Terrorismus“ vom 16. Mai 2005 kriminalisiert. Österreich hat dieses Übereinkommen am 15. Dezember 2009 ratifiziert.¹⁵⁰

Unter dem „Anwerben für terroristische Zwecke“ wird dort die Bestimmung einer anderen Person (1.) zur Begehung einer terroristischen Straftat, (2.) zu einer Beteiligung an einer derartigen Straftat oder (3.) zum Anschliessen an eine Vereinigung oder Gruppe, um zur Begehung einer oder mehrerer terroristischer Straftaten durch diese beizutragen, verstanden.¹⁵¹

Die **ersten beiden Varianten** werden im österreichischen Strafrecht durch § 12 StGB in Verbindung mit dem jeweiligen konkreten Delikt **kriminalisiert**. Danach sind sowohl die **Bestimmung zur Begehung** der Tat als auch die **Bestimmung zur Beteiligung** an einer Tat strafbar. Auch eine versuchte Bestimmung ist – im Gegensatz zu einer versuchten Beteiligung – strafbar, sodass die Strafbarkeit des Bestimmungstäters auch dann gegeben ist, wenn die Beteiligungshandlung des Bestimmten erfolglos bleibt.¹⁵² Bestimmungstäter ist, wer einen anderen zur Ausführung einer strafbaren Handlung veranlasst.¹⁵³

Die Delikte, die das österreichische Strafrecht als terroristische Straftaten ansieht, sind in § 278c Absatz 1 StGB aufgezählt. Darunter fallen **insbesondere auch Mord, Sachbeschädigungs- und vorsätzliche Gemeingefährungsdelikte sowie Luftpiraterie**. Damit eine Straftat jedoch als terroristische Straftat gilt, muss sie weitere Voraussetzungen erfüllen: (1.) Die Tat muss geeignet sein, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen und (2.) mit dem Vorsatz begangen werden, öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu stören, und darüber hinaus keine terroristische Straftat vorliegt, wenn (3.) sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet ist.

¹⁵⁰ Vergleiche das Gesamtverzeichnis der Unterschriften und des Ratifikationsstands des Übereinkommens, verfügbar unter http://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/196/signatures?p_auth=PQBFornt (18.11.2015).

¹⁵¹ Art. 6 Abs. 1 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung von Terrorismus; Regierungsvorlage (RV) vom 17.02.2009, Dokumentennummer REGV_COO_2026_100_2_511930, S. 5, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/RegV/REGV_COO_2026_100_2_511930/COO_2026_100_2_512952.pdf (18.11.2015).

¹⁵² Regierungsvorlage (RV) vom 17.02.2009, Dokumentennummer REGV_COO_2026_100_2_511930, S. 5, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/RegV/REGV_COO_2026_100_2_511930/COO_2026_100_2_512952.pdf (18.11.2015).

¹⁵³ E. Fabrizio, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 112. Lieferung, Wien 2014, § 12 StGB, Rn. 42.

Wegen der Anwendung der Bestimmungsvorschrift des § 12 StGB ist die Strafbarkeit des Bestimmungstäters freilich nicht allein auf die terroristischen Straftaten im Sinne des § 278c StGB beschränkt.

Die **dritte Variante**, das Anschliessen an eine Vereinigung oder Gruppe, um zur Begehung einer oder mehrerer terroristischer Straftaten durch diese beizutragen, kann hingegen nicht auf § 12 StGB gestützt werden.¹⁵⁴ Diese Variante wird vielmehr unter das **Sich-Beteiligen als Mitglied an einer terroristischen Vereinigung** nach den §§ 278b Absatz 2, 278 Abs. 3¹⁵⁵ StGB subsumiert. Es handelt sich beim Anwerben zwar weder um eine für sich genommen strafbare Handlung und auch nicht um das Bereitstellen von Informationen oder Vermögenswerten, jedoch um eine **Beteiligung auf andere Weise** im Sinne der Norm. Diese Generalklausel soll alle sonstigen Beteiligungshandlungen an den Aktivitäten der kriminellen Vereinigung erfassen, darunter auch das **Anwerben von Mitgliedern**, wie auch die **psychische Unterstützung** einzelner Mitglieder in ihrer Bereitschaft zur Ausführung von Vereinigungstaten,¹⁵⁶ wozu auch etwa die fixe Zusage eines Mitglieds reicht, auf jederzeitigem Abruf für einen Einsatz zur Verfügung zu stehen (sogenannte „Schläfer“)¹⁵⁷.

Eine terroristische Vereinigung ist gemäss § 278b Absatz 3 StGB ein Zusammenschluss von mehr als zwei Personen zum Zwecke der Begehung von terroristischen Straftaten im Sinne des § 278c Absatz 1 StGB oder von Terrorismusfinanzierung im Sinne des § 278d Absatz 1 StGB. Terrorismusfinanzierung im Sinne der Norm ist das vorsätzliche Bereitstellen oder Sammeln von Vermögenswerten, die zur Ausführung einer Straftat gemäss dem Katalog des § 278d Absatz 1 StGB verwandt werden. Dieser Katalog geht über den des § 278c Absatz 1 StGB hinaus und enthält nicht dessen zusätzliche, enge Voraussetzungen¹⁵⁸ und eröffnet der Definition der terroristischen Vereinigung damit einen weitaus grösseren Anwendungsbereich.

Straftaten, die weder vom Katalog des § 278c Absatz 1 StGB noch von dem des § 278d Absatz 1 StGB erfasst sind, können darüber hinaus über den Straftatbestand der **Beteiligung in einer kriminellen**

¹⁵⁴ Regierungsvorlage (RV) vom 17.02.2009, Dokumentennummer REGV_COO_2026_100_2_511930, S. 5, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/RegV/REGV_COO_2026_100_2_511930/COO_2026_100_2_512952.pdf (18.11.2015).

¹⁵⁵ § 278 Abs. 3 StGB: „Als Mitglied beteiligt sich an einer kriminellen Vereinigung, wer im Rahmen ihrer kriminellen Ausrichtung eine strafbare Handlung begeht oder sich an ihren Aktivitäten durch die Bereitstellung von Informationen oder Vermögenswerten oder auf andere Weise in dem Wissen beteiligt, dass er dadurch die Vereinigung oder deren strafbare Handlungen fördert.“

¹⁵⁶ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278 StGB, Rn. 39.

¹⁵⁷ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278b StGB, Rn. 11.

¹⁵⁸ Nach diesen muss (1.) die Tat geeignet sein, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen und (2.) mit dem Vorsatz begangen werden, öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu stören, und darüber hinaus keine terroristische Straftat vorliegt, wenn (3.) sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet ist.

Vereinigung nach § 278 Absatz 3 StGB bestraft werden. Dieser Norm kommt insoweit eine **Auffangfunktion** zu.¹⁵⁹ Jede terroristische Vereinigung ist auch eine kriminelle Vereinigung.¹⁶⁰

1.2. Aktiv rekrutieren und passiv rekrutiert werden

Die Strafbarkeit betrifft sowohl das aktive Rekrutieren in Form des **Bestimmens** und des sonstigen **Anwerbens zur Mitgliedschaft** in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung als auch das passive Rekrutiert-Werden. Erfasst sind alle Versuchshandlungen, unabhängig davon, ob sie erfolgreich sind oder nicht.

Die passive Rekrutierung ist in Form der Beteiligung an terroristischen oder kriminellen Vereinigungen nach § 278b Absatz 2 beziehungsweise § 278 Absatz 3 StGB mit Sanktion bedroht, da sich eine Person bereits mit ihrer **Zusage zur Unterstützung strafbar** machen kann. So hat der Oberste Gerichtshof bereits die konkrete Zusage an eine Kämpfer rekrutierende Person im Zusammenhang mit der erfolgten Abreise in Richtung der Kampfgebiete als Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Vereinigung auf sonstige Weise im Sinne der §§ 278b Absatz 2, 278 Absatz 3 StGB gewertet, nämlich als **psychische Unterstützung** der Mitglieder der terroristischen Vereinigung, die dergestalt bis zum tatsächlichen Eintreffen des Zusagenden in den Kampfgebieten mit alsbaldiger Verstärkung und der konkreten Unterstützung im bewaffneten Kampf rechnen konnten.¹⁶¹

1.3. Strafe

Die **Bestimmung** zur Begehung an einer terroristischen Straftat (§§ 12, 278c Absatz 1 StGB) wird **wie die Tat selbst bestraft**, wobei aber § 278c Absatz 2 StGB das **Höchstmass der jeweiligen Strafe um die Hälfte**, höchstens aber auf 20 Jahre, **erhöht**. Es handelt sich dabei um keine fakultativ anzuwendende Strafbemessungsvorschrift, sondern um die Festlegung eines eigenen Strafsatzes für terroristische Straftaten.¹⁶² Der Strafraumen würde sich demnach bei Mord (§ 75 StGB) von ursprünglich 10-20 Jahren nicht weiter erhöhen, während der der einfachen Körperverletzung (§ 83 StGB) von Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen auf Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 540 Tagessätzen erhöhen.¹⁶³ Indes ist die Strafraumverschiebung nach § 278c Absatz 3 StGB **nicht anzuwenden**, wenn die Tat auf die **Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer oder rechtsstaatlicher Verhältnisse** oder die Ausübung oder **Wahrung von Menschenrechten** ausgerichtet war. Sie gilt dann nicht als terroristische Straftat im Sinne des § 278c Absatz 1 StGB.

Erfolgt die Bestimmung zu einer Tat nach § 278d Absatz 1 StGB, so erstreckt sich der Strafraum von einem bis zu zehn Jahren. Jedoch ist diese Vorschrift **formell subsidiär**, wie es ihr Absatz 2 bestimmt.

¹⁵⁹ RV vom 20.04.2010, Dokumentennummer REGV_COO_2026_100_2_591319, S. 4, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/RegV/REGV_COO_2026_100_2_591319/COO_2026_100_2_593825.pdf (18.11.2015).

¹⁶⁰ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278 StGB, Rn. 67.

¹⁶¹ Oberster Gerichtshof (OGH), Entscheid vom 19.11.2014, Az. 12 Os 143/14t, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20141119_OGH0002_0120OS00143_14T0000_000 (23.11.2015).

¹⁶² F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278c StGB, Rn. 25.

¹⁶³ Das Höchstmass der Tagessätze ergibt sich aus dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuches und beträgt grundsätzlich zwar nur 360 Tagessätze, kann aber durch Vorschriften wie § 39 Absatz 1 StGB (Strafschärfung bei Rückfall) oder eben § 278c Absatz 2 StGB erhöht werden; vgl. R. Lässig, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 40. Lieferung, Wien 2010, § 19, Rn. 6.

Danach ist der/die Täter/in dann nicht nach ihr zu bestrafen, wenn die Tat nach einer anderen Bestimmung mit schwererer Strafe bedroht ist.

Die Bestimmung zu einer Straftat, die weder nach § 278c noch nach § 278d StGB pönalisiert ist, unterliegt keiner zwingenden Strafrahmenschiebung. Es können lediglich solche Strafrahmenschiebungen in Betracht kommen, die keinen speziellen Bezug zu terroristischer Kriminalität haben, wie etwa § 39 Absatz 1 StGB (Strafschärfung bei Rückfall).

Die Tatsache, dass der/die Bestimmende bei der konkreten Tatausführung meist nur eine untergeordnete Rolle spielt, wird bei der Strafzumessung in der Regel über die §§ 32 Absatz 2, 34 Absatz 1 Ziffer 6 StGB berücksichtigt.¹⁶⁴ Nach § 32 Absatz 2 StGB sind bei der Zumessung der Strafe unter anderem **Erschwerungs- und Milderungsgründe** in die Abwägung mit einzubeziehen. Ein solcher **Milderungsgrund** liegt nach § 34 Absatz 1 Ziffer 6 StGB vor, wenn der Täter an einer von mehreren begangenen strafbaren Handlungen nur in **untergeordneter Weise** beteiligt war. Möglich wäre je nach konkreter Konstellation auch der Milderungsgrund des § 34 Absatz Ziffer 4 StGB, wenn der Bestimmende die Tat unter der **Einwirkung eines Dritten** oder aus **Furcht oder Gehorsam** verübt hat. Insbesondere in einer hierarchischen Organisation erscheint vorstellbar, dass auch die Rekrutierung trotz eigener Vorbehalte allein aus Gehorsam erfolgt.

Gleichzeitig werden regelmässig gegen eine Person, die andere anwirbt oder rekrutiert, die **Erschwerungsgründe** des § 33 Absatz 1 Ziffern 3 und 4 StGB sprechen.¹⁶⁵ Danach liegt ein Erschwerungsgrund vor, wenn der Täter einen anderen **zu einer Handlung verführt** beziehungsweise der **Urheber oder Anstifter einer von mehreren begangenen strafbaren Handlung** gewesen ist oder an einer solchen Tat führend beteiligt gewesen ist.

Die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung ist schliesslich mit **Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren** zu bestrafen (§ 278b Absatz 2 StGB), während die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung mit **Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren** zu bestrafen ist (§ 278 Absatz 1 StGB).

1.4. Statistiken

Die „Bundesanstalt Statistik“ veröffentlicht jährlich eine Verurteilungsstatistik; die aktuellste erfasst das Jahr 2014.¹⁶⁶ Sie enthält allerdings keine Daten über die Strafbarkeit wegen Beteiligung an einer Straftat. Deshalb sind sie teilweise nur bedingt aussagekräftig. Ferner nennt sie nur die Norm, nach der verurteilt worden ist, trifft aber keine Unterscheidung nach Absatz, Satz oder Ziffer.

Wegen § 278 StGB sind im Jahr 2014 46 Personen verurteilt worden. Da dieser Norm in Bezug auf terroristische Straftaten aber nur eine Auffangfunktion zukommt,¹⁶⁷ erscheint es aber wahrscheinlich, dass äusserstenfalls einige wenige solcher Verurteilungen hierauf entfallen, sodass es sich auch insoweit nicht um aussagekräftige Daten handelt.

Wegen § 278b StGB ist eine, wegen § 278c oder § 278d StGB keine Person verurteilt worden.

¹⁶⁴ E. Fabrizio, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 112. Lieferung, Wien 2014, § 12 StGB, Rn. 117.

¹⁶⁵ E. Fabrizio, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 112. Lieferung, Wien 2014, § 12 StGB, Rn. 117.

¹⁶⁶ Verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/kriminalitaet/index.html (20.11.2015).

¹⁶⁷ Siehe oben Punkt 1.1.

2. Strafbarkeit des Ausbildens von Terroristen

2.1. Gesetzliche Grundlage

Im Vorfeld terroristischer Straftaten werden vorbereitende Handlungen durch zwei Bestimmungen kriminalisiert. § 278e StGB bestraft die klassische Ausbildungssituation zwischen Lehrer und Schüler, während § 278f StGB die Möglichkeit des Selbststudiums durch Zur-Verfügung-Stellen und Sich-Verschaffen von Informationen zur Begehung terroristischer Straftaten unter Strafe stellt.

2.1.1. § 278e StGB

Die Ausbildung für den Terrorismus ist in Österreich gemäss § 278e StGB strafbar. Die Norm dient der Umsetzung des mit 1. April 2010 in Kraft getretenen Übereinkommens des Europarats zu Verhütung des Terrorismus und des Rahmenbeschlusses 2008/919/JI zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung, die Kriminalisierungsverpflichtungen für diverse strafbare Handlungen im Vorfeld von terroristischer Kriminalität vorsehen.¹⁶⁸

Die Norm stellt das **Unterweisen und das Sich-Unterweisen-Lassen** im Gebrauch von Sprengstoff, Schuss- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder Methoden zur Begehung einer terroristischen Straftat im Sinne des § 278c Absatz 1 StGB unter Strafe. Der Begriff „Unterweisen“ beschreibt das Unterrichten in den deliktsspezifischen Fähigkeiten, während das „Sich-Unterweisen-Lassen“ mehr als bloss ein Hinnehmen fremder Bemühungen ist; es bedeutet ein aktives, auf den Erwerb von Kenntnissen gerichtetes Tun.¹⁶⁹

Es handelt sich bei der Norm nach ihrer Konzeption um ein **selbstständiges Vorbereitungsdelikt**, das auf die Pönalisierung von im Vorfeld terroristischer Anschläge gelegenen Handlungen gerichtet ist, die sowohl nach objektiven als auch nach subjektiven Kriterien dazu dienen, terroristische Straftaten vorzubereiten. Damit soll vor allem das Vermitteln von Kenntnissen mit dem Ziel, eine terroristische Straftat auszuführen oder zur Ausführung beizutragen, unter Strafe gestellt werden. **Geschütztes Rechtsgut** ist primär der **öffentliche Frieden**, der eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der meisten höchstpersönlichen Rechtsgüter und das ungestörte Zusammenleben der Staatsbürger ist.¹⁷⁰

2.1.2. § 278f StGB

Entsprechend den oben genannten Übereinkommen soll darüber hinaus § 278f StGB **eine weitere Handlung im Vorfeld terroristischer Kriminalität unterbinden**, nämlich dass potenzielle Terroristen die für einen Terrorakt notwendigen **Kenntnisse und Fähigkeiten erlangen**.¹⁷¹ Im Gegensatz zu § 278e StGB, der eine klassische Schulungssituation erfordert, zielt § 278f StGB auf Situationen des Zur-Verfügung-Stellens von Informationen als Anleitung zur Begehung terroristischer Straftaten mit den in § 278e StGB angeführten Mitteln beziehungsweise das Selbststudium von Medienwerken beziehungsweise von Informationen aus dem Internet ab.¹⁷²

¹⁶⁸ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278e StGB, Rn. 1.

¹⁶⁹ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278e StGB, Rn. 13.

¹⁷⁰ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278e StGB, Rn. 1.

¹⁷¹ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 1.

¹⁷² F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 1.

Wie bei § 278e StGB handelt es sich bei den beiden Absätzen des § 278f StGB um zwei selbstständige, nicht austauschbare Tatbestände,¹⁷³ von denen Absatz 1 das Bereitstellen von Informationen und Absatz 2 das Verschaffen dieser Informationen bestraft.

Ein Medienwerk entspricht § 1 Absatz 1 Ziffer 1 des Mediengesetzes und ist demnach ein zur Verbreitung an einen grösseren Personenkreis bestimmter, in einem Massenherstellungsverfahren in Medienstücken vervielfältigter Träger von Mitteilungen oder Darbietungen mit gedanklichem Inhalt.¹⁷⁴

Tatbestandsessentiell ist auch, dass das Medienwerk nach seinem Inhalt **dazu bestimmt** ist, **zur Begehung einer terroristischen Straftat** mit den im § 278e StGB genannten Mitteln **anzuleiten**. Die Anleitung muss in einem Medienwerk oder einer Information im Internet enthalten sein. Mit Anleiten sind **unterweisende Darlegungen** gemeint, die konkrete Kenntnisse vermitteln, wie eine oder mehrere der im Katalog des § 278c Absatz 1 Ziffer 1 bis 9 oder 10 aufgelisteten terroristischen Straftaten begangen werden kann. Anleiten liegt **unterhalb der Schwelle der Anstiftung**.¹⁷⁵

Der Hinweis „nach seinem Inhalt dazu bestimmt“ stellt klar, dass die auf Anleitung zu Begehung einer der angeführten Katalogtaten gerichtete Zweckbestimmung aus dem inhaltlichen Gesamtzusammenhang unter Ausserachtlassung der vordergründigen Einkleidung zu ermitteln ist. Massgebend ist **ausschliesslich der objektive Inhalt** des Medienwerkes oder der Internetinformation. Bei Ermittlung der Zielrichtung kommt es auch nicht auf den vordergründigen Wortlaut des Medienwerkes oder der Internetinformation an. Erfasst werden vielmehr auch Fälle, in denen die tatanleitende Bestimmung durch geschickte Formulierungen oder scheinbar distanzierende oder relativierende Hinweise verschleiert wird, etwa bei scheinbar neutral gefassten Tatsachenberichten oder theoretischen Abhandlungen über terroristische Straftaten und dabei anzuwendender Methoden, bei denen die Art der Darstellung bei verständiger Würdigung des eigentlichen Sinn- und Bedeutungsgehalts auf Grund inhaltlicher Gesamtschau dem verständigen Leser erkennbar nur der Tarnung der verfolgten Ziele dient. Die beschriebene Zielrichtung muss nicht der hauptsächliche Zweck des Medienwerkes sein.¹⁷⁶

Tathandlungen sind das **Anbieten**¹⁷⁷ und das **Zugänglich-Machen**¹⁷⁸ in Absatz 1 sowie das **Sich-Verschaffen**¹⁷⁹ in Absatz 2.

¹⁷³ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 1.

¹⁷⁴ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 5.

¹⁷⁵ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 6.

¹⁷⁶ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 6.

¹⁷⁷ Anbieten ist die einseitige, ausdrückliche oder konkludente, nicht empfangsbedürftige, mündliche oder schriftliche Erklärung, zur Überlassung oder Vermittlung eines Medienwerkes oder einer Information im Wege des Internets bereit zu sein; F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 14.

¹⁷⁸ Zugänglich machen kann sowohl in der Aushändigung körperlicher Gegenstände als auch in der Schaffung einer blossen Wahrnehmungsmöglichkeit erfolgen. Beim Einspeisen ins Internet ist der Nachweis des Zugriffs von Internetnutzern nicht erforderlich, denn die blosser Möglichkeit eines solchen genügt; F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 15.

¹⁷⁹ Sich Verschaffen bedeutet, das Medienwerk oder die Information in seinen Gewahrsam bringen, etwa indem die Informationen aus dem Internet heruntergeladen und auf einen Datenträger abgespeichert werden; F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 16.

Subjektiv ist neben dem Vorsatz in Absatz 1 auch gefordert, dass das Anbieten oder Zugänglichmachen in einer Art geschieht, um zur Begehung einer terroristischen Straftat **aufzureizen**. Aufreizen bedeutet, anderen den Entschluss zur Begehung zumindest einer terroristischen Straftat emotionell besonders nahe zu legen. Hierfür ist wegen der Formulierung „um zu“ die Absicht des/der Täter/in erforderlich.¹⁸⁰

2.2. Aktiv ausbilden und passiv ausgebildet werden

Die Strafbarkeit nach § 278e StGB bezieht sich sowohl auf die **aktive Ausbildung als auch auf das passive Ausgebildet-Werden**. Die Norm enthält zwei selbstständige, nicht austauschbare Tatbestände mit zwei unterschiedlichen Strafsätzen. Sie stellt auf eine klassische Schulungs- oder Ausbildungssituation ab, wobei Absatz 1 den „**Lehrer/Trainer**“ – also die aktive Ausbildungssituation – und Absatz 2 den „**Schüler**“ – also die passive Ausbildungssituation – erfasst. Es handelt sich um ein schlichtes Tätigkeitsdelikt,¹⁸¹ sodass ein Taterfolg in Form einer abgeschlossenen Ausbildung nicht erforderlich ist.

Für § 278f StGB gilt Entsprechendes. Sein Absatz 1 ist auf die aktive Bereitstellung von Informationen gerichtet, während Absatz 2 zwar auch durch das Sich-Verschaffen ein Tätigwerden erfordert, in Bezug auf die Informationen aber eine passive „Schüler“-Rolle bestraft.

2.3. Strafe

Für die Tat nach § 278e Absatz 1 StGB ist die Strafe eine **Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren**. Für jene nach Absatz 2 liegt die **Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und fünf Jahren**.

§ 278f Absatz 1 und 2 StGB bestraft beide Handlungsalternativen mit **Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren**.

Eine Geldstrafe ist jeweils nicht vorgesehen.

2.4. Statistiken

In der Verurteilungsstatistik der „Bundesanstalt Statistik“¹⁸² erscheint weder § 278e noch § 278f StGB für das Jahr 2014, obwohl die Normen im Jahr 2010¹⁸³ beziehungsweise 2011¹⁸⁴ in das Gesetz aufgenommen wurden. Die Publikation nennt keinen Grund für diese Tatsache. Jedoch werden auch Verurteilungen nach den §§ 219-220b StGB nicht genannt, obwohl etwa § 219 am 1. Januar 1975 in Kraft trat¹⁸⁵. Eine mögliche Erklärung hierfür wäre, dass die Statistik diejenigen Paragraphen ausspart, nach denen keine Verurteilung erfolgt ist. Demnach wäre 2014 niemand wegen § 278e oder § 278f StGB verurteilt worden. Im Jahr 2013 gab es eine Verurteilung wegen § 278f StGB.

¹⁸⁰ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278f StGB, Rn. 17.

¹⁸¹ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278e StGB, Rn. 2.

¹⁸² Verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/kriminalitaet/index.html (20.11.2015).

¹⁸³ [BGBl. I Nr. 108/2010](#).

¹⁸⁴ BGBl. I Nr. 103/2011.

¹⁸⁵ [BGBl. Nr. 60/1974](#).

3. Strafbarkeit terroristisch motivierter Reisen und von deren Finanzierung

Terroristisch motiviertes Reisen und deren Finanzierung ist in Österreich **strafbar**. Anders als etwa in Deutschland hat der Nationalrat keine ausdrückliche Bestimmung eingeführt, sondern man subsumiert die entsprechenden Tathandlungen unter bestehende Strafnormen.

3.1. Terroristisch motivierte Reisen

Nach obergerichtlicher und höchstrichterlicher Rechtsprechung ist das Ausreisen, um terroristische Handlungen zu begehen, zu planen, vorzubereiten oder sich daran zu beteiligen oder um Terroristen auszubilden oder um sich zu Terroristen ausbilden zu lassen (Absatz 6 (a) der Resolution 2178 der Vereinten Nationen) von den §§ 278b Absatz 2, 278 Absatz 3 StGB umfasst, die das **Sich-Beteiligen an einer terroristischen Vereinigung** unter Strafe stellen.

Die Bestimmung verweist wegen des Begriffs des Sich-Beteiligens auf die Legaldefinition in § 278 Absatz 3 StGB.¹⁸⁶ Die terroristische Ausreise fällt dabei nicht unter das Begehen einer strafbaren Handlung oder das Bereitstellen von Informationen oder Vermögenswerten, sondern unter die als Generalklausel ausgestaltete **dritte Variante**. Diese erfasst alle sonstigen Beteiligungshandlungen an den Aktivitäten der kriminellen Vereinigung wie neben vielen anderen Tätigkeiten etwa die Erledigung logistischer Aufgaben oder das Leisten von Kurier- oder Transportdiensten.¹⁸⁷

Die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung wird mit **Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren** bestraft (§ 278b Absatz 2 StGB).

Es liegen mehrere Entscheidungen vor, die auch die Ausreise zum Zwecke der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung darunter subsumiert haben. So wertete der **Oberste Gerichtshof** es als Beteiligen an einer terroristischen Vereinigung im Sinne der §§ 278b Absatz 2, 278 Absatz 3 StGB, als eine Person **gemeinsam mit mehreren anderen in einem organisierten Zusammenschluss zu einer Reisegruppe einen Pkw bestieg** und die Ausreise aus Österreich in Richtung Ungarn mit dem **Ziel Syrien** in Angriff nahm, um sich dort am bewaffneten Dschihad zu beteiligen, wobei sie mit dem Wissen handelte, durch seine Beteiligung **die Vereinigung oder deren Kampfhandlungen zu fördern**.¹⁸⁸ Denn mit dem geplanten Zusammenschluss zur Teilnahme an den Kämpfen in Syrien seien die Ziele der Vereinigung und deren strafbare Handlungen gefördert sowie deren Infrastruktur gestärkt worden.¹⁸⁹

Entsprechend entschied das **Oberlandesgericht Linz** im Februar 2015, als es die Ausreise zweier Frauen in Richtung Syrien zum Zwecke der Heirat ihnen unbekannter Söldner des Islamischen Staats unter den Begriff des Sich-Beteiligens subsumierte.¹⁹⁰ Wegen der Bereitschaft der Frauen, **für diese Männer zu**

¹⁸⁶ § 278 Abs. 3 StGB: „Als Mitglied beteiligt sich an einer kriminellen Vereinigung, wer im Rahmen ihrer kriminellen Ausrichtung eine strafbare Handlung begeht oder sich an ihren Aktivitäten durch die Bereitstellung von Informationen oder Vermögenswerten oder auf andere Weise in dem Wissen beteiligt, dass er dadurch die Vereinigung oder deren strafbare Handlungen fördert.“

¹⁸⁷ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278 StGB, Rn. 39.

¹⁸⁸ Oberster Gerichtshof (OGH), Entscheid vom 19.11.2014, Az. 12 Os 143/14t, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20141119_OGH0002_0120OS00143_14T0000_000 (23.11.2015).

¹⁸⁹ Oberster Gerichtshof (OGH), Entscheid vom 19.11.2014, Az. 12 Os 143/14t, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20141119_OGH0002_0120OS00143_14T0000_000 (23.11.2015).

¹⁹⁰ Oberlandesgericht Linz, Entscheid vom 12.02.2015, Az. 8 Bs 15/15k, verfügbar unter

sorgen und bei dessen Tod einen anderen zu heiraten, sah das Gericht jene Handlungen als erfüllt, welche fallkonkret der Schaffung einer Infrastruktur dienen, durch die die **Erreichung des kriminellen Ziels der Vereinigung gefördert** wird.¹⁹¹ Im Zusammenhang mit der erfolgten Abreise in Richtung der Kampfgebiete hätten die beiden Frauen Mitglieder der terroristischen Vereinigung Islamischer Staat **psychisch unterstützt**, denn es hätten zumindest die mit ihnen damals „verheirateten“ Kämpfer auf deren Beistand und Zuwendung in Kampfpausen als Bonifikation für erfolgreiches Kampfgeschehen zählen können.¹⁹² Bereits mit erfolgter Abreise der Frauen in Richtung der in Syrien kämpfenden „Ehemänner“ liege die vollendete Begehung des in Rede stehenden Verbrechens nahe.¹⁹³

Der Oberste Gerichtshof wertete zudem **bereits die konkrete Zusage** an eine Kämpfer rekrutierende Person im Zusammenhang mit der erfolgten Abreise in Richtung der Kampfgebiete als **Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Vereinigung** auf sonstige Weise im Sinne der §§ 278b Absatz 2, 278 Absatz 3 StGB, nämlich als **psychische Unterstützung** der Mitglieder der terroristischen Vereinigung, die dergestalt bis zum tatsächlichen Eintreffen des Zusagenden in den Kampfgebieten mit alsbaldiger Verstärkung und der konkreten Unterstützung im bewaffneten Kampf rechnen konnten.¹⁹⁴ Die Tat ist daher nicht erst im Zeitpunkt des Aufbruchs, sondern bereits mit Zusage der Unterstützung vollendet.

3.2. Finanzierung terroristisch motivierter Reisen

Die Finanzierung terroristisch motivierter Reisen ist wie das terroristisch motivierte Reisen gemäss § 278b Absatz 2 in Verbindung mit § 278 Absatz 3 StGB **strafbar**. § 278 Absatz 3 StGB¹⁹⁵ zählt ausdrücklich auch das **Bereitstellen von Vermögenswerten** zum Begriff des Sich-Beteiligens an einer kriminellen Vereinigung. Eine Erheblichkeitsschwelle sieht diese Bestimmung nicht vor. Unter Vermögenswerten sind **jegliche Art von Vermögensgegenständen** zu verstehen, also materielle, immaterielle, bewegliche oder unbewegliche Gegenstände, Schriftstücke oder Urkunden jeder Form, die das Recht auf solche Vermögensgegenstände oder Rechte daran belegen, etwa Bankkredite, Reiseschecks, Bankschecks, Zahlungsanweisungen, Aktien, Wertpapiere, Schuldverschreibungen sowie Wechsel und Akkreditive.¹⁹⁶

Bereitstellen bedeutet, dass der/die Täter/in einem/einer Dritten, also einer terroristischen Vereinigung beziehungsweise einem Mitglied einer solchen, Vermögenswerte zur sofortigen und

https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20150212_OLG0459_0080BS00015_15K0000_000
(23.11.2015).

¹⁹¹ Oberlandesgericht Linz, Entscheid vom 12.02.2015, Az. 8 Bs 15/15k, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20150212_OLG0459_0080BS00015_15K0000_000
(23.11.2015).

¹⁹² Oberlandesgericht Linz, Entscheid vom 12.02.2015, Az. 8 Bs 15/15k, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20150212_OLG0459_0080BS00015_15K0000_000
(23.11.2015).

¹⁹³ Oberlandesgericht Linz, Entscheid vom 12.02.2015, Az. 8 Bs 15/15k, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20150212_OLG0459_0080BS00015_15K0000_000
(23.11.2015).

¹⁹⁴ OGH, Entscheid vom 19.11.2014, Az. 12 Os 143/14t, verfügbar unter https://rdb.manz.at/document/ris.just.JJT_20141119_OGH0002_0120OS00143_14T0000_000
(23.11.2015).

¹⁹⁵ § 278 Abs. 3 StGB: „Als Mitglied beteiligt sich an einer kriminellen Vereinigung, wer im Rahmen ihrer kriminellen Ausrichtung eine strafbare Handlung begeht oder sich an ihren Aktivitäten durch die Bereitstellung von Informationen oder Vermögenswerten oder auf andere Weise in dem Wissen beteiligt, dass er dadurch die Vereinigung oder deren strafbare Handlungen fördert.“

¹⁹⁶ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278d StGB, Rn. 3.

uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung stellt, ihm/ihr also die jederzeit effektuierbare, faktische Verfügungsmacht darüber einräumt.¹⁹⁷

Es kommt also nicht darauf an, ob der/die Täter/in die Vermögenswerte der terroristischen Organisation selbst oder etwa dem/der Reisenden zur Verfügung stellt.

Wie bereits dargestellt wird die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung mit **Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren** bestraft (§ 278b Absatz 2 StGB).

¹⁹⁷ F. Plöchl, in F. Höpfel & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 100. Lieferung, Wien 2014, § 278 StGB, Rn. 19.

Annex: Gesetzestext

§ 12 StGB – Behandlung aller Beteiligten als Täter

Nicht nur der unmittelbare Täter begeht die strafbare Handlung, sondern auch jeder, der einen anderen dazu bestimmt, sie auszuführen, oder der sonst zu ihrer Ausführung beiträgt.

§ 32 StGB – Strafbemessung, Allgemeine Grundsätze

(1) Grundlage für die Bemessung der Strafe ist die Schuld des Täters.

(2) Bei Bemessung der Strafe hat das Gericht die Erschwerungs- und die Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen und auch auf die Auswirkungen der Strafe und anderer zu erwartender Folgen der Tat auf das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft Bedacht zu nehmen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, inwieweit die Tat auf eine gegenüber rechtlich geschützten Werten ablehnende oder gleichgültige Einstellung des Täters und inwieweit sie auf äussere Umstände oder Beweggründe zurückzuführen ist, durch die sie auch einem mit den rechtlich geschützten Werten verbundenen Menschen naheliegen könnte.

(3) Im allgemeinen ist die Strafe umso strenger zu bemessen, je grösser die Schädigung oder Gefährdung ist, die der Täter verschuldet hat oder die er zwar nicht herbeigeführt, aber auf die sich sein Verschulden erstreckt hat, je mehr Pflichten er durch seine Handlung verletzt, je reiflicher er seine Tat überlegt, je sorgfältiger er sie vorbereitet oder je rücksichtsloser er sie ausgeführt hat und je weniger Vorsicht gegen die Tat hat gebraucht werden können.

§ 33 StGB – Besondere Erschwerungsgründe

(1) Ein Erschwerungsgrund ist es insbesondere, wenn der Täter

1. mehrere strafbare Handlungen derselben oder verschiedener Art begangen oder die strafbare Handlung durch längere Zeit fortgesetzt hat;
2. schon wegen einer auf der gleichen schädlichen Neigung beruhenden Tat verurteilt worden ist;
3. einen anderen zur strafbaren Handlung verführt hat;
4. der Urheber oder Anstifter einer von mehreren begangenen strafbaren Handlung oder an einer solchen Tat führend beteiligt gewesen ist;
5. aus rassistischen, fremdenfeindlichen oder anderen besonders verwerflichen Beweggründen gehandelt hat;
6. heimtückisch, grausam oder in einer für das Opfer qualvollen Weise gehandelt hat;
7. bei Begehung der Tat die Wehr- oder Hilflosigkeit eines anderen ausgenützt hat.

(2) Ein Erschwerungsgrund ist es ausser in den Fällen des § 39a Absatz 1 auch, wenn ein volljähriger Täter die Tat unter Anwendung von Gewalt oder gefährlicher Drohung gegen eine unmündige Person begangen hat.

§ 34 StGB – Besondere Milderungsgründe

(1) Ein Milderungsgrund ist es insbesondere, wenn der Täter

1. die Tat nach Vollendung des achtzehnten, jedoch vor Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres oder wenn er sie unter dem Einfluss eines abnormen Geisteszustands begangen hat, wenn er schwach an Verstand ist oder wenn seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist;
2. bisher einen ordentlichen Lebenswandel geführt hat und die Tat mit seinem sonstigen Verhalten in auffallendem Widerspruch steht;
3. die Tat aus achtenswerten Beweggründen begangen hat;
4. die Tat unter der Einwirkung eines Dritten oder aus Furcht oder Gehorsam verübt hat;

5. sich lediglich dadurch strafbar gemacht hat, dass er es in einem Fall, in dem das Gesetz die Herbeiführung eines Erfolges mit Strafe bedroht, unterlassen hat, den Erfolg abzuwenden;
6. an einer von mehreren begangenen strafbaren Handlung nur in untergeordneter Weise beteiligt war;
7. die Tat nur aus Unbesonnenheit begangen hat;
8. sich in einer allgemein begreiflichen heftigen Gemütsbewegung zur Tat hat hinreissen lassen;
9. die Tat mehr durch eine besonders verlockende Gelegenheit verleitet als mit vorgefasster Absicht begangen hat;
10. durch eine nicht auf Arbeitsscheu zurückzuführende drückende Notlage zur Tat bestimmt worden ist;
11. die Tat unter Umständen begangen hat, die einem Schuld ausschliessungs- oder Rechtfertigungsgrund nahekommen;
12. die Tat in einem die Schuld nicht ausschliessenden Rechtsirrtum (§ 9) begangen hat, insbesondere wenn er wegen vorsätzlicher Begehung bestraft wird;
13. trotz Vollendung der Tat keinen Schaden herbeigeführt hat oder es beim Versuch geblieben ist;
14. sich der Zufügung eines grösseren Schadens, obwohl ihm dazu die Gelegenheit offenstand, freiwillig enthalten hat oder wenn der Schaden vom Täter oder von einem Dritten für ihn gutgemacht worden ist;
15. sich ernstlich bemüht hat, den verursachten Schaden gutzumachen oder weitere nachteilige Folgen zu verhindern;
16. sich selbst gestellt hat, obwohl er leicht hätte entfliehen können oder es wahrscheinlich war, dass er unentdeckt bleiben werde;
17. ein reumütiges Geständnis abgelegt oder durch seine Aussage wesentlich zur Wahrheitsfindung beigetragen hat;
18. die Tat schon vor längerer Zeit begangen und sich seither wohlverhalten hat;
19. dadurch betroffen ist, dass er oder eine ihm persönlich nahestehende Person durch die Tat oder als deren Folge eine beträchtliche Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung oder sonstige gewichtige tatsächlich oder rechtliche Nachteile erlitten hat.

(2) Ein Milderungsgrund ist es auch, wenn das gegen den Täter geführte Verfahren aus einem nicht von ihm oder seinem Verteidiger zu vertretenden Grund unverhältnismässig lange gedauert hat.

§ 278b StGB – Terroristische Vereinigung

(1) Wer eine terroristische Vereinigung (Abs. 3) anführt, ist mit Freiheitsstrafe von fünf bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen. Wer eine terroristische Vereinigung anführt, die sich auf die Drohung mit terroristischen Straftaten (§ 278c Abs. 1) oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d) beschränkt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

(2) Wer sich als Mitglied (§ 278 Abs. 3) an einer terroristischen Vereinigung beteiligt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

(3) Eine terroristische Vereinigung ist ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten (§ 278c) ausgeführt werden oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d) betrieben wird.

§ 278c – Terroristische Straftaten

(1) Terroristische Straftaten sind

1. Mord (§ 75),
2. Körperverletzung nach den §§ 84 bis 87,
3. erpresserische Entführung (§ 102),
4. schwere Nötigung (§ 106),
5. gefährliche Drohung nach § 107 Abs. 2,
6. schwere Sachbeschädigung (§ 126) und Datenbeschädigung (§ 126a), wenn dadurch eine Gefahr für das Leben eines anderen oder für fremdes Eigentum in grossem Ausmass entstehen kann,
7. vorsätzliche Gemeingefährungsdelikte (§§ 169, 171, 173, 175, 176, 177a, 177b, 178) oder vorsätzliche Beeinträchtigung der Umwelt (§ 180),
8. Luftpiraterie (§ 185),
9. vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt (§ 186),
- 9a. Aufforderung zu terroristischen Straftaten und Gutheissung terroristischer Straftaten (§ 282a) oder
10. eine nach § 50 des Waffengesetzes 1996 oder § 7 des Kriegsmaterialgesetzes strafbare Handlung,

wenn die Tat geeignet ist, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, und mit dem Vorsatz begangen wird, die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern, öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu zerstören.

(2) Wer eine terroristische Straftat im Sinne des Abs. 1 begeht, ist nach dem auf die dort genannte Tat anwendbaren Gesetz zu bestrafen, wobei das Höchstmass der jeweils angedrohten Strafe um die Hälfte, höchstens jedoch auf zwanzig Jahre, hinaufgesetzt wird.

(3) Die Tat gilt nicht als terroristische Straftat, wenn sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet ist.

§ 278d – Terrorismusfinanzierung

(1) Wer Vermögenswerte mit dem Vorsatz bereitstellt oder sammelt, dass sie, wenn auch nur zum Teil, zur Ausführung

1. einer Luftpiraterie (§ 185) oder einer vorsätzlichen Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt (§ 186),
2. einer erpresserischen Entführung (§ 102) oder einer Drohung damit,
3. eines Angriffs auf Leib, Leben oder Freiheit einer völkerrechtlich geschützten Person oder eines gewaltsamen Angriffs auf eine Wohnung, einen Dienstraum oder ein Beförderungsmittel einer solchen Person, der geeignet ist, Leib, Leben oder Freiheit dieser Person zu gefährden, oder einer Drohung damit,
4. einer vorsätzlichen Gefährdung durch Kernenergie oder ionisierende Strahlen (§ 171), einer Drohung damit, eines unerlaubten Umgangs mit Kernmaterial oder radioaktiven Stoffen (§ 177b), einer sonstigen strafbaren Handlung zur Erlangung von Kernmaterial oder radioaktiven Stoffen oder einer Drohung mit der Begehung eines Diebstahls oder Raubes von Kernmaterial oder radioaktiven Stoffen, um einen anderen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen,

5. eines erheblichen Angriffs auf Leib oder Leben eines anderen auf einem Flughafen, der der internationalen Zivilluftfahrt dient, einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung eines solchen Flughafens oder eines darauf befindlichen Luftfahrzeuges oder einer Unterbrechung der Dienste des Flughafens, sofern die Tat unter Verwendung einer Waffe oder sonstigen Vorrichtung begangen wird und geeignet ist, die Sicherheit auf dem Flughafen zu gefährden,
6. einer strafbaren Handlung, die auf eine in den §§ 185 oder 186 geschilderte Weise gegen ein Schiff oder eine feste Plattform, gegen eine Person, die sich an Bord eines Schiffes oder auf einer festen Plattform befindet, gegen die Ladung eines Schiffes oder eine Schifffahrts-einrichtung begangen wird,
7. der Beförderung eines Sprengsatzes oder einer anderen tödlichen Vorrichtung an einen öffentlichen Ort, zu einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einem öffentlichen Verkehrssystem oder einer Versorgungseinrichtung oder des Einsatzes solcher Mittel mit dem Ziel, den Tod oder eine schwere Körperverletzung eines anderen oder eine weitgehende Zerstörung des Ortes, der Einrichtung oder des Systems zu verursachen, sofern die Zerstörung geeignet ist, einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden herbeizuführen,
8. einer strafbaren Handlung, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung einer Zivilperson oder einer anderen Person, die in einem bewaffneten Konflikt nicht aktiv an den Feindseligkeiten teilnimmt, herbeiführen soll, wenn diese Handlung auf Grund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, eine Bevölkerungsgruppe einzuschüchtern oder einer Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, verwendet werden, ist mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

(1a) Ebenso ist zu bestrafen, wer Vermögenswerte für

1. eine andere Person, von der er weiss, dass sie Handlungen nach Abs. 1 begeht, oder
2. ein Mitglied einer terroristischen Vereinigung, von der er weiss, dass sie darauf ausgerichtet ist, Handlungen nach Abs. 1 zu begehen,

bereitstellt oder sammelt.

(2) Der Täter ist nach Abs. 1 oder Abs. 1a nicht zu bestrafen, wenn die Tat nach einer anderen Bestimmung mit strengerer Strafe bedroht ist.

§ 278e – Ausbildung für terroristische Zwecke

(1) Wer eine andere Person in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoff, Schuss- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder in einer anderen ebenso schädlichen oder gefährlichen spezifisch zur Begehung einer terroristischen Straftat nach § 278c Abs. 1 Z 1 bis 9 oder 10 geeigneten Methode oder einem solchen Verfahren zum Zweck der Begehung einer solchen terroristischen Straftat unterweist, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen, wenn er weiss, dass die vermittelten Fähigkeiten für diesen Zweck eingesetzt werden sollen.

(2) Wer sich in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoff, Schuss- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder in einer anderen ebenso schädlichen oder gefährlichen spezifisch zur Begehung einer terroristischen Straftat nach § 278c Abs. 1 Z 1 bis 9 oder 10 geeigneten Methode oder einem solchen Verfahren unterweisen lässt, um eine solche terroristische Straftat unter Einsatz der erworbenen Fähigkeiten zu begehen, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch nach Art und Mass nicht strenger sein, als sie das Gesetz für die beabsichtigte Tat androht.

§ 278f – Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat

(1) Wer ein Medienwerk, das nach seinem Inhalt dazu bestimmt ist, zur Begehung einer terroristischen Straftat (§ 278c Abs. 1 Z 1 bis 9 oder 10) mit den im § 278e genannten Mitteln anzuleiten, oder solche Informationen im Internet in einer Art anbietet oder einer anderen Person zugänglich macht, um zur Begehung einer terroristischen Straftat aufzureizen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer sich ein Medienwerk im Sinne des Abs. 1 oder solche Informationen aus dem Internet verschafft, um eine terroristische Straftat (§ 278c Abs. 1 Z 1 bis 9 oder 10) zu begehen.

IV. VERGLEICHENDE BEMERKUNGEN

1. Tabellarische Übersicht

	Rekrutieren	Ausbilden	Reisen/Finanzierung
Dänemark	<p>AKTIV: strafbar - Art. 114c Abs. 1 SL, regelt ausdrücklich das Rekrutieren → FS 0-10J, bei systematischem oder organisiertem Vorgehen FS -16J</p> <p>PASSIV: strafbar - Art. 114c Abs. 3 SL, regelt ausdrücklich, rekrutiert zu werden → FS 0-6J</p>	<p>AKTIV und PASSIV: strafbar - Art. 114d SL, Abs. 1 aktiv, Abs. 3 passiv → aktiv: FS 0-10J, bei besonderen Umständen FS 0-16J, passiv: FS 0-6J</p>	<p>REISE zu terroristischen Zwecken: nicht strafbar</p> <p>Pass von mutmasslichen <i>Foreign Fighters</i> kann eingezogen werden, Passgesetz (seit 2015)</p> <p>FINANZIERUNG von Reisen: nicht strafbar</p> <p>FINANZIERUNG von Terrorismus allgemein: strafbar - wenn Finanzierung auf bestimmte Tat bezogen, dann Beihilfe zu terroristischer Tat, wenn nicht auf bestimmte Tat bezogen, dann Terrorismusfinanzierung allgemein (Art. 114b SL)</p>
Deutschland	<p>AKTIV: strafbar - § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigung), nennt Werben ausdrücklich als Tathandlung → FS 6M-5J, Strafe kann gemildert oder es kann von Strafe</p>	<p>Alle Tatbestände umfassen jeweils, AKTIV und PASSIV, jedoch gibt es keinen umfassenden Tatbestand, sondern es werden jeweils nur Teilbereiche abgedeckt</p>	<p>REISE zu terroristischen Zwecken: strafbar - § 89a Abs. 2a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), Juni 2015 eingeführt,</p>

	<p>abgesehen werden, mögliche Nebenstrafen betreffen Wahlrecht und öffentliche Ämter</p> <p>AKTIV: weiterer Teilbereich strafbar - § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Vereinigungen), nur in bestimmten Fällen einschlägig → FS 0-3J oder GS, es kann von Strafe abgesehen werden</p> <p>PASSIV: nur zum Teil strafbar - § 89b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), betrifft nicht direkt, rekrutiert zu werden (rein passive Mitgliedschaft reicht nicht aus), aber bestimmte Fälle → FS 0-3J oder GS, von Strafe kann abgesehen werden</p>	<p>AKTIV und PASSIV: Teilbereiche strafbar - § 87 StGB (Agententätigkeit zu Sabotagezwecken) → aktiv + passiv: FS 0-5J oder GS, es kann von Strafe abgesehen werden</p> <p>- § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) → aktiv + passiv: FS 6M-10J, in minder schweren Fällen 3M-5J, Strafe kann gemildert und es kann von Strafe abgesehen werden, bei FS von mindestens 6M muss Führungsaufsicht angeordnet werden</p> <p>- § 91 StGB (Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) → aktiv + passiv: FS 0-3J oder GS, es kann von Strafe abgesehen werden</p>	<p>Ausreise von Deutschland in anderen Staat, um sich dort ausbilden zu lassen → Strafe wie für Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat: aktiv + passiv: FS 6M-10J, in minder schweren Fällen 3M-5J, Strafe kann gemildert und es kann von Strafe abgesehen werden, bei FS von mindestens 6M muss Führungsaufsicht angeordnet werden</p> <p>FINANZIERUNG der Reise: strafbar - § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung), Juni 2015 eingeführt, aktiv + passiv → aktiv + passiv: FS 6M-10J, bei Geringwertigkeit FS 3M-5J, Strafe kann gemildert und es kann von Strafe abgesehen werden</p> <p>Bei einigen Straftaten GELTUNGSBEREICH teilweise auf Ausland erweitert - § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) - §§ 89b, 129b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) - §§ 129a, 129b StGB (Bildung terroristischer Vereinigung)</p>
--	--	---	---

<p>Frankreich</p>	<p>AKTIV: strafbar, sofern Vorteil versprochen oder gedroht wird - Art. 421-2-4 CP (Rekrutierung), betrifft aber nur Rekrutierung durch Angebot einer Gegenleistung oder durch Drohung → FS 0-10J und/oder GS 0-150'000 €</p> <p>AKTIV: weitere Teilbereiche strafbar - Art. 421-2-5 CP (Provokation, Verherrlichung), betrifft nur bestimmte Bereiche, nicht Rekrutierung an sich → FS 0-5J und/oder GS 0-75'000 €, wenn öffentlich per Internet: FS 0-7J und/oder GS 0-100'000 €, Internetinhalt kann auf Antrag gelöscht werden</p> <p>- Art. 227-24 CP (Anstiftung, die von Minderjährigen wahrnehmbar ist), betrifft nur Minderjährige und nur bestimmte Bereiche → FS 0-3J und/oder GS 0-75'000 €</p> <p>PASSIV: nicht strafbar, lediglich Beteiligung strafbar - Art. 421-2-1 CP (Beteiligung an Vereinigung im Hinblick auf terroristische Taten), betrifft aber nicht rekrutiert zu werden an sich → für bestimmte Taten FS 0-20J und/oder GS 0-350'000 €</p>	<p>AKTIV: nur Teilbereich strafbar - Art. 421-1 4° CP (Verbreiten von Informationen zur Herstellung von Zerstörungsgeräten) → FS 0-2J und/oder GS 0-15'000 €, bei Verbreitung durch elektronische Mittel: FS 0-6J und/oder GS 0-45'000 €</p> <p>PASSIV: nicht strafbar</p> <p>Strafbare EIGENSCHULUNG - Art. 421-2-6 CP → FS 0-10J und/oder GS 0-150'000 €</p> <p>Mögliche NEBENSTRAFEN - Bürger-, Zivil-, Familienrechte, öffentliches oder privatwirtschaftliches Amt, Aufenthalt, Art. 422-3 CP; Ausweisung für 10 oder mehr Jahre, Art. 422-4, gegebenenfalls in Zusammenhang mit Kontaktverbot mit bestimmten Personen, Art. L563-1 in Verbindung mit L624-4 Aufenthaltsgesetz; Konfiszierung des Vermögens, Art. 422-6 CP</p> <p>Strafe bei JURISTISCHER PERSON als Täterin - GS wird verfünffacht, Art. 422-5 in Verbindung mit Art. 131-38 CP, gegebenenfalls auch Auflösung, Handlungsverbot, Beobachtung, Ausschluss vom Markt etc., Art. 422-5 in Verbindung mit Art. 131-39 CP</p>	<p>REISE zu terroristischen Zwecken: nur Teilbereiche strafbar - Art. L224-1 al. 10 CSI ((versuchter) Verstoss gegen Ausreiseverbot, das im Rahmen von Terrorismusbekämpfung verhängt wurde), im Gesetz über die innere Sicherheit geregelt → FS 0-3J und/oder GS 0-45'000 €</p> <p>- Art. 421-2-6 CP (Eigenschulung), Aufenthalt in Terrorcamp → FS 0-10J und/oder GS 0-150'000 €</p> <p>Art. 113-13 CP: bei allen terroristischen Straftaten Geltungsbereich des CP auf Ausland erweitert, sofern Tat durch Person begangen wurde, die die französische Nationalität oder ihren ständigen Wohnsitz in Frankreich hat, Strafbarkeit der Tat am Begehungsort nicht erforderlich</p> <p>FINANZIERUNG terroristischer Taten allgemein: strafbar - Art. 421-2-2 CP betrifft Finanzierung aller terroristischen Taten, inkl. Reise → FS 0-10J und/oder GS 0-225'000 €</p>
--------------------------	---	--	--

	<p>- Art. 431-13 bis 431-15 CP (Beteiligung an Kampfgruppen), betrifft aber nicht rekrutiert zu werden an sich → (in Verbindung mit Art. 421-1 und 421-3 7° CP) FS 0-6J und/oder GS 0-45'000 €</p> <p>Mögliche NEBENSTRAFEN</p> <p>- Bürger-, Zivil-, Familienrechte, öffentliches oder privatwirtschaftliches Amt, Aufenthalt, Art. 422-3 CP; Ausweisung für 10 oder mehr Jahre, Art. 422-4, gegebenenfalls in Zusammenhang mit Kontaktverbot mit bestimmten Personen, Art. L563-1 in Verbindung mit L624-4 Aufenthaltsgesetz; Konfiszierung des Vermögens, Art. 422-6 CP</p> <p>Strafe bei JURISTISCHER PERSON als Täterin</p> <p>- GS wird verfünffacht, Art. 422-5 in Verbindung mit Art. 131-38 CP, gegebenenfalls auch Auflösung, Handlungsverbot, Beobachtung, Ausschluss vom Markt etc., Art. 422-5 in Verbindung mit Art. 131-39 CP</p> <p>Eingenommene Geldstrafen und Güter gehen zugunsten eines FONDS für Opfer des Terrorismus</p>	<p>Eingenommene Geldstrafen und Güter gehen zugunsten eines FONDS für Opfer des Terrorismus</p>	
--	--	--	--

<p>Italien</p>	<p>AKTIV: strafbar - Art. 270-<i>quater</i> Abs. 1 CP, regelt ausdrücklich das Anwerben → FS 7-15J</p> <p>AKTIV: weiterer Teilbereich strafbar - Verherrlichung einer terroristischen Vereinigung</p> <p>PASSIV: strafbar - Art. 270-<i>quater</i> Abs. CP, regelt ausdrücklich das angeworben werden, Vollendung bereits mit Vereinbarung → 5-8J</p>	<p>AKTIV und PASSIV: strafbar - Art. 270-<i>quinquies</i> CP, Unterweisen und Sich-Unterweisen-Lassen → aktiv + passiv: FS 5-10J, wenn Schulung elektronisch: höhere Strafe</p> <p>Strafbare EIGENSCHULUNG - Ebenfalls Art. 270-<i>quinquies</i> CP → ebenfalls FS 5-10J, wenn Schulung elektronisch: höhere Strafe</p>	<p>REISE zu terroristischen Zwecken und deren FINANZIERUNG jeweils für sich und für andere: strafbar - Art. 270-<i>quarter</i>.1 CP → FS 5-8J</p>
<p>Österreich</p>	<p>AKTIV: strafbar, aber nicht ausdrücklich geregelt: - § 12 StGB (Bestimmen zu) in Verbindung mit jeweiliger terroristischer Straftat im Sinne des § 287c StGB anwendbar → wird bestraft wie Täter/in, Strafraumen ergibt sich aus jeweiliger Tat, bei terroristischen Taten wird Strafraumen jedoch im Höchstmass um die Hälfte erhöht (max. 20J)</p> <p>- §§ 287b Abs. 2, 278 Abs. 3 StGB (Sich-Beteiligen als Mitglied an einer terroristischen (§ 278b) bzw. kriminellen (§ 278) Vereinigung), Anwerben zur</p>	<p>Abs. 1 der Vorschrift betrifft jeweils AKTIV, Abs. 2 der Vorschrift betrifft jeweils PASSIV</p> <p>AKTIV und PASSIV: strafbar - § 278e StGB (Ausbildung für terroristische Zwecke), Unterweisen und Sich-Unterweisen-Lassen, klassische Schulungssituation → aktiv: FS 1-10J, passiv: FS 6M-5J</p> <p>- § 278f StGB (Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat), zur Verfügung stellen von Informationen als Anleitung und Selbststudium → aktiv + passiv: FS 0-2J</p>	<p>REISE zu terroristischen Zwecken und deren FINANZIERUNG: strafbar, jedoch gibt es keinen eigenständigen Straftatbestand dafür</p> <p>REISE zu terroristischen Zwecken: strafbar - §§ 278b Abs. 2, 278 Abs. 3 StGB (Sich-Beteiligen an einer terroristischen Vereinigung), einschlägige Rechtsprechung → FS 1-10J</p> <p>FINANZIERUNG solcher Reisen: strafbar</p>

	<p>Mitgliedschaft wird unter Tathandlung „Beteiligung auf andere Weise“ als Generalklausel subsumiert → FS 1-10J (terroristische Vereinigung), FS 1-3J (kriminelle Vereinigung)</p> <p>PASSIV: strafbar - Ebenfalls §§ 287b Abs. 2, 278 Abs. 3 StGB (Sich-Beteiligen als Mitglied an einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung), bereits Zusage zur Unterstützung strafbar als psychologische Unterstützung → FS 1-10J (terroristische Vereinigung), FS 1-3J (kriminelle Vereinigung)</p>		<p>- §§ 278b Abs. 2, 278 Abs. 3 StGB (wird bei Beteiligung an krimineller Vereinigung genannt), nicht spezifisch für Terrorismus, sondern für kriminelle Vereinigung allgemein → FS 1-10J</p>
--	--	--	---

Verwendete Abkürzungen: Abs. = Absatz, Art. = Artikel, bzw. = beziehungsweise, CP = *Codice Penale* oder *Code pénal*, CSI = *Code de la sécurité intérieure*, FS = Freiheitsstrafe, GS = Geldstrafe, J = Jahr(e), M = Monat(e), SL = *Straffeloven*, StGB = Strafgesetzbuch

2. Bemerkungen

2.1. Rekrutieren

Aus den verschiedenen Länderberichten ergibt sich, dass **Dänemark, Deutschland und Italien ausdrücklich** das **aktive Rekrutieren für terroristische Taten** unter Strafe stellen. Alle drei Staaten sehen als Strafe eine Freiheitsstrafe vor, welche jedoch in Deutschland vergleichsweise etwas milder ausfällt. So sehen Dänemark und Italien dabei ein in etwa vergleichbares Strafmass von einer Freiheitsstrafe in Dänemark bis zu zehn, bei systematischer oder organisierter Vorgehensweise bis zu 16, Jahren und in Italien von sieben bis 15 Jahren vor. In Deutschland hingegen ist das Werben für eine terroristische Vereinigung nur mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren strafbewehrt.

Auch in **Österreich** ist es strafbar, zu terroristischen Zwecken zu rekrutieren, jedoch hat der Gesetzgeber dies nicht so ausdrücklich geregelt wie in den vorgenannten Ländern. Die Strafbarkeit kann in Österreich auf **verschiedene Grundlagen** gestützt werden: Zum einen ist anerkannt, dass die grundsätzlich immer mögliche Täterschaft durch Bestimmen einer anderen Person zur Begehung einer Tat auch auf das Rekrutieren zu terroristischen Zwecken anwendbar sein soll. Hierfür muss eine Person eine andere Person zur Begehung einer terroristischen Tat bestimmen. In dieser Konstellation wird die bestimmende Person mit dem gleichen, von der jeweiligen Straftat abhängigen Strafmass bestraft wie der/die unmittelbare Täter/in. Bei Straftaten, die die nach österreichischem Recht erforderlichen zusätzlichen Merkmale erfüllen, um als terroristische Straftaten zu gelten, erhöht sich die Höchstgrenze des Strafrahmens jedoch um die Hälfte auf maximal 20 Jahre Freiheitsstrafe. Das Strafmass hängt somit von der jeweiligen konkreten Tat ab, zu der jemand bestimmt wurde. Zusätzlich wird das Rekrutieren zu terroristischen Zwecken in Österreich auch unter die Tathandlung der „Beteiligung auf andere Weise“ im Rahmen des Straftatbestandes des Sich-Beteiligen als Mitglied einer terroristischen Vereinigung subsumiert. Das Rekrutieren ist damit also auch in Österreich strafbewehrt, jedoch wird es im Gesetzestext nicht ausdrücklich genannt. Als Strafmass sieht das Gesetz eine Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren vor.

Schliesslich enthält auch das Recht **Frankreichs** einen Straftatbestand über das Rekrutieren zu terroristischen Zwecken. Dieser unterscheidet sich von den anderen Ländern jedoch dadurch, dass er nicht das reine Werben erfasst, sondern dass der/die Täter/in die andere Person entweder durch Versprechen einer **Gegenleistung** oder eines anderen Vorteils **oder durch Drohung** zur Teilnahme an einer terroristischen Vereinigung oder terroristischen Tat bringen muss. Diese Tat wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 150'000 € bestraft.

Zusätzlich zu diesen Vorschriften können unter bestimmten Umständen auch **weitere Straftatbestände** einschlägig sein, die jedoch **nicht direkt das Rekrutieren zu terroristischen Zwecken betreffen**. Hier kann beispielsweise der Tatbestand der Provokation und öffentlichen Verherrlichung terroristischer Taten in **Frankreich** genannt werden sowie das Verbreiten von Propagandamaterial verfassungswidriger Vereinigungen in **Deutschland**. Ersteres wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 75'000 € bestraft, bei Begehung im Internet bis zu sieben Jahre und/oder bis zu 100'000 €, letzteres mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe, wobei in Deutschland von einer Strafe auch abgesehen werden kann.

Auch sich **passiv zu terroristischen Zwecken rekrutieren zu lassen** ist in **Dänemark und Italien ausdrücklich** unter Strafe gestellt, jeweils in der gleichen Vorschrift wie auch das aktive Rekrutieren. Wiederum sehen beide Rechtsordnungen als Strafe eine Freiheitsstrafe vor, welche in Dänemark mit bis zu sechs Jahren jedoch etwas niedriger ist als in Italien mit fünf bis acht Jahren. In beiden Fällen ist der Strafrahmen geringer als für das aktive Rekrutieren.

Deutschland, Frankreich und Österreich verfügen jeweils über keine ausdrückliche strafrechtliche Regelung über die Tat, sich anwerben zu lassen. Inwiefern es dennoch strafbar ist, sich zu terroristischen Zwecken rekrutieren zu lassen, unterscheidet sich in diesen verschiedenen Rechtsordnungen. In allen drei genannten Staaten existiert ein Straftatbestand, der das **Beteiligen an einer terroristischen Vereinigung** unter Strafe stellt, wobei Frankreich sowohl die Beteiligung an einer Vereinigung zur Begehung bestimmter terroristischer Taten als auch die Beteiligung an einer Kampfgruppe regelt. Jedoch reicht lediglich in **Frankreich** und in **Österreich** auch die rein passive Mitgliedschaft aus, um den Tatbestand zu erfüllen. In Österreich wird dies wie auch das aktive Anwerben mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zehn Jahren bestraft. Der französische Gesetzgeber hat im Hinblick auf die Beteiligung an einer Vereinigung zur Begehung bestimmter terroristischer Taten einen vergleichbaren Strafrahmen gewählt, nämlich eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren und/oder eine Geldstrafe von bis zu 225'000 €. Für die Beteiligung an einer Kampfgruppe beläuft sich der angedrohte Strafrahmen auf eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Jahren und/oder eine Geldstrafe von bis zu 45'000 €. In **Deutschland** hingegen ist zwar keine genaue Grenze definiert, ab wann eine Beteiligung vorliegt, die rein passive Mitgliedschaft soll jedoch nicht strafbar sein. Stattdessen stellt es das deutsche Recht allerdings in einer anderen Norm unter Strafe, Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat aufzunehmen, und erfasst somit wohl die meisten Fälle, in denen eine Person zu terroristischen Zwecken rekrutiert wird. Dies wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe belangt, wobei auch von einer Strafe abgesehen werden kann.

Im Hinblick auf die Strafen ist es ausserdem teilweise möglich, **Nebenstrafen** zu verhängen. Dies ist insbesondere in Frankreich, in geringerem Masse auch in Deutschland der Fall. So ist es in **Frankreich** beispielsweise möglich, Täter/innen bei der Verurteilung wegen bestimmter Taten auch Bürger-, Zivil- oder Familienrechte abzuerkennen, sie von öffentlichen oder auch privatwirtschaftlichen Ämtern auszuschliessen, sie für mindestens zehn Jahre auszuweisen, gegebenenfalls zusammen mit einem Kontaktverbot zu bestimmten Personen, sowie ihr Vermögen zu konfiszieren. Durch die Verurteilung eingekommene Geldstrafen und Güter gehen dabei zugunsten eines Fonds für Opfer terroristischer Taten. In **Deutschland** besteht lediglich bei einer Verurteilung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und damit wegen aktiven Rekrutierens die Möglichkeit, zusätzlich auch das aktive und passive Wahlrecht abzuerkennen und/oder die verurteilte Person von öffentlichen Ämtern auszuschliessen. In den anderen Staaten gelten für Nebenstrafen die allgemeinen Regeln des Strafrechts, welche im Rahmen dieses Gutachtens nicht untersucht wurden.

2.2. Ausbilden

Dänemark, Italien und **Österreich** haben ausdrücklich sowohl das aktive Ausbilden zu terroristischen Taten als auch das passive Ausgebildetwerden unter Strafe gestellt. Dabei haben Österreich und Dänemark für die beiden genannten Tatvarianten jeweils einen vergleichbaren Strafrahmen gewählt: Zu terroristischen Taten auszubilden wird in Österreich mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zehn Jahren bestraft und in Dänemark mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren, sich zu solchen Taten ausbilden zu lassen ist in Österreich mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren strafbewehrt, in Dänemark mit einer Freiheitsstrafe von bis zu sechs Jahren. Italien hingegen hat mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren einen etwas höheren Strafrahmen gewählt, welcher auf beide Tatvarianten Anwendung findet.

Im Hinblick auf das **österreichische** Recht ist zudem zu erwähnen, dass die dargestellte Tatvariante klassische Schulungssituationen mit einer ausbildenden und einer auszubildenden Person betrifft. Zusätzlich existiert in Österreich ein weiterer Straftatbestand, welcher als Tathandlung nicht eine solche Schulung unter Strafe stellt, sondern aktiv jemanden **durch Zurverfügungstellen von Informa-**

tionen als Anleitung auszubilden sowie sich passiv durch **Selbststudium** solcher Informationen ausbilden zu lassen. Hierfür hat der österreichische Gesetzgeber einen einheitlichen Strafraumen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren gewählt.

Auch das **italienische** und das **französische** Recht enthalten eine Besonderheit. In beiden Rechtsordnungen ist es auch untersagt, sich durch **Eigenschulung** selbst zu terroristischen Taten auszubilden. Während diese Tatvariante in Italien ebenso bestraft wird wie das Ausbilden oder Ausgebildetwerden, nämlich wie bereits dargestellt mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren, ist diesem Tatbestand in Frankreich ein eigener Strafraumen zugeordnet. Dieser sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren vor und/oder eine Geldstrafe von bis zu 150'000 €.

Ausser der genannten Eigenschulung ist es in **Frankreich** lediglich verboten, Informationen zur Herstellung von zerstörenden Geräten zu verbreiten. Demnach ist nicht generell das Ausbilden zu terroristischen Taten unter Strafe gestellt, sondern nur ein Teilbereich. Diese Tat wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 15'000 € bestraft, bei Verbreitung der Informationen durch elektronische Mittel erhöht sich der Strafraumen auf bis zu sechs Jahre Freiheitsstrafe und/oder einer Geldstrafe von bis zu 45'000 €. Sich passiv zu terroristischen Taten ausbilden zu lassen ist strafgesetzlich jedoch nicht geregelt. Wie auch schon im Rahmen der Strafbarkeit dafür, jemanden zu terroristischen Zwecken zu rekrutieren oder sich rekrutieren zu lassen, sind im französischen Recht verschiedene Nebenstrafen möglich, die zusätzlich verhängt werden können. Gleiches gilt für die Strafbarkeit juristischer Personen.¹⁹⁸

In **Deutschland** schliesslich sind sowohl das aktive Ausbilden zu terroristischen Taten als auch das passive Ausgebildetwerden **nur teilweise** geregelt. Es existieren mehrere Tatbestände, die Teilbereiche abdecken, jedoch kein einzelner, alles umfassender Tatbestand. Dabei regeln all diese Tatbestände jeweils allerdings sowohl die Tatvariante, aktiv auszubilden, als auch sich passiv ausbilden zu lassen und sehen für beide Tatvarianten jeweils den gleichen Strafraumen vor. Diese einzelnen Vorschriften betreffen die **Agententätigkeit zu Sabotagezwecken** mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe, die **Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat** mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe sowie die **Vorbereitung zu einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat**. Diese wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft, in minder schweren Fällen halbiert sich der Rahmen auf drei Monate bis fünf Jahre. Bei allen drei Tatbeständen kann unter bestimmten Umständen von einer Strafe abgesehen werden, beim letztgenannten Tatbestand kann die Strafe ausserdem auch gemildert werden. Wird bei diesem Tatbestand eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten verhängt, so muss ausserdem Führungsaufsicht angeordnet werden.

2.3. Reisen und deren Finanzierung

In **Deutschland, Frankreich, Italien** und **Österreich** und damit in vier der fünf untersuchten Länder ist es strafbar, eine terroristisch motivierte Reise zu unternehmen sowie eine solche Reise zu finanzieren. Lediglich in **Dänemark** existiert ein solches Verbot nicht.

Deutschland und **Italien** haben das Verbot der terroristisch motivierten Reise und deren Finanzierung **ausdrücklich** in ihren jeweiligen Strafgesetzbüchern geregelt. In **Österreich** hingegen findet sich keine Vorschrift zu terroristisch motivierten Reisen, jedoch sieht die **Rechtsprechung** solche Reisen als eine Form der Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung an.

Im Hinblick auf die Strafbarkeit der Finanzierung solcher Reisen haben **Österreich** und **Frankreich** ähnliche Regelungen gewählt, indem sie **Terrorismusfinanzierung allgemein** unter Strafe gestellt

¹⁹⁸ Siehe hierzu unter Punkt 2.1. in diesem Teil IV. dieses Rechtsgutachtens.

haben, ohne an bestimmte terroristische Taten anzuknüpfen. Terroristisch motivierte Reisen zu finanzieren ist dort also strafbar, da die Reisen dort terroristische Taten darstellen. Im österreichischen Recht muss hier jedoch präzisiert werden, dass nicht nur die Finanzierung als Beteiligung an terroristischen Vereinigungen unter Strafe steht, sondern als Beteiligung an jeder kriminellen Vereinigung, zu denen auch solche terroristischer Art gehören. Auch das französische Recht weist im Zusammenhang mit terroristisch motivierten Reisen und deren Finanzierung eine Besonderheit auf: Zum einen sind im *Code pénal* nur solche Reisen strafbar, die im Rahmen der verbotenen Eigenschulung zu terroristischen Zwecken vorgenommen werden. Zum anderen besteht im Verwaltungsrecht die Möglichkeit, bei Verdacht auf terroristische Tätigkeiten ein Ausreiseverbot zu verhängen. Verstösst eine Person gegen dieses Ausreiseverbot, so begeht sie eine Straftat. Dementsprechend stellen auch nur solche terroristisch motivierte Reisen zur Eigenschulung sowie Verstösse gegen das genannte Ausreiseverbot terroristische Taten dar, deren Finanzierung wiederum ebenfalls strafbar ist.

Zudem haben sowohl **Frankreich** als auch **Deutschland** den Geltungsbereich bestimmter Vorschriften mit Bezug zu terroristischen Taten auf das Ausland ausgedehnt. In Frankreich können nun alle terroristischen Taten unabhängig vom Tatort nach französischem Recht strafrechtlich verfolgt werden. In Deutschland hingegen sind terroristische Auslandstaten nur im Rahmen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie der Bildung einer terroristischen Vereinigung verfolgbar. Abgesehen von diesen Sonderregelungen gelten in allen Ländern die allgemeinen Vorschriften des Strafrechts im Hinblick auf die Strafbarkeit von Auslandstaten. Diese wurden in diesem Gutachten jedoch nicht berücksichtigt.

Dänemark verfügt über **kein strafrechtliches Verbot** terroristisch motivierter Reisen. Jedoch kann im Rahmen des Verwaltungsrechts von mutmasslichen ausländischen Kämpfern der Pass eingezogen werden. Das **Finanzieren terroristischer Taten allgemein** ist strafbar.

Es fällt auf, dass viele der untersuchten Regelungen erst in der jüngsten Vergangenheit erlassen wurden. Besonders zu nennen sind hier die Vorschriften des italienischen Rechts sowie die neu eingeführte Strafbarkeit von Reisen zu terroristischen Zwecken und deren Finanzierung im deutschen Recht, welche jeweils erst 2015 in Kraft getreten sind.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Dr. Lukas Heckendorn Urscheler
Vize-Direktor

Projektleitung

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
*Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*

Dänemark

Henrik Westermarck, LL.M.
*Referent für skandinavische
Rechtsordnungen*

Deutschland

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
*Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*

Frankreich

Carole Viennet
*Referentin für französischsprachige
Rechtsordnungen*

Italien

Dr. Ilaria Pretelli
Referentin für italienisches Recht

Österreich

Pascal Dedié
*Referendar
Dr. Johanna Fournier, LL.M.
Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*